

Untersuchungskommission des Wiener Gemeinderates

Klärung der Projekt-, Kosten- und Terminentwicklung des Krankenhauses Nord

15. Sitzung vom 22. Jänner 2019

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit	S. 3
2. Zeugeneinvernahme von Josef Kalina	S. 3
3. Zeugeneinvernahme von Ing. Wilfried Gröblinger	S. 24
4. Zeugeneinvernahme von Dr. Mirijam Hall	S. 34
5. Zeugeneinvernahme von DDr. Karl Pistotnik	S. 44
6. Beweisanträge	S. 32

(Beginn um 9.02 Uhr)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ich eröffne die Sitzung um 9.02 Uhr. Sämtliche Fraktionen sind vertreten, wir sind daher beschlussfähig. Auf unserem Programm steht zunächst einmal der Zeuge Kalina, außer es gibt noch irgendwelche Wortmeldungen davor.

Der Herr Stumpf von der FPÖ meldet sich zu Wort, bitte.

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Schönen guten Morgen! Die Befragung des Herrn Heinz Lehner als Zeuge ist ja jetzt in den letzten Tagen und Wochen immer wieder Gesprächsthema gewesen. Wir sehen durchaus Möglichkeiten, auch wenn er sich jetzt bis April dieses Jahres auf Weltreise befindet, in technischer Art und Weise eine Befragung durchzuführen. Er ist ja nicht ganz von der Technik abgeschnitten. Wenn er sich auf einem Kreuzfahrtschiff befindet, gibt es dort auch technische Geräte, Möglichkeiten, Internetverbindungen, um so eine Befragung sicherzustellen. Wir würden daher vorschlagen, um dem Herrn Lehner und auch uns als Mitglieder der Untersuchungskommission diese Befragung einfacher zu gestalten, dass er uns einige Terminvorschläge macht. Wir werden uns das dann anschauen, welcher seiner Vorschläge auch für die UK-Mitglieder am besten passt, um eine Befragung über Skype oder eine Video-Wall hier im Rathaus zu ermöglichen. Das wäre unser Vorschlag. Danke schön.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Danke. Die Idee ist sehr gescheit, nur müssen wir ihn zuerst einmal erwischen. Das ist einmal die Voraussetzung, dass wir ihm Terminvorschläge geben können. Wir sind derzeit am Prüfen oder die U-Kommission ist am Prüfen, inwieweit das technisch möglich ist und inwieweit wir ihn von hier aus ausforschen können. Es ist ein Schreiben an den Magistrat ergangen. Wir haben leider nur noch keine Antwort. Sobald die Antwort vorhanden ist, werden sie sämtliche Fraktionen bekommen.

Sonst noch Wortmeldungen? Wenn dem nicht so ist, dann bitte ich unseren Zeugen in den Zeugenstand. Guten Morgen! Das ist der Zeuge Kalina, Gesellschafter der Unique Public Relations GmbH, in Begleitung der uns bereits bekannten Frau Dr. Elisabeth Aulehla als Begleitperson. Sie werden hier als Zeuge vernommen. Als Zeuge müssen Sie die Wahrheit sagen. Eine falsche Zeugenaussage wäre strafbar. Wenn Sie uns kurz ein bisschen was zu Ihrer Person erzählen und dann zu der Sache, was Sie damit zu tun hatten, bitte.

Josef **Kalina**: Das mache ich sehr gerne. Schönen guten Tag noch einmal allen Anwesenden! Ja zu meiner Person, den Namen haben Sie erwähnt. Ich habe bei meinem Ausscheiden aus der Politik vor mehr als zehn Jahren eine PR-Agentur gegründet, die heißt eben Unique Public Relations GmbH. Sie war über die zehn Jahre sehr erfolgreich. Wir sind eine der großen PR-Agenturen dieses Landes. Wir beraten Firmen aus allen Sparten, nur so ein kurzes Stichwort, damit ich es dann nicht auswendig vergesse. Wir beraten führende Industriebetriebe, wir beraten Fahrzeughersteller, Lebensmittelproduzenten, Baustoffhersteller, Infrastrukturbetriebe, die führende

Baumarktkette Österreichs, Fluglinien, private Fluglinien, Dienstleister in der Gesundheit und der Pflege. Das heißt, wir sind eine Agentur mit mittlerweile 16 Vollzeitangestellten und haben im überwiegenden Teil eben Kunden aus der privaten Wirtschaft, aber natürlich immer wieder auch Aufträge wie solchen vom Krankenanstaltenverbund, was ich vollkommen normal und angebracht finde. Angesichts der Größe des KAV als Betrieb mit über 30 000 Beschäftigten und 4 Milliarden Euro Umsatz ist es nur völlig verständlich, dass auch er so wie ein anderer Betrieb aus der Privatwirtschaft sich für verschiedene Dinge, darunter auch die externe Kommunikation, eben externer Berater bedient. Das ist im Normalfall auch wesentlich kostengünstiger, als wenn man die notwendigen Personalien die ganze Zeit immer selber im Haus behält. Ich weiß nicht, ob das schon meine Einleitung ist, weil dann würde ich da gerne ein paar Worte vorausschicken.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte ja.

Josef **Kalina**: Ich habe mir die Ladung angesehen und sehe da im Wesentlichen zwei Punkte, zu denen ich Stellung nehmen soll. Mir persönlich ist der erste Punkt natürlich wichtig, weil der ja auch an meiner persönlichen Reputation kratzt. Es wurde, glaube ich, Mitte letzten Jahres, ich glaub' von den NEOS war es, eine Anfrage eingebracht und die hat dann sehr bald zu der Schlagzeile geführt, also zu einer parlamentarische Anfrage an den Gesundheitsstadtrat, die beantwortet wurde. Und dann war die große Schlagzeile "900 000 EUR für Krisen... im KH Nord". Das ist aus meiner Wahrnehmung sachlich nicht richtig, aber das ist vor allem... Soweit war das für mich noch aushaltbar, auch wenn sachlich nicht richtig. Aber die Kollegen von den NEOS haben dann...Weil da in diesen ersten Meldungen waren meine Firma und mein Name noch nicht dabei. Die NEOS haben es dann - ich war ja auch lange in der Politik, wie Sie wissen, und hätte es vielleicht auch so gemacht - geschafft, dass dann in einem Bericht des "Standard" mit dieser doch recht hohen Summe auch mein Name als einziger und meine Firma als einzige in Verbindung gebracht wurden, was zweifellos nicht zutreffend ist. Also ich habe nur einen Bruchteil dieser Summe über mehr als vier Jahre dort in Rechnung stellen dürfen. Ich möchte das auch jetzt vorweg sagen, ich habe einen Retainer, wie das in unserer Fachsprache heißt, das heißt eine monatliche Pauschalsumme vereinbart, die sich über die ganzen Jahre, seit dieser laufende Vertrag eben im Laufen ist, nicht geändert hat, das sind 5 160 EUR. Sie können das multiplizieren und dann werden Sie nicht andeutungsweise auf diese Summe von 900 000 EUR kommen. Dazu kommt, dass mein Aufgabenbereich dort im KAV das KH Nord eben nur ein Teil war immer wieder mit unterschiedlichen Anforderungen, weil ich ja für die Gesamtkommunikation bestellt wurde, zur Unterstützung vor allem auch für das Spitalskonzept 2030. Das heißt, hätte ich diese Anfrage vorher zu Gesicht bekommen, hätte ich das, glaube ich, was jetzt jedenfalls meine Kosten betrifft, anders dargestellt, weil man das so pauschal für das KH Nord auch nicht sagen kann.

Aber wie gesagt, das ist nicht meine Hauptsorge. Meine Hauptsorge ist, dass das eben in einem falschen Licht dargestellt wird, dass man versucht, mich und mein Unternehmen hier zu diskreditieren. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, meine Rolle klarzustellen. Ich glaube, ich habe in der Fachwelt und bei den Medien einen guten Ruf als jemand, der seit über 30 Jahren von Kommunikation etwas versteht. Ich weiß, warum ich da sitze. Das hat damit zu tun, dass ich bis 2008 Bundesgeschäftsführer der SPÖ war. Ich würde Ihnen vielleicht raten, vielleicht fragen Sie die anderen Agenturen. Ich weiß nicht, wie viele das außer mir sonst noch waren, die in diesen Jahren Ihrer Anfrage, ich glaube, das hat sich auf einen Zeitraum von 2010 bezogen oder ich weiß jetzt nicht einmal, also in den letzten 10 Jahren, ob die anderen Agenturen auch eine Wahrnehmung...Aber mir ist schon klar, dass das natürlich viel weniger spannend und medial interessant ist als eben jemanden zu fragen, der selber eine politische Vergangenheit hat.

Und zum zweiten Punkt, das ist ja der Hauptpunkt dieser Kommission, da finde ich, das ist einer der wesentlichen Punkte. Daher habe ich es auch richtig gefunden, dass der amtierende Bgm. LUDWIG die einberufen hat, weil in der Tat glaube ich sollte die Politik, so war jedenfalls mein Verständnis, bei derartigen Projekten, wenn sie solche unternimmt, dann im Nachhinein schon klären, ob man zu jeder Zeit die richtige Entscheidung getroffen hat, und vor allem, ob man die nötigen Ressourcen dorthin gegeben hat, um so ein großes Projekt dann zur Zufriedenheit aller, vor allem auch der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, zu Ende zu bringen. Und da bin ich dann zum Punkt 2 schon auf Ihre Fragen gespannt. Danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Vielen Dank! Wir beginnen heute mit der FPÖ. Wer darf die Fragen stellen? Der Herr Niegl!

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Bereits Anfang 2014 hat die Begleitende Kontrolle eine Bauzeitverzögerung vorausgesagt und im November 2014 erhebliche Kostenüberschreitungen. 2014 wurde auch über einen Baustopp beraten. Und jetzt meine Frage dazu: Wussten Sie davon?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Ja natürlich. Jeder, der das medial verfolgt hat, und mehr habe ich ja Anfang 2014 nicht gemacht, hat die Diskussionen verfolgen können, dass das Krankenhaus Nord, und das war ja wohl auch ein Grund, warum wir dann dorthin geholt worden sind, in einer heftigen öffentlichen Debatte steht. Und wie immer dreht es sich ja bei solchen Dingen nur um zwei Punkte: Wann wird das Spital fertig? Wie viel wird es kosten? Und die Diskussionen über den Baustopp, jetzt weiß ich nicht mehr ganz genau, wann die begonnen haben, aber natürlich ist das zum Beispiel vergleichbar mit dem Flughafenprojekt Skylink, wo es ja dann diesen Baustopp gab, weil eine der Möglichkeiten des Errichters im Umgang mit den Betrieben, die das bauen, natürlich auch ein Baustopp ist. Aber mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Ich war nie in einem Gremium, in keiner Vorstandssitzung, wo auch immer, wo solche Entscheidungen beraten wurden. Wir

sind ja als Kommunikationsfirma, wenn Sie sich das vorstellen, wir haben ein Team dort eingesetzt, dann damit konfrontiert, dass wir Aufträge bekommen, wo wir Vorschläge machen, dass man die bestmöglich kommuniziert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Niegl!

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Danke! Wenn Sie sagen, Sie sind für die Kommunikation zuständig gewesen, dann gilt das natürlich auch für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Warum wurde diese Verzögerung als auch diese Baukostenüberschreitung von Anfang an nicht öffentlich kommuniziert?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Also ehrlich gestanden, soweit ich mich erinnere, hat es an Kommunikation über die Probleme dort auf dieser Baustelle auch schon lange vor der Zeit, als wir dann dort tätig waren, nicht gemangelt. Was ich schon aus Erfahrung sagen kann, aber ich muss da ein bisschen aufpassen, ich sollte ja eigentlich nur Dinge aus meiner eigenen Wahrnehmung sagen. Dazu kann ich Ihnen daher zu Ihrer Frage im Kern nichts sagen. Aber meine Einschätzung, wenn Sie mir die hinzuzufügen trauen, ist, so ein öffentlicher Bauherr hat es natürlich dann schwer im Gegensatz - ich berate ja auch Kunden, die privat große, nicht in dieser Dimension, aber doch große Projekte errichten. Die tun sich dann natürlich in der Abwicklung mit den Auftragnehmern doch viel leichter, wenn sie nicht jede Frage, die sie intern erörtern, auch an die Öffentlichkeit tragen, weil das natürlich dann die Seite der Auftragnehmer, die logischerweise ein einziges Interesse hat, möglichst viel an Kosten verrechnen zu dürfen, auch erfährt. Also das ist immer so eine Abwägungsfrage, nehme ich einmal an, für die Auftragnehmer im öffentlichen Bereich.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Niegl!

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Ja sehr interessant. Jetzt ist die ergänzende Frage dazu: Wenn Sie sagen, dass es natürlich schwierig ist mit der Kommunikation, dass die Öffentlichkeit tunlich nicht alles erfahren sollte, weil der Auftraggeber das nicht wünscht, kann es vielleicht sein, dass die Informationen deswegen etwas zurückgehalten wurden, weil eine Gemeinderatswahl, nämlich 2015, angestanden ist und das vielleicht dadurch ein wenig zurückhaltend kommuniziert wurde?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Da muss ich die Annahme Ihrer Frage zurückweisen. Das, was ich hier gesagt habe, war, dass es für die Auftraggeber im öffentlichen Bereich eben die Schwierigkeit gibt, dass sie, anders als Private, eben ihr Verhältnis mit ihren Auftragnehmern, den Baufirmen, eben nicht vertraulich behandeln können. Ich habe niemals davon gesprochen, dass es darum ginge, die Information der Öffentlichkeit hinten zu halten, sondern eben beschrieben die Schwierigkeit, den Unterschied zwischen einem öffentlichen Auftraggeber und einem privaten Auftraggeber.

Zu dem anderen, was Sie sagen, kann ich aus eigener Wahrnehmung nichts sagen. Ich kann nur sagen, wir haben, als wir das dort 2015 übernommen haben, die

Aufträge von der Kommunikationsabteilung des Krankenanstaltenverbundes bekommen und in der Weise ausgeführt, wie man es uns aufgetragen hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Nachfrage?

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Die Frage ist jetzt aber nicht beantwortet worden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gut.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Meine Frage war, ich wiederhole sie vielleicht noch einmal: Haben Sie Informationen, ob aufgrund der anstehenden Gemeinderatswahl 2015 Informationen zurückgehalten wurden? Das war die Frage.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Nein, nein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, Herr Spitzer!

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Ja schönen guten Morgen! Ich möchte die ganze Geschichte einmal von Anfang an ein wenig aufdröseln, nämlich wie es grundsätzlich zu dem Auftrag des KAV gekommen ist. Das heißt, wie kommt man als Firma Unique zu einem Auftrag, der ja nicht nur das Spital betrifft, sondern grundsätzlich Auftrag des Krankenanstaltenverbundes lautet?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Der noch immer laufende Vertrag ist auf der Basis eines zweistufigen Ausschreibungsverfahrens von einer Rechtsanwaltskanzlei, ich weiß den Namen jetzt nicht mehr, jedenfalls geleitet worden. Wir haben uns 2014 einmal beworben, sind in die zweite Stufe gekommen. Ich weiß nicht aus eigener Wahrnehmung, wie viel es sind. Ich hab' aber gehört, es sollen vier Agenturen in die zweite Stufe gekommen sein. Und da wurde dann, da habe ich die Unterlagen mit, wenn das jemanden interessiert, ein Konzept angefordert. Es ist ein Wettbewerb gewesen, aus dem wir dann als Bestbieter hervorgegangen sind. Was ich Ihnen noch sagen wollte, Herr GR Spitzer, ist, weil ja immer so ein bisschen, wie soll man sagen, logischerweise das Diktum der Freunderlwirtschaft da drüber hängt: Wir haben uns mit meinem Unternehmen, ich habe das extra nachgeschaut und gestern die Kollegen auch noch einmal angerufen, schon 2012 einmal für einen ähnlichen Kommunikationsauftrag des Krankenanstaltenverbundes mit Schwerpunkt KH Nord beworben. 2012! Da war ein ähnlicher Wettbewerb. Damals sind wir leider nicht genommen worden, weil eine andere Agentur, soweit ich weiß waren das die Agenturen "Grayling" in Kombination mit "PlanSinn" - das war ja meine Anregung, man könnte ja vielleicht auch die Kollegen fragen -, damals zum Zug gekommen sind, nicht wir. Aber wie gesagt, unser Auftrag, den wir jetzt da haben, über den wir da sprechen, ist auf der Basis eines zweistufigen Ausschreibungsverfahrens erfolgt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Spitzer!

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Also eine Ausschreibung. Haben Sie diese Ausschreibung von sich aus betrieben, das heißt also aktiv, oder wurden Sie von jemandem eingeladen, quasi sich an dieser Ausschreibung doch zu beteiligen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Weder-noch, sondern das erfolgt so, ich will Sie nicht langweilen: Da wird einfach bekannt gemacht, dass der Krankenanstaltenverbund beabsichtigt, sich zur Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit eine Agentur zu suchen. Also so ist das in einem Ausschreibungskataster. Dann melden sich die verschiedenen Agenturen an. Ich weiß nicht, wie viele das waren. Und dann wird, wie es so schön heißt, zunächst einmal die wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit, ob man eben in die zweite Stufe genommen wird, mit Fragen geprüft: Wie viel Personal? Wie qualifiziert ist das Personal? Wie viel Umsatz? Wie viel Erfahrung hast du in dem Bereich?

Das wird da zunächst einmal von der Kanzlei geprüft. Und dann wird eben in einer zweiten Stufe je nachdem, was der Auftraggeber wünscht, eine verschiedene Anzahl von Agenturen eingeladen, in einem Wettbewerb ihre Ideen und Konzepte zu präsentieren. So funktioniert das.

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Spitzer!

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Das heißt, Sie haben von der Ausschreibung erfahren, das wäre quasi meine dritte Frage. Wie konkret oder wo genau haben Sie von diesen Ausschreibungen erfahren? Ist das noch nachvollziehbar?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Also ich weiß jetzt nicht, ob das 2014 schon so war. Wir sind jedenfalls als Agentur überall angemeldet in diesen - wie soll man das jetzt sagen - Ausschreibungsankündigungen. Da gibt es von der "Wiener Zeitung" und von diversen Firmen, damit einem eben nichts entgeht, jeweils eine Auflistung aller Ausschreibungen in Europa. Natürlich sind für uns ja nur die im deutschsprachigen Raum, in Österreich, interessant, obwohl wir auch Teil eines internationalen Netzwerkes sind und da sehr erfolgreich mit den Kollegen zum Beispiel auch international tätige Unternehmen gewonnen haben. Wie gesagt, so eine Ankündigungsanmeldung. Und dann müssen Sie dort, also meine Assistentin sucht dann um die Ausschreibungsunterlagen an und dann prüfen wir: Ist das was für uns? Können wir das einmal? Das ist der erste Punkt. Und dann: Können wir es von der Leistungsfähigkeit? Und dann entscheidet sich eben, ob du mitmachst oder nicht mit all den Kosten, die man damit auch hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Als Nächste sind die NEOS am Wort, der Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Guten Morgen, Herr Kalina! Danke auch für die bisherigen Ausführungen. Ich finde die Befragung von Ihnen sehr relevant, weil die Summe von 858 000 EUR, die der Krankenanstaltenverbund für Kommunikation ausgegeben hat, doch recht groß ist und man vor allem in Bezug auf das Krankenhaus Nord sehr viel auch aktive Kommunikationsarbeit betrieben hat und hier die Verbindung zu Ihnen und Ihrer Firma nicht nur aufgrund Ihrer früheren Position als SPÖ-Bundesgeschäftsführer relevant ist, sondern weil auch viele Zeugen eine sehr genaue Wahrnehmung hatten, dass Sie mit zentralen Akteuren beim Projekt Kran-

kenhaus Nord auch in Kontakt waren. Darum ist die Befragung von Ihnen, finde ich, auch sehr wichtig für die Aufklärung.

Zu Beginn interessiert mich die Frage, Sie haben eine Pauschalsumme verhandelt oder bekommen: Was ist davon umfasst? Welche Leistungen müssen Sie im Rahmen dieser Pauschalsumme erbringen? Hat sich diese Leistungsanforderung über die letzten Jahre auch verändert?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Ja besten Dank. Das wird jetzt leider nur ein bisschen länger. Aber ich glaube, das ist wichtig, und danke daher für diese Frage. Also grundsätzlich hat sich das natürlich nicht verändert. Das ist der Vertrag, den wir da geschlossen haben, und wenn ich da zitieren darf: "Er umfasst die Unterstützung der Auftraggeberin bei der strategischen Kommunikation für das Spitalskonzept 2030 unter anderem mit dem derzeit im Bau befindlichen Krankenhaus Nord. Bei Erbringung dieser Leistungen hat die Abstimmung mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund als Auftraggeberin oberste Priorität. Offenheit und Transparenz gegenüber den Medien und den am Projekt involvierten Personen sollen die Kommunikation auf allen Ebenen prägen. Der künftige Auftragnehmer hat im Auftragsfall in Abstimmung mit der Auftraggeberin alle Schritte und Maßnahmen möglichst frühzeitig durchzuführen und durch laufende Analysen des geplanten Projekts eine ständig aktuelle Einschätzung von Risiken, von zu erwartenden Widerständen, aber auch von positiven Aspekten zu gewährleisten. Die nachfolgende Auflistung ist nicht abschließend und erschöpfend, sondern kann je nach Bedarf um zusätzliche Maßnahmen und Leistungen erweitert werden. Ebenso ist es möglich, dass einzelne Leistungen von der Auftraggeberin selbst erbracht werden." Das ist das Zitat, Zitatende. Das passiert natürlich immer wieder, aber im Grundsatz ist es nicht. So, und jetzt ist dann eine Auflistung unserer Aufgabenpunkte:

Der Punkt A ist "Ersteinschätzung: Einschätzung und Bewertung der Ausgangslage mit EntscheidungsträgerInnen samt Basisrecherche und Projektumfeldanalysen (Briefing durch den Wiener Krankenanstaltenverbund). Definition von Dialoggruppen. Erstellen eines MultiplikatorInnen-Netzwerkes zur Unterstützung und Verstärkung von Absichten und Zielen." Nächster Punkt: "Recherche und redaktionelle Aufbereitung von Informationen." Nächster Punkt: "Auswahl der Kommunikationsinstrumente und deren Umsetzung.

B: "Strategische Kommunikationsberatung". Auch da gibt es wieder eine Reihe von Punkten: "1. Strategische Beratung hinsichtlich der öffentlichen Kommunikation. 2. Periodische Abstimmungsbesprechungen hinsichtlich der Themensetzungen in der strategischen Kommunikation. 3. Beratung und Erstellung von Präsentationsdokumenten und Info-Materialien. 4. Konzept für interne Kommunikation in Abstimmung mit den bereits vorhandenen Aktivitäten der Auftraggeberin. 5. Regelmäßige Medienresonanzanalysen. 6. Konzept zur Themenplatzierung. 7. Konzept Medienkooperationen.

Der Punkt C lautet "Medienkommunikation". Da ist wieder: "1. Unterstützung bei Medienterminen. 2. Beratung hinsichtlich der Kontaktpflege mit MedienvertreterInnen. 3. Erstellung von Wordings."

Dann Punkt D "Krisenkommunikation: 1. Strategische Beratung bei der Kommunikation in Krisensituationen. 2. Erstellung von Wordings. 3. Erstellung eines modulartigen sowie jederzeit aktualisierbaren und erweiterten Krisenhandbuchs."

Letzter Punkt E "Web-Auftritt: 1. Beratung bei der Erstellung von Intranet- und Internet-Inhalten. 2. Beobachtung von Social-Media-Aktivitäten.

Nach derzeitiger ...planung soll der Auftraggeber mit seiner Leistungserbringung am 1.1.2015 beginnen."

Das ist es. Das ist, wie Sie sehen, ein sehr umfassender Auftrag so wie ich es aus der Wirtschaft gewohnt bin. Das heißt, dass man auflistet, wofür man als Kommunikationsexperte generell zuständig ist. Und auf der Basis dieser Beschreibung sind wir da die letzten viereinhalb Jahre tätig. Wie gesagt, ich habe Ihnen deswegen auch etwas mitgebracht. Wenn Sie Lust haben, wie gesagt, solche und ähnliche Konzepte - da ist zum Beispiel vom November 2015 "Kommunikationskonzept Masterplan, Masterbetriebsordnung". So funktioniert das halt dann so. So arbeiten wir als Agentur, so sind wir das gewöhnt. Da gibt es Zeitpläne, genaue Kommunikationsvorschläge. Das kann sich der Auftraggeber dann durchschauen. Wie gesagt, wenn Sie Lust haben, lasse ich Ihnen das gerne da. Die Frau Vorsitzende kann das dann zum Beispiel verteilen. Aber das ist nur eines von vielen, die über die Jahre natürlich entstanden sind.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Die Leistungsvereinbarung ist natürlich spannend. Hier ist der Auftraggeber der Krankenanstaltenverbund. Gab es zur gleichen Zeit auch Aufträge direkt aus dem Stadtratsbüro?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Nein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Wir hatten den Herrn Zeugen Janßen hier auch geladen. Auch den habe ich zu seiner Wahrnehmung der Zusammenarbeit mit Ihnen befragt. Ich gebe Ihnen da gerne auch das Originalprotokoll auf meine Frage hin, wie die Kommunikation mit Ihnen gelaufen ist, und ob das über den Krankenanstaltenverbund gelaufen ist oder direkt über das Stadtratsbüro. Und da sagt er wortwörtlich: "Die Unterstützung durch Herrn Kalina hat vielleicht einen Teil unserer Erwartungshaltungen decken können" - das ist eine persönliche Einschätzung -, "wobei die Steuerung durch Herrn Kalina nur bedingt alleine durch den Krankenanstaltenverbund erfolgt ist." Und dann weiter: "Aber die reine Steuerung des Gesamtauftrages lag nicht alleine in den Händen des Krankenanstaltenverbundes." Auf Nachfrage hat der Herr Janßen da auch klar gezeigt, dass er eigentlich als Generaldirektor nur bedingt Einfluss oder den Kontakt hatte, sondern eher die Wahrnehmung hatte, dass es direkt über die Stadträtinnen passiert ist.

Was können Sie da zu der Kommunikation von Ihnen mit den Stadtratsbüros und dem Krankenanstaltenverbund sagen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Ich kann dazu Folgendes sagen: Es gibt eine klare Kommunikationsstruktur. Das sind vierzehntägige Jour fixe mit den Kommunikationsbeauftragten des Krankenanstaltenverbundes, wo es dort wiederum intern eine Unterteilung gibt, wer für welche Sachen zuständig ist. Von dort haben wir vom Tag 1 aus unsere Aufträge erhalten. Das ist eigentlich der Punkt. Mehr kann ich Ihnen dazu aus eigener Wahrnehmung nicht sagen. Aber ich würde da gerne dazu fügen: Wenn Sie geschaut haben, ich habe mir das natürlich in der Vorbereitung angeschaut, Sie haben ja auch die Frau Stadtrat dazu gefragt. Und das ist auch so eine Eigenheit der öffentlichen..., also wenn der Letztentscheidende sehr politiknahe ist. Die Stadträtin kann ja machen was sie will, sie steht am Ende, wie man sieht, dann immer mit der eigenen Reputation und der eigenen Verantwortung in der Öffentlichkeit, auch wenn sie, so wie in diesem Fall zum Beispiel, eben ein Management hat, das für die Durchführung zuständig ist. Daher ist es aus meiner Sicht klar, und die StRin Wehsely hat Ihnen das ja auch gesagt, dass sie und ihr Büro sehr wohl auch Kontrolle darüber haben wollte, wie und in welcher Form mit der Öffentlichkeit kommuniziert wird. Ich glaube, dass es ganz klar ist, dass das so der Fall ist. Sie hat ja auch ausgeführt, dass das nicht nur den Krankenanstaltenverbund betroffen hat, sondern auch ihre anderen ihr unterstellten Magistratseinrichtungen, und so weiter.

Also so wie ich den Direktor Janßen ...verstehe, so würde ich das absolut auch teilen. Die Auftragsschiene und die praktische Arbeit sind völlig klar. Das ist geregelt. Da gibt es die Kommunikations-Jour fixe mit dem Krankenanstaltenverbund. Aber dass natürlich das Stadtratsbüro in Zusammenarbeit mit denen wiederum kontrolliert, wie ist die Linie, die Informationstätigkeit gegenüber der Öffentlichkeit, ist auch klar. Und das, was ich bei den wenigen Besprechungen, die es gegeben hat, wo ich Teil sein durfte - drei, vier, ehrlich gestanden, ich weiß es nicht -, wo die Stadträtin und ihr Team dabei waren, wahrgenommen habe ist eine gewisse, was Sie sicher verstehen können - wie soll ich das jetzt sagen? -, eine Erwartungshaltung der Stadträtin und auch eine ungewisse Unzufriedenheit darüber. Weil Sie müssen rechnen, Sie haben da einen hochleistungsfähigen Betrieb, der 30 000 Mitarbeiter hat und der täglich mit zehntausenden Bürgern dieser Stadt in Kontakt kommt, und wo von diesen Mitarbeitern, wie ich meine, und ich glaube ja auch Sie alle, tolle, tolle Leistungen erbracht werden. Übrigens meine Frau ist eine von denen, die arbeitet im Donauspital, und ich weiß aus eigener Wahrnehmung, wie fordernd das ist. Wie gesagt, die da tolle Leistungen bringen, und trotzdem hat man halt dann sehr oft aus Sicht der Politik kritische oder oft auch nicht zutreffende Medienpräsenz. Und dass man dann da halt natürlich das verbessern will, weil das eigentlich ein wesentlicher Teil der politischen Existenz natürlich ist, wie gut man in der Öffentlichkeit

wegkommt, ist klar. Das heißt, dass es da eine Verzahnung zwischen dem Kommunikationsteam des Krankenanstaltenverbundes und dem Kommunikationsteam der Stadträtin gibt, ist aus meiner Sicht klar. Aber wie gesagt noch einmal, um ganz präzise Ihre Frage zu beantworten: Die Auftragslage und das Reporting, so wie ich es Ihnen da dankenswerterweise beschreiben durfte, ist auch ganz klar, nämlich da gibt es einen Auftraggeber, das ist der Krankenanstaltenverbund, der definiert unsere Tätigkeit, an den reporten wir. Da geben wir auch die Berichte: Wie stehen wir? Was hat gut geklappt? Was hat nicht so gut geklappt? Was können wir als Nächstes machen? Und glauben Sie mir, wie gesagt, deswegen habe ich auch ein paar so Konzepte mitgebracht, das sind über die Jahre tausende Details der klassischen Öffentlichkeitsarbeit.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ÖVP, die Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Guten Morgen! Eine kleine Nachfrage zu Beginn, nachdem ich selber nicht aus der Kommunikationsbranche komme: Krisenkommunikation, wie wird da Erfolg gemessen? Also gibt es da Parameter, wie man ein Thema in der medialen Öffentlichkeit gedreht hat? Oder woran kann man festmachen, dass die Krisenkommunikation erfolgreich gelaufen ist?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Das ist ein schwieriger Punkt. Das beginnt schon damit, was Sie als Krise definieren. Das wird oft eben von Laien, glaube ich, falsch definiert, weil es ja für uns damit beginnt, dass wir gemeinsam mit unseren Auftragnehmern schon einmal im Vorfeld beginnen. Das wird Sie vielleicht überraschen, wir machen das vor allem für sehr viele Privatfirmen. Ich bringe jetzt als Beispiel einen Lebensmittelproduzenten, wo Sie im Vorfeld schon definieren: Was könnte im Kontakt mit unseren Kunden und mit der Öffentlichkeit überhaupt eine Krise werden? Welche Szenarien gibt es da? Das heißt, Sie beschäftigen sich mit Dingen, von denen Sie zu hoffen, die werden nie eintreten. Ich habe da keinen Kunden, deswegen kann ich über das reden. Aber die Maus im Burger, Sie wissen, was ich meine, das hätten die alle nicht gerne. Aber wenn es dann doch passiert, dann ist es gut, dass Sie eben nicht erst zu der Zeit, wenn die beliebte Maus gerade da ist, beginnen nachzudenken, was machen wir jetzt, sondern dass Sie vorbereitet sind. Und das macht einen Sinn natürlich auch für derartig große öffentliche Auftraggeber, darüber nachzudenken: Was mache ich, wenn es wo brennt? Was mache ich bei einer Baustelle, wenn da wo wer runterfällt? Was mache ich, wenn Kinder auf die Baustelle kommen und sich verletzen? Also das heißt, die Szenarien, das können Sie sich vorstellen, sind außerordentlich vielfältig. Und das ist es, was wir mit unseren Kunden machen: Szenarien zu zeichnen und schon vorbereitet die Kunden dann damit zu konfrontieren: Was habt ihr für den Fall vor? Und mindestens genauso wichtig ist dann nämlich die Frage: Wie erfahren wir von dem möglichen Krisenfall und wer reagiert dann darauf? Also das heißt, wie schnell ist die Reaktionszeit? Weil da hinten die Kollegen von der Presse sitzen, mit

denen ich mein ganzes Berufsleben sehr freundschaftlich und professionell verbunden war, und die warten nicht! Die wollen für die nächste, für die Zeitung morgen eine ...: Wieso hat das passieren können, dass es dort brennt? Was ist da los? Deswegen ist es klug, Sie sind darauf vorbereitet und können sagen: Welche Maßnahmen haben wir ergriffen, um das abzuwehren. Und vor allem: Wer gibt die allererste Stellungnahme? Und so funktioniert Krisenkommunikation.

Jetzt Ihre Frage: Wie misst man den Erfolg von Krisenkommunikation? Aus meiner Sicht ist das klar, wie gesagt, weil das ja mein Beruf ist. Ich meine, wenn die Krise eingetreten ist, können Sie ja den Schadenfall nicht mehr rückgängig machen. Das heißt, da geht's dann wirklich nur mehr um die Frage: Wie händelt man das? Ich kann Ihnen positive Fälle sagen, wo das eben von der Öffentlichkeit als gelungen empfunden wurde und somit weiterer Schaden von meinen Auftraggebern abgewendet wurde, und das ist wenn Sie mit einer Krise anständig, offen, transparent umgehen, sprich wenn die Leute das Gefühl haben: Okay, da ist jetzt was passiert, okay, schlecht, aber die haben das ordentlich aufgearbeitet, die waren vorbereitet. Ich kann Ihnen sagen, wir haben fürchterliche Fälle von Arbeitsunfällen, wo Leute verbrannt sind. Sie werden sofort konfrontiert: Wie konnte das sein? Gab es keine Schutzmechanismen, und so weiter, und so fort? Sie können es aber nicht rückgängig machen. Das heißt, was du dann versuchen musst, ist darzustellen: Was hat dein Auftraggeber alles unternommen, um das hintan zu halten und dann um Schaden abzuwenden, um den Schaden zu minimieren, um mit den Opfern anständig umzugehen, um die Öffentlichkeit zum Beispiel über allfällige Umweltschäden zu informieren? Also das heißt, der Erfolg dieser Krisenkommunikation misst sich dann natürlich darin: Wie ist die Reputation des Auftraggebers nach der Krise? So würde ich das ganz allgemein besprechen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Danke schön! Sie haben gesagt, Sie arbeiten Pläne aus: Was mache ich, wenn eine Krise eintritt? Jetzt ist das KH Nord nicht völlig krisenfrei verlaufen. Ich nehme an, Sie hatten Pläne was geschieht, wenn die Kosten überschritten werden oder wenn die Bauzeit überschritten wird. Hatten Sie diese Pläne und sind die dann zum Zug gekommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Ich verstehe die Intention der Frage, aber ich muss Sie enttäuschen. Das ist keine Krise, sondern mit dem müssen Sie - mit solchen Dingen wie zum Beispiel Bauzeit oder Kostenüberschreitung, das ist ja ständig in der öffentlichen Diskussion gestanden. Es gibt, Sie haben es, glaube ich, ein Kollege hat es ja heute schon angesprochen, die Berichte der Begleitenden Kontrolle. Für einen Kommunikationsmenschen sind solche Berichte natürlich, wie soll man sagen, Problemfälle, weil die Begleitende Kontrolle ja Szenarien schildert. Wenn Sie die Kollegen hinten, wie gesagt, die Journalisten fragen, ob sie die Szenarien interessieren und wie sie die darstellen, da kann ich Ihnen sagen, die interessierten die

natürlich nicht, weil das Best-case-Szenario der Begleitenden Kontrolle, das kann ich Ihnen versichern, das wird nie in der Zeitung stehen und meistens auch nicht sozusagen die wahrscheinlichste Annahme, sondern es wird immer das Worst-case-Szenario in der Zeitung stehen. Also das heißt, mit dem muss man halt leben. Wenn man Medienarbeit macht, muss man mit den Gegebenheiten, unter denen Medienarbeit funktioniert - und ehrlich gestanden, Sie alle hier tragen ja in den unterschiedlichen Funktionen, Opposition, Regierung, mal so, mal so, ja auch dazu bei, um bestimmte Sichtweisen aus Ihrer Sicht an die Öffentlichkeit zu tragen. Mit dem muss wieder der Auftraggeber leben, sei er öffentlich oder sei er privat. Also daher auf die Frage: Wie ist zum Beispiel der Fertigstellungstermin? Na natürlich ist das kein Krisenfall, sondern das ist eine Entscheidung, die das Management dort nach bestem Wissen und Gewissen dann in Abwägung Kosten, Zeitrahmen treffen muss. Die Aufgabe des Kommunikationsteams intern wie extern ist dann, möglichst dafür zu sorgen, dass die Sichtweise und die Beweggründe des Managements, warum es zu diesem Zeitpunkt zu folgender Entscheidung gelangt ist, an die Öffentlichkeit kommt. Das ist in Wahrheit die Aufgabe.

Das ist in Wahrheit die Aufgabe. Und natürlich spielen dann aber andere externe Einflüsse, wie zum Beispiel die Arbeit einer Opposition oder auch kritischer Medien, die haben dann dort einen Einfluss, weil die dann natürlich wieder andere Dinge miteinbringen. So ist das Leben halt bei allen Dingen, die sehr politik- und öffentlichkeitsnahe sind. Diese Probleme haben Sie als privater Auftraggeber aus der Wirtschaft praktisch nie. Es sei denn, Sie haben irgendeine Bürgerinitiative am Hals.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Gut, ich stelle fest, dass Sie die Vorgänge beim KH Nord nicht als Krise einstufen. Ich frage aber noch einmal: Gab es vorbereitete Kommunikation für den Fall einer Kostenüberschreitung und für den Fall eines Baustopps? Und wenn ja, wann wurde die ausgearbeitet?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Nein, beides nicht logischerweise.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, die Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Guten Morgen, Herr Kalina! Sie haben uns ja schon ein ausführliches Profil gegeben, wie Kommunikationsstrategie aus Ihrer Sicht aussieht. Es war ja auch für das Jahr 2014 natürlich schon einiges an Schwierigkeiten vorhanden, die Sie natürlich auch gekannt haben.

Aber uns würde interessieren, welches Vorgehen Sie zu diesem Problemjahr, sag' ich einmal so, intern empfohlen haben, was dazu dann im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit nach außen kommuniziert werden soll. Es ging ja auch darum: Wie wird das, was vielleicht schon bekannt war, von Ihrer Seite dann intern empfohlen, um die Kommunikation zu steuern?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Das ist auch eine sehr schwierige und komplexe Frage vor allem nach so vielen Jahren. Sie

müssen sich das trotzdem so vorstellen, da war damals eine gewisse Übergangszeit. Ich weiß jetzt nicht mehr genau den Ablauf, aber in dieser Zeit hat es ja auch die großen Änderungen im Management gegeben. Ich glaube, Janßen kam dann erst und Balázs kam erst 2014, und so weiter. Es hat Änderungen im Kommunikationsteam gegeben. Wir mussten uns logischerweise in der Vorbereitung auf all das und auch auf die Aus..., wir mussten uns einarbeiten. Ich will da jetzt nicht zu lange Ihre Zeit verschwenden. Und wenn Ihnen die Antwort nicht passt, bitte ich Sie nachzufragen, ob es das konkret getroffen hat. Aber wie macht man das? Als Erstes haben wir begonnen einmal nachzusehen: Wer hat über die Zeit von den Entscheidungsträgern zu diesen Kernfragen was überhaupt öffentlich gesagt? Weil offen gestanden, Sie alle wissen ja, das Archiv ist ja nicht nur der Feind der Journalisten in diesen Interviews, sondern die sind ja alle nachvollziehbar. Sie können alle in den Datenbanken recherchieren, was hat der- oder diejenige in der Zeitung gesagt, in der APA, und so weiter, im Fernsehen. Also so beginnt das, dass du dir einmal selber ein Bild machst, was wurde als letztgültige Aussage versprochen, was wurde angekündigt, weil das die Basis ist. Den Rest müssen Sie sich dann natürlich so vorstellen, dass es ja dort einen Auftraggeber gibt, der dann den Unterstützern in der Kommunikation eben die Aufträge erteilt. So, liebe Leute, so war es bisher, und jetzt kommt wir, sozusagen jetzt bildlich der neue Besen, der jetzt die zusätzlichen Maßnahmen ergreift oder neue - da gab's dann auch immer wieder so Entscheidungen -, und wir gehen jetzt diesen Weg. Dafür machst du dann ein Konzept, wie ich diesen Weg unterstütze. Und natürlich spielt dann dort auch eine Rolle: Wie gehe ich mit dem um, dass möglicherweise vorher jemand anderer etwas anderes gesagt hat? Logisch, weil das ist ja eine Änderung, klarerweise. Und das musst du ja dann auch wieder der Öffentlichkeit erklären. Also so müssen Sie sich das vorstellen. Es ist sozusagen so ein Prozess, dass du jeweils zu dem Stand - und es ist was, wo wir natürlich beraten, nämlich dass man auch aufmerksam macht: Ja lieber Herr X, wenn Sie das jetzt sagen, müssen Sie damit rechnen, der Herr Y hat vor zwei Jahren noch etwas anderes gesagt. Wie passt das jetzt zusammen? Was ist die neue Erkenntnis? Warum machen Sie das jetzt? Begründungen der Öffentlichkeit zu geben, warum man jetzt etwas anders sieht. Ich hoffe, ich habe jetzt Ihre Frage verstanden. Aber das ist natürlich der Kern unserer Arbeit. Da kann ich Stunden darüber reden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Dann möchte ich gerne noch einmal nachfragen. Es gab also natürlicherweise ein Konzept, das ja auch dann von Ihnen genau dazu erarbeitet wurde. Wurde dieses Konzept dann auch angenommen und realisiert? Oder hatten Sie den Eindruck, dass das dann doch nicht so gelaufen ist wie Sie es als Beratungsfirma vorgeschlagen haben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Das ist natürlich angenommen worden. Alles andere wäre ja auch gar nicht möglich. Da würde klar... Sie müssen sich das so vorstellen, wie gesagt, auch das... Ich war in Versuchung, Ihnen auch das mitzunehmen, diese Aufzeichnungen, die wir da führen, wo man dann sagt: Haben wir das richtig verstanden? Da sind immer Feedback-Schleifen drinnen. Da ist das Jour fixe mit dem Kommunikationsteam. Du gehst in die Agentur zurück, du machst dir Gedanken, wie du das umsetzt, du schickst das denen aber natürlich noch einmal: Haben wir das eh richtig verstanden? Sollen wir so vorgehen? Dann kriegst du das Go. Also da gibt es dann logischerweise keine Diskrepanz in der Umsetzung dessen, was man mit dem Team dort beschließt. Ich mache das ja nicht, egal jetzt bei welchem Kunden, zu meinem Vergnügen, sondern wir setzen die Dinge der Kunden um, wobei man da sagen muss konzeptiv, weil die praktische und faktische Umsetzung natürlich auch in den allermeisten Fällen, und beim Krankenanstaltenverbund jedenfalls, wiederum in den Händen des Kommunikationsteams liegt. Wie gesagt, wir sind nie mit Journalisten - ich nicht, mein Team nicht - direkt in Kontakt getreten, außer vielleicht bei der Einladung zu einer Pressekonferenz. Wir haben die Pressestellungen nicht abgegeben, sondern das macht das Kommunikationsteam dort, logischerweise.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Im "Standard"-Artikel vom 5.10.2018 war ja dann zu lesen, dass der Auftrag, den Sie bekommen haben, natürlich hauptsächlich das Spitalskonzept 2030 umfasst hat. Aber das Krankenhaus Nord ist ja ein Teil dieses Spitalskonzepts.

Können Sie uns sagen, bei welchen ganz konkreten Geschehnissen des Projekts Krankenhaus Nord Ihre Firma dann noch die Kommunikationsstrategie weiter beraten hat? Es gab ja immer wieder Vorfälle, die in der Öffentlichkeit kommuniziert wurden. Haben Sie dazu die Beratung weitergeführt und spezielle Geschehnisse, die Ihnen noch in Erinnerung sind und wo Sie auch wieder daran gearbeitet haben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Ich hoffe, ich habe das jetzt auch richtig verstanden. Ich muss Ihnen dazu Folgendes sagen: Das sind ja keine geschlossenen Kreise, sondern die Meetings mit dem Kommunikationsteam des KAV finden ja so statt, und wie gesagt, deswegen habe ich ein paar so Aufzeichnungen mitgebracht, je nachdem, welche Punkte gerade anfallen. Da ist einmal die Errichtung des neuen Mutter-Kind-Zentrums im KFJ. Das andere Mal ist zum Beispiel die Frage, die Kollegen werden sich alle gut daran erinnern: Wie geht man mit den beliebten Gangbetten um? Zum Beispiel was passiert bei einer Grippe-Epidemie? Oder die nächste Geschichte ist, es gibt dann irgendwo zum Beispiel spontan einen Wassereinbruch, und so weiter. Oder die Frage: Was macht man im Konflikt mit den Ärzten? Was ist mit dem Personal, mit den Fragen, haben wir genug Personal? Was ist mit der Fra-

ge, und so weiter. Also das ist ja eine Fülle von Detailfragen, die in diesen Jour fixes anstehen. Wir trennen das logischerweise nicht, weder wir als Agentur, noch der Auftraggeber Krankenanstaltenverbund, sondern dort sitzt das Kommunikationsteam, wo es eben, wie gesagt, verschiedene Zuständigkeiten gibt, und dann arbeiten wir diese Agenda ab. Das heißt, für uns gibt es da keine klare Trennlinie, das haben Sie ja auch in dem Auftrag so gesehen, zwischen da ist KH Nord, da ist Spitalskonzept 2030, oder da sind andere Probleme des Krankenanstaltenverbundes, sondern wir arbeiten das in den Jour fixes auf. Und je nachdem, wie das in zeitlicher Abfolge kommt, wird es weggearbeitet. Deswegen kann ich Ihnen sagen, von den genannten Summen, wie gesagt, von den 800 000 EUR, wie gesagt, brauchen Sie..., ich habe Ihnen ja die Summe genannt. Ich habe..., der hat sich nicht verändert seit 2015 5 160 so. Das heißt, das andere müssen andere Firmen lukriert haben. Und ich kann Ihnen da natürlich nicht trennscharf und vor allem schon gar nicht im Sinne der hiesigen Wahrheitspflicht sagen, wie viele Euro auf den Euro genau ist sozusagen KH Nord und was ist Konzept 2030 und was anderes, weil das ist ein integrierender Bestandteil dieses Konzepts. Und vor allem das Krankenhaus Nord ist ja auch ein integrierender Bestandteil inhaltlich des Spitalskonzepts 2030.

Weil Sie wissen ja, die damit hier im Rahmen des Gemeinderates beschäftigt sind, wie viele Übersiedlungen teilweise oder ganz es von anderen Spitälern geben wird, also von Floridsdorf und von Hietzing. Ich will es jetzt nicht aufzählen, weil sonst reden wir da stundenlang. Also das ist irrsinnig komplex, weil Sie natürlich mit der Verschiebung von so Gesundheitsdienstleistungen dann immer wieder ansprechen regionale Probleme, in Hietzing, wenn Sie sich jetzt erinnern an die Dermatologie, oder in der Donaustadt, wo das ganze Thema Augenklinik, und so weiter, war. Das hat jetzt mit dem KH Nord...Aber Hietzing hat sehr wohl mit dem KH Nord zutun, weil dann natürlich die Dienstleistung auf anderer Ebene im KH Nord erbracht wird. Das heißt, das ist nicht trennscharf zu trennen in da gibt's das Team KH Nord und da gibt's das Team KAV und Spitalskonzept, sondern das ist ein integrierter Kommunikationsauftrag.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Danke. Die FPÖ, Herr Fürnkranz!

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Ja guten Morgen! Zunächst einmal habe ich eher eine formelle Frage, weil die Frau Dr. Aulehla da neben Ihnen sitzt. Meines Wissens ist die Frau Dr. Aulehla Dienstnehmerin des KAV. Meine Frage ist jetzt: Macht sie das im Rahmen ihres Dienstes? Ist das üblich, dass der Auftraggeber Ihnen Rechtsbeistand zur Verfügung stellt beziehungsweise wie verhält sich das im Detail?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Ja also ich habe die Frau Dr. Aulehla gebeten mitzugehen. Schließlich sitze ich ja aus einem einzigen Grund da, naja vielleicht aus zwei. Aber der eine Grund ist, dass ich, das habe ich eh schon ausgeführt, halt in meinem früheren Leben in der Politik war. Deswe-

gen bin ich da von Interesse. Aber der zweite Grund und der wahre formale Grund ist natürlich, dass ich für den Krankenanstaltenverbund arbeite. Deswegen habe ich die Frau Dr. Aulehla gebeten, mich hier zu vertreten, weil ja das sehr viel mit dem KAV zu tun hat. Sie sitzt hier ausschließlich als meine Vertrauensperson und nicht als meine Rechtsvertreterin. Ich habe in meinem wirtschaftlichen Umfeld andere Rechtsvertreter, andere Kanzleien.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz!

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Okay, nur eine Nachfrage: Das heißt, sie macht diese Tätigkeit hier auf Rechnung des KAV und nicht auf Ihre Rechnung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz!

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Danke. Nachdem Sie schon den politischen Grund, warum Sie hier sind, quasi apostrophiert haben - ich meine, für den gelehrten Österreicher schaut die Sache natürlich vor allen Dingen deswegen interessant aus, weil der Dr. Janßen ja, und das hat ja auch die Frau Dr. Ederer ihrerseits bestätigt, quasi in Wien unter einem Kulturschock gelitten hat, weil er in das politisierte System Wiens da hineingeraten ist. Und jetzt hat er auf der einen Seite den ehemaligen Bundesgeschäftsführer der SPÖ als PR-Berater und auf der anderen Seite hat er die Politoffiziere, die er da apostrophiert hat, mit inklusive einer Assistentin, die ihm vom Stadtratsbüro aufs Aug' gedrückt worden ist, die wir uns heute ja noch genauer anhören werden. Also dass dieser Eindruck entsteht, ist ja nicht wirklich erstaunlich. Und ich sag' einmal, wenn der KAV respektive die Frau Stadträtin den Eindruck hätten verwischen wollen, dass da irgendwie auch ein parteipolitischer Zusammenhang ist, dann hätte sie sich ja jeden, nur nicht gerade Sie als PR-Berater da bestellt. Das ist, glaube ich, für jeden österreichischen Beobachter relativ klar. Der springende Punkt bei der ganzen Angelegenheit ist, der Dr. Janßen hat immer wieder gesagt, sein Freiheitsgrad in der Kommunikation war quasi gleich Null und in diesem Zusammenhang eben das Stadtratsbüro als Verursacher genannt.

Jetzt meine Frage in dem Zusammenhang: Wie ist aus Ihrer Sicht, weil Sie immer erwähnt haben, Sie sind mit dem Kommunikationsteam zusammengesessen, die Kommunikation seitens des Stadtratsbüros tatsächlich gesteuert worden? Spielt da die Frau Müller, mittlerweile Hall, eine Rolle? Und inwieweit hat diese Steuerung da Ihre Arbeit dabei betroffen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Ich möchte, da ich mir sehr vorgenommen habe, hier nur auf die Fakten zu antworten und die Fakten sind klipp und klar: Wir haben eine genaue Struktur der Kommunikation gehabt mit dem Krankenanstaltenverbund mit dem Kommunikationsteam. Es war bei wenigen Sitzungen auch der Professor Janßen dabei, bei manchen Besprechungen der Herr Balázs, bei manchen Besprechungen die Frau Gründorfer, bei manchen Besprechungen zwei oder drei dieser Menschen. Aber zu überwiegend 90 Prozent oder mehr sind das Kommunikationsverantwortliche des KAV gewesen. Also das heißt,

ich habe über die Frage, wie die dann intern mit dem Büro der Stadträtin kommuniziert haben, keine Wahrnehmung. Ich möchte aber zu Ihrer Einschätzung des Kulturschocks des lieben Professor Janßen Folgendes sagen: Wie soll ich sagen? In der Zusammenarbeit ganz am Anfang mit mir war er, wie er seine Wohnsituation gelöst hat, schon froh, dass ich ihn auch unterstützen hab' können bei der Argumentation dieses interessanten Modells, das er da gepflogen hat. Also ich hab' den Kulturschock, glaub' ich, in dieser Frage mindern können, ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold, ah Fürnkranz, Entschuldigung. Ich bin jetzt verwirrt von der Aussage.

Josef **Kalina**: Okay, dann muss ich... (*Allgemeine Heiterkeit*) Dann muss ich... Ich hab' die Frage, die der Kollege, ich habe mir den Namen jetzt..., sehr kurz beantwortet. Ehrlich gestanden, das weiß ich nicht, wie das Stadtratsbüro - das war ja die Frage. Aber der Kollege ist ja Politiker. Deswegen schickt er ja einer kurzen Frage eine lange Vorbemerkung voraus. Und ich habe mir jetzt erlaubt, obwohl ich mir das vorgenommen, das im Normalfall eher nicht zu machen, dieses Mal nicht nur die Frage so zu beantworten wie das - ich glaube, das ist eh protokolliert. Nämlich ehrlich gestanden, ich weiß nicht, wie sich die untereinander informiert haben, das Stadtratsbüro und Kommunikationsteam des KAV. Das ist die formale Antwort auf die Frage. Aber auf seine Vorbemerkung von wegen Politoffizier und ich wurde aufs Aug' gedrückt und bla bla bla und der Kulturschock für den armen Professor Janßen habe ich mir erlaubt anzufügen, dass er recht froh war, dass ich ihm erklären konnte, warum sozusagen die kreative Lösung seiner Wohnidee hier bei manchen in dieser österreichischen Kultur nicht so gut ankommt. Das habe ich mir erlaubt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Und genau das hat mich gerade irgendwie durcheinander gebracht, weil ich die nicht kenne, diese kreative Lösung. Herr Fürnkranz!

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Okay, da muss ich jetzt die nächste Frage in dieselbe Richtung - also diese kreative Wohnidee war eine mehr oder weniger Dienstwohnung, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, in einem KAV-Gebäude, die zu sehr günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt worden ist.

War das das Einzige, wo Sie sozusagen dem Dr. Janßen das Wiener Biotop erklärt haben - Biotop, das ist von der Frau Ederer formuliert worden, das ist nicht meine Formulierung - beziehungsweise Dinge, wo Sie den Kulturschock reduziert haben? Und vor allen Dingen: Wie würden Sie diese Struktur aus Ihrer Sicht beschreiben? Was muss man einem Deutschen erklären, damit er hier zurande kommt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina!

Josef **Kalina**: Ob das jetzt Gegenstand der Aufklärung da ist, habe ich meine Zweifel, aber ich gebe Ihnen auch da gerne eine Antwort: Nein, natürlich nicht, das ist nicht das Einzige. Aber das ist jetzt nicht die Frage hier und ich will das von jedem Humor befreien. Natürlich hat der Udo Janßen, er kommt aus einem anderen Lebensfeld, aber wenn Sie zum Beispiel an das Konzept 2030 denken, wie

sehr das in die Lokalpolitik in Wien eingreift, wie sehr das in die Interessensphären diversester Ärzte, Abteilungsvorstände, und so weiter eingreift, da macht es einfach auch Sinn, wenn ein Berater so wie ich da ist, der die Medienlandschaft, die kommunalpolitische Landschaft, die politische Landschaft, den Diskurs innerhalb der Ärzteschaft, des Gesundheitswesens kennt und ihm zur Seite steht und ihn bei der Frage öffentlicher Aussagen berät, weil ja nicht alles, auch aus meiner Sicht, zweckdienlich und sinnvoll ist zum Beispiel an Verlagerungen. Bleiben wir bei dem Beispiel, das Augenzentrum in der Rudolfstiftung zu machen und aus der Donaustadt zu verlagern. Sie haben ja alle selber gemerkt, zu welchem öffentlichen Aufschrei, Bürgerinitiativen, und so weiter, das geführt hat.

So, und jetzt hat aber er in diesem Spitalskonzept eine ganze Fülle von Reformen, Veränderungen, Verlagerungen drinnen gehabt. Da zu antizipieren, was wird der Bezirksvorsteher vom Bezirk x sagen, was wird die Gewerkschaft sagen, was werden die Abteilungsvorstände, die Ärzte sagen, bevor man dann an die Öffentlichkeit mit so einer Geschichte geht, macht aus meiner Sicht Sinn. Es hat bedingt auch damit zu tun, dass der Prof. Janßen aus Deutschland kommt, wo man ganz sicher einen eher, wie soll man das jetzt sagen, direkteren und knackigeren Umgang mit der Öffentlichkeit hat, als es hier in Wien ist.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, die Frau Karner-Kremser.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (SPÖ): Vielen Dank für die interessanten Ausführungen!

Ich möchte nur zu meinem Vorredner, dem Herrn Kollegen Fürnkranz, der mit sanftem Großvaterlächeln die Politoffiziere angesprochen hat, sagen, dass der Herr Janßen dezidiert gesagt hat, dass es keine Politoffiziere sind, die er aus seiner Zeit in der DDR kennt. Nur zur Ergänzung der gesamten Geschichte.

Das heißt, wenn ich es jetzt richtig verstehe, so in der letzten Stunde, eigentlich ist eine gute Kommunikation dann, wenn man möglichst wenig mitkriegt, oder wenn man möglichst wenig in den Medien hört. Dann läuft es eigentlich gut, wenn ich das jetzt so verstanden habe.

Meine Frage ist nur: In den Unterlagen steht, dass es mehrere Unternehmen gab, die im Kommunikationsfeld tätig waren. Worin haben sich diese Unterschiede aufgemacht? Warum waren das mehrere Unternehmungen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ich kann dazu nur zu einem Punkt aus eigener Wahrnehmung berichten. Das ist die Kooperation mit der Firma PlanSinn, die, soweit ich dann weiß, mit Geling (*phonetische Wiedergabe, da Schreibweise nicht geklärt werden konnte*) zusammengearbeitet hat. Die waren zum Beispiel auch eine Zeit lang parallel mit uns tätig und haben sich dort überwiegend um Anrainerkommunikation gekümmert, was sicher sehr wichtig ist. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, weil ich habe, wie gesagt, andere solche Aufträge, wenn Sie irgendwo etwas bauen, egal was - es kann heute auch eine Schule oder ein Wohnhaus zu erheblichen Diskussionen führen -, tun Sie gut daran, die Anrainer mit einzubeziehen, sie zu infor-

mieren, was da passiert. Das war in dem Fall zum Beispiel die Wahrnehmung, die Kolleginnen und Kollegen von der PlanSinn.

Es muss, wie gesagt, dann auch noch andere Unternehmen gegeben haben, die in der Kommunikation für den KAV zuständig waren - ich weiß jetzt nicht, ob KH Nord oder allgemein -, weil, wie gesagt, die in der parlamentarischen Anfrage des Stadtrates erwähnte Summe von 858 000 EUR, die in keiner Weise mir zugeflossen ist, zu dem Schluss führt, es muss noch zahlreiche andere Unternehmen gegeben haben, die für Kommunikation auch zuständig waren.

Aber, wie gesagt, da gab es mit mir und mit meinem Kommunikationsauftrag mit Ausnahme von PlanSinn keine Berührungen. Daher kann ich Ihnen dazu nichts sagen. Vielleicht waren die auch schon davor. Ich weiß es nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Karner-Kremser.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (SPÖ): Sie haben verschiedene Szenarien beschrieben. Nach Ihrer Einschätzung, Sie kennen ja das Kommunikationsfeld so gut wie hier in diesem Raum niemand anderer, für so ein großes Unternehmen wie den KAV mit 30 000 Mitarbeitern, mit sehr vielen verschiedenen Einrichtungen, wie viele Menschen in der Kommunikation braucht es da eigentlich, um das Feld, das Sie beschrieben haben, tatsächlich abzudecken?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ist auch eine schwierige Frage. Ich kann Ihnen nur aus meiner Wahrnehmung sagen, ehrlich gestanden, Unternehmen dieser Größe habe ich sonst nicht, mit 30 000 Mitarbeitern und 4 Milliarden, noch dazu mit so einer Nähe zur Öffentlichkeit. Aber klar ist, dass große Unternehmen die Kommunikation mit verschiedenen Mitteln steuern, nämlich mit internen Kräften, sehr oft aufgeteilt in Marketing, in PR, was mein Bereich ist, und dann immer wieder auch jetzt noch neu die Social-Media-Kommunikation dazunehmen. Also ich kann aus Vergleichen mit der Wirtschaft sagen, dass aus meiner Sicht jedenfalls sozusagen, was meinen Auftrag betrifft, der Krankenanstaltenverbund, was jetzt sozusagen die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit betrifft, sicherlich an der untersten Range liegt, in einem halbwegs vernünftigen Bereich, weil, wie gesagt, ich habe durchaus große Kunden aus der Wirtschaft, die aber nicht annähernd so große Berührungspunkte mit der Öffentlichkeit und mit quasi Kunden, nämlich ihren Patienten, haben und so vielen Beschäftigten aus unterschiedlichen Berufsgruppen. Diese geben natürlich in den meisten Fällen, obwohl sie jetzt vom Umsatz und von den Personalgrößen viel kleiner sind, in Relation wesentlich mehr für Kommunikation aus, was auch verständlich ist, vor allem dann, wenn du mit Kunden zu tun hast, weil das ein ganz wesentlicher Faktor deiner Reputation und deiner Produkte und Dienstleistungen ist, obwohl sie es, ich habe es vorher schon angesprochen, auch leichter haben, weil, wie gesagt, private Unternehmen und Firmen sind nicht mit dem Problem konfrontiert, dass sie so nah an der Politik sind, wo es

dann immer wieder Gegenkräfte gibt. Die haben ihre Konkurrenten.

Aber das eine kann ich Ihnen versichern, ich meine, das ist meine Wahrnehmung jetzt, ich bin zehn Jahre aus der Politik draußen, niemand in der Wirtschaft geht so zum eigenen Schaden miteinander um, wie die Politik. Also ich meine, ich arbeite für Branchen, die einem harten Wettbewerb ausgesetzt sind, aber diese würden nicht im Traum daran denken, ihre Konkurrenten sozusagen in der Weise anzufassen, zu kritisieren und sozusagen negativ darzustellen, mit negativen Dingen, wie das halt alles sehr oft in der Politik der Fall ist. Was die Leute, die in der Politik sind, viel zu wenig berücksichtigen, ist, wie sehr das auf sie selber zurückfällt.

Trotzdem, wie gesagt, geben diese vergleichbaren Privatfirmen natürlich für Marketing, Medien und so weiter in Relation deutlich mehr aus, weil sie mit ihren Kunden kommunizieren, aber überwiegend die Vorteile ihrer Produkte und Dienstleistungen, die Reputation des Unternehmens. Das machen wir, wir arbeiten überwiegend nicht im Konsumgüterbereich, sondern überwiegend in der Corporate PR. D geht es dann schon um Image. Da geht es um Vertrauen. Da geht es um langfristige Werte, die man den Stakeholdern und Kunden vermittelt. Deswegen wird da auch klar budgetiert, Geld, das man ausgibt für Presse und Medien.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Karner-Kremser.

GRin Waltraud **Karner-Kremser**, MAS (SPÖ): Ich habe noch eine Frage zu den Jours fixes, die Sie angesprochen haben. Worum ist es da gegangen? Ging es da immer um kurzfristige Maßnahmen oder um Working in process, irgendwelche Langzeitprojektionen auch weiterzuführen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Es ist eine Mischung von allem. Manches Mal kriegst du eben einen Auftrag, etwas langfristig vorzubereiten auf der Basis zum Beispiel von so einem Konzept, wie ich Ihnen gerade vorher gezeigt habe.

Dann gibt es zum Beispiel, ich habe da jetzt mitgebracht, um Ihnen das auch zu zeigen, ein Q&As-Spitalskonzept, also Fragen und Antworten, wo man sich rechtzeitig darauf vorbereitet, welche Fragen kommen werden, nämlich, wenn wir jetzt kommunizieren, dass, mit welchen Fragen von den Medien wir konfrontiert werden, und damit Anfragen vorbereiten.

Und dann gibt es natürlich auch wieder kurzfristig vorzubereitende Dinge. Man stellt fest, man muss die Öffentlichkeit informieren. Man überlegt: Mache ich eine Pressekonzferenz? Mache ich ein Hintergrundgespräch? Lade ich die Leute auf die Baustelle ein? Oder lade ich die Leute in das neue Mutter-Kind-Zentrum ein? Wer wird dort sprechen? Wie wird das ausschauen? Kurz, das ist eben logischerweise ausgelagert, weil es keinen Sinn macht, das machen, wie gesagt, die Firmen auch nicht, dass sie sich dafür Personal aufrechterhalten, das dann fünfmal im Jahr eine Pressekonzferenz mit dem ganzen Pipapo organisiert, das man da halt braucht.

Diese Jours fixes sind eben eine Mischung. Du arbeitest die Tagesordnungspunkte aus der Vergangenheit ab und du schaust, was kommt halt neu dazu. Dann kommt der Auftraggeber und sagt, eben im Beispiel der KAV: "Passt auf, liebe Leute, in drei Monaten wird aufgesperrt, eben das neue Mutter-Kind-Zentrum im KFJ." Was tun wir da? Wie tun wir? Dann beginnt man halt die Arbeit sozusagen dieses einen Punktes. Das ist sehr nahe an der Arbeit, wie Sie auch Ihre Politik kommunizieren. Wie gehen wir das an? Was brauchen wir? Wo gehen wir hin, mit welchen Ressourcen? Das ist ein permanenter Flow eigentlich, diese Arbeit. Dann überprüft, abgearbeitet, haben wir es geschafft oder nicht? Wenn nicht müssen wir nacharbeiten.

Das ist aber eben eine Mischung aus langfristigen, mittelfristigen und kurzfristigen Punkten, wobei man sagen muss, muss ich Ihnen sagen, Frau Gemeinderat, wenn es um längerfristige Dinge geht, ist es in der Regel so, dass du eher, wie soll man sagen, einen Impuls bekommst und dich dann einmal zurückziehst - da steht ja hinter meiner Arbeit ein Team -, wo wir uns dann intern die Zeit nehmen und eben nachdenken, was wir jetzt im Optimalfall machen würden.

Das bringen wir dann an den Auftraggeber, in dem Fall an den KAV, heran. Dann schaut man: Können die das? Wollen die das? Wie gesagt. Dann werden Sie vielleicht einmal ins Stadtratsbüro gehen und fragen: Wollt ihr das auch? Stimmen wir das ab. Sollen wir an die Öffentlichkeit gehen oder nicht? Weil das immer sehr nahe an der Politik dran ist. Also so funktioniert das konzeptiv.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die NEOS, der Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Modell jetzt von einem Jour fixe bei Kommunikationsagenden, die mittelfristig anlaufen. In der Krisenkommunikation müssen Sie natürlich schnell handeln. Dafür werden Sie auch bezahlt. In Fällen der Krisenkommunikation gibt es sicher auch direkten Kontakt zur politischen Ebene, ins Stadtratsbüro.

Wer war Ihre Ansprechperson? Waren es direkt die StadträtInnen oder der Herr König? Oder mit wem haben Sie da direkt aktuelle Krisen kurzfristig besprochen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Nein, auch in der Krise waren die Auftraggeber immer die Leute im KAV. Wie gesagt, in der überwiegenden Zahl gab es da auch keine Meetings. Also es gab, wie gesagt, in den Jahren vier, fünf Meetings, wo das Stadtratsbüro einbezogen wurde. Da ging es eher, was heißt eher, da ging es um die Planung von großen Kommunikationsschritten, wie eben eine Eröffnung oder, wie gesagt, um die Frage, wer halt was kommuniziert.

Aber wenn Sie jetzt auch Krisen ansprechen, ich muss jetzt einmal nachdenken, ob es einen konkreten Fall gibt, dass ich Ihnen da ein Bild geben kann. Was haben wir da gehabt? Es ist das Kommunikationsteam des KAV, das eben mit dem Auftrag kommt. Wir machen einen Vorschlag. Wir stimmen das mit dem Kommunikationsteam ab. Von dort gibt es das Go. Wie gesagt, die Durchführung, das ist auch ganz wichtig, damit Sie verstehen, wie

der Prozess läuft, findet dann nicht von uns statt, sondern findet dann vom Kommunikationsteam des KAVs statt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Vom Kommunikationsteam des KAVs, und wenn es eine Krise ist, natürlich auch vom Stadtratsbüro. Ich habe Ihre Antwort jetzt so aufgefasst, dass es keine direkten Telefonate mit dem Herrn König oder der Frau Wehsely in Krisenfällen gab.

Da bitte noch einmal die Antwort: Gab es direkte Kontakte oder Telefonate? Oder gab es sie nicht?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ja, es gab Treffen. Wie gesagt, das ist auch evident. Das hat die Frau Stadträtin selber hier auch gesagt. Auch der Herr König. Und es gab auch Telefonate, zum Beispiel mit der Frau Stockhammer, kann ich mich erinnern, die vorher dort war. Aber das sind dann eben kurzfristige Erörterungen davon, wie man eben mit etwas umgeht.

Vielleicht habe ich so etwas mit. Also ich bringe jetzt als Beispiel, plötzlich steht in der Zeitung, die Rettungseinfahrt ist zu kurz, dass die Rettungsautos dort hineinfahren können. Das ist natürlich nicht gut. Es stimmt nur halt nicht. Es ist natürlich trotzdem eine gute Geschichte, daher schreiben es die Zeitungen und auch das Fernsehen berichtet das. Jetzt ist die Frage: Wie reagierst du dann darauf? Da kann es natürlich sein, dass dann einmal der Anruf auch von der Pressesprecherin kommt und sagt: "Burschen, ihr müsst jetzt sofort hinschauen. Ihr müsst das abmessen. Ihr müsst schauen, was man da tut, weil es kann ja nicht wahr sein." Also das Erste ist dann immer Fact-checking. Wie ist es? Als Beispiel bleiben wir bei der Rettungseinfahrt. Dann schaust du halt dort hin und dann versuchst du halt mit bestem Wissen und Gewissen Maßnahmen vorzubereiten, dass man die Öffentlichkeit davon überzeugt, dass eben die Rettung sehr wohl dort hineinfahren kann, oder, was auch der Fall war, dass eine Baufirma in dem Fall das wirklich schlecht aufgehängt hat, dann muss man halt als KAV zähneknirschend zugeben, dass das passiert ist, und dann wird die Baufirma in Marsch gesetzt und baut die netten Einbauten, die halt daran hindern, dass das Rettungsauto dort hineinfahren kann, wieder ab und macht es höher, dass es halt einen Platz hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): An die Krise kann ich mich auch gut erinnern. Eine andere Krise, die uns allen erinnerlich ist, ist der Energetiker, Energetiker- ring auch.

Waren Sie da auch involviert und beauftragt, eine Kommunikationsstrategie auszuarbeiten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ja, sicher. Ich meine, das glaubt man dann selber nicht. Aber Sie sehen, Shit happens. Natürlich ist man zuerst selber ein bisschen sprachlos, wenn Leute, die man kennt und von denen man eigentlich das Gefühl hat, es sind ganz vernünftige Leute, so etwas in Auftrag geben und - ich muss schauen, dass ich es nicht zu humoristisch sage - ihre eigene Karriere damit eigent-

lich gefährden und beenden. Aber natürlich, ja, klar. Also ich meine, da kommt die Meldung, der Energetiker. Dann denkt man, das kann nicht wahr sein. Es ist aber dann doch wahr. Und dann geht die ganz normale Krisenkommunikation los, nämlich als Erstes das Fact-checking, zu checken: Was war wirklich? Hat der wirklich so einen Auftrag bekommen? Was war inkludiert in dem Auftrag? Wer hat den Auftrag gegeben? Wann ist das passiert? Und dann natürlich die Frage: Wer hat davon gewusst? Und so weiter, und so fort. So funktioniert Krisenkommunikation. Klar waren wir damit beschäftigt, aber, wie gesagt, es gehört leider zum Leben der Kommunikation auch manches Mal dazu, dass Sie Dinge erklären müssen, für die es eigentlich keine vernünftige Erklärung gibt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ÖVP, die Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Bei diesen regelmäßigen Jours fixes - Sie haben gesagt, es war Teil Ihrer Arbeit, eine transparente Kommunikation zu gewährleisten - ist Ihnen vielleicht erinnerlich, wann Ihnen zum ersten Mal im Rahmen dieser Jours fixes gesagt wurde, dass der Kosten- und Zeitplan nicht eingehalten werden kann oder dass entweder der Kosten- oder der Zeitplan nicht eingehalten werden kann?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Also einen Tag kann ich Ihnen da jetzt nicht nennen, auch keine Woche, sondern ich kann nur das wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe. Ich meine, das hat die Arbeit von Beginn an geprägt, weil das immer in der öffentlichen Diskussion im Vordergrund stand. Das, was man als Kommunikator da eben verlangen muss, ist, vom Management die Aussagen zu der Frage, ich beschreibe es ihnen jetzt: "Lieber Herr, wir werden in der Öffentlichkeit mit der Frage konfrontiert, wann das fertig ist, was das kosten wird und mit zig Detailfragen. Was sagen Sie dazu?" Dann muss derjenige, der dafür verantwortlich ist, die Fakten liefern. Dann kann man bei der Frage, wie man das formuliert, helfen. Mehr ist es nicht.

Aber, wie gesagt, ehrlich gestanden ist die Frage, wann das fertig wird und was es kosten wird, lang vor der Beauftragung meiner Agentur schon in der Öffentlichkeit gestanden. Also es war sozusagen das Thema immer da. Es hat ja nicht erst mit Jänner 2015 begonnen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Das heißt, ich gehe davon aus, dass Sie laufend über die Entwicklungen aktualisiert wurden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ja, klar. Wenn Sie damit anspielen, spielte das Thema, sozusagen je nach Aktualität natürlich dauerhaft eine Rolle, weil natürlich all die Maßnahmen, die das Bauprojektteam ergreift, immer wieder auch auf Wegen die Öffentlichkeit erreichen konnten, und man damit konfrontiert war, dass eine Aussage, die man eben vor einem halben Jahr getätigt hat, zumindest in Frage gestellt wird. Dann klärst du: Wie ist das jetzt? Ist das real in Frage gestellt? Oder ist das wieder nur die Geschichte

von einem, der halt andere Interessen hat? Das ist ein ständiger Prozess.

Sie müssen sich vorstellen, ich nehme an, Sie werden in Vorbereitung Ihrer Tätigkeit die Medien auch verfolgt haben, ich glaube, das begleitet das KH Nord seit Jahren, ehrlich gestanden. Wie gesagt, ich beschäftige mich damit intensiver erst seit wir ab 2015 die Kommunikationspläne machen. Aber das ist schon viel früher gewesen. Die Frage, ob es richtig ist, es dort hinzustellen, ist auch eine Frage, mit der Sie sich beschäftigen. Mein Gott, da gibt es dann Expertenaussagen.

Aber die Frage, wie schnell es fertig wird, also wann es fertig wird und wie viel es kosten wird, ist eine Dauerfrage, die ununterbrochen die Kommunikation überlagert.

Bei der Gelegenheit möchte ich Ihnen auch etwas sagen. Das ist mit ein Teil sozusagen der Arbeit der Kommunikation, wenn Sie so ein Krankenhaus errichten, das sicherlich einer der Meilensteine in der Gesundheitspolitik Wiens ist. Weil wenn Sie sich fragen, wann zuletzt so ein großes Gesundheitsbauwerk errichtet wurde, ist das, glaube ich, schon gute hundert Jahre oder länger her. Also das ist ja nicht nichts. Es wird die Gesundheitsversorgung in Wien aus meiner Sicht, ich glaube, das teilen Sie auch mit, dramatisch, zumindest sehr, verbessern, was den Standard und so weiter betrifft.

Jetzt sind Sie aber natürlich dann als Auftraggeber, sprich, da meine ich den Krankenanstaltenverbund, sprich, damit meine ich aber natürlich auch die im Hintergrund befindliche Stadtpolitik, die sozusagen die Entscheidung getroffen hat, die Gesundheitspolitik in Wien in dieser Art zu modernisieren, damit konfrontiert, dass eigentlich nicht darüber gesprochen wird, was sich dort abspielen wird von der Qualität der Zimmer, was sich dort abspielen wird von der Qualität der medizinischen Betreuung, was sich dort abspielen wird vom Umgang, zum Beispiel, was die Ambulanzen betrifft, was die Wartezeiten betrifft, was den Umgang mit den Patienten betrifft. All das, sozusagen, wenn man so will, an Software und Angeboten in der Gesundheitspolitik, was den Auftraggebern in Politik und KAV so wichtig ist, tritt ständig in den Hintergrund und wird überlagert durch die medialen Fragen: "Okay, jetzt erzählt ihr uns, das wird die modernste Herzchirurgie, aber es interessiert uns, wann wird es fertig und wie viel kostet es?" Damit werden Sie ständig konfrontiert. Dazu tragen natürlich logischerweise ohne jeden Vorwurf auch die Oppositionsparteien bei, weil klarerweise ist das halt das Ringen zwischen Regierung und Opposition. Aber von diesen Fragen ist natürlich die gesamte Kommunikationsarbeit für so ein großes öffentliches Projekt ständig überschattet.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ich würde jetzt die tatsächlichen Mängel nicht unbedingt auf das Ringen von Regierung und Kommunikation zurückführen, sondern da sind wirklich Dinge passiert, die nicht so im Plan standen.

Aber in Anbetracht all dessen, was Sie gerade gesagt haben, ist Ihre Einschätzung, dass die Kommunikation in Bezug zum Krankenhaus Nord erfolgreich gelaufen ist?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Mit der Frage habe ich mich vorher beschäftigt. Was sage ich da? Weil das auch ein bisschen auf meine Arbeit, natürlich nicht nur, zurückfällt. Sehr schwer. Ich glaube, ja, weil wir es doch gemeinsam mit dem Team dort geschafft haben, dass eben auch über andere Dinge als nur diese Probleme im Zuge der baulichen Errichtung gesprochen wird. Ich glaube, das wird jetzt immer mehr zunehmen, weil das Krankenhaus geht tatsächlich in die Zielgerade. Es wird heuer eröffnet. Dann werden hoffentlich die Dinge, die halt das Leben der Menschen in Floridsdorf, aber darüber hinaus in ganz Wien, verbessern, mehr im Mittelpunkt der Arbeit stehen. Vorbereitet darauf sind wir.

Wie gesagt, ich habe Ihnen zum Beispiel aus dem Fünfzehnerjahr so ein Konzept mitgebracht, dass man eben die Vorteile, die sich aus diesem politischen Beschluss, ein neues Spital zu errichten, auch kommuniziert und dass sie die Leute auch annehmen, dass sie einerseits wissen, weil es nicht vermeidbar ist, dass im Zuge der Errichtung Dinge schiefgelaufen sind. Einerseits haben einfach Firmen Fehler gemacht, dafür müssen sie auch gerade stehen, bei der Fassade oder bei der Statik und so weiter. Aber andererseits, und erlauben Sie mir die Einschätzung hier als Staatsbürger, deswegen sitzen Sie da, und deswegen ist es so wichtig, dass das auch hoffentlich natürlich möglichst konstruktiv erörtert wird. Natürlich sind, glaube ich, schon auch Strukturen von der Politik zu schaffen, die das Errichten eines so großen komplexen Projekts, wenn das dann wieder unternommen wird, einfach besser machen. Das, glaube ich, ist Ihre Aufgabe da. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt dieser Kommission, abseits des ganzen politischen Geplänkels, das logisch ist in der Demokratie, dass Sie dann sagen: Was können wir als eigentliche Auftraggeber, als Stadt Wien, als Gemeinderat der Stadt Wien, den Leuten, die wir damit beauftragen, im Krankenanstaltenverbund so etwas zu bauen, mitgeben? Welche Strukturen können wir ihnen geben, damit es beim nächsten Mal eben besser klappt, damit man Fehler, die man erkennt und die nicht nur bei den Baufirmen liegen, vorwegnimmt und eben Strukturen schafft, damit auch öffentliche große Bauvorhaben besser vonstattengehen? Aus meiner Sicht ist das Ihre Aufgabe.

Unsere Aufgabe ist dann, und ich glaube, dass wir dem gut nachgekommen sind, die Wienerinnen und Wiener davon in Kenntnis zu setzen, was sie davon haben werden. Dazu gehört zum Beispiel auch, das habe ich schon anhand des Spitalskonzeptes geschildert, dass man jenen, die vielleicht dann in Sorge sind, weil etwas verlagert wird, von Gersthof oder von Floridsdorf oder so, sagt, dass es damit nicht zu einer Verschlechterung ihrer Gesundheitsvorsorge kommt, sondern dass im Gegenteil diese Verlagerungen auch für sie einen Vorteil bieten werden, weil in dem neuen Spital man eben nicht mehr in der Infrastruktur aus dem 19. Jahrhundert, sondern in der Infrastruktur aus dem 21. Jahrhundert arbeitet.

Also so gesehen, wie gesagt, wenn Sie mir da diesen Exkurs erlauben und mich fragen, quasi ein bisschen eine

Einschätzung zu geben, wie meine Arbeit, also auch ein Teil meiner Arbeit, gelaufen ist, glaube ich, gut. Wir sind gut vorbereitet. Ich sehe dem sehr zuversichtlich entgegen, wenn jetzt die Eröffnung nahe kommt, dass sich sozusagen die Gewichte aus dem Skandal beim Bau hin zu den Vorteilen beim Betrieb verschieben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frage beantwortet? Gut. - Die GRÜNEN, der Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Guten Tag, Herr Kalina!

Sie haben natürlich recht, es sind rund um Kommunikation mehrere Firmen tätig. Sie sind sicher nicht zuletzt deswegen als einzige der Kommunikationsfirmen ausgesucht worden, weil Sie ein Naheverhältnis zu einer Partei haben. Andererseits ist es natürlich, glaube ich, schon sinnvoll, dass irgendjemand aus der Kommunikationsbranche uns das alles erklärt. Sie hätten wahrscheinlich, wenn wir gefragt hätten, wen wir denn nehmen, schlauserweise sich von allen auch für Sie entschieden, weil man eine mediale Aufmerksamkeit für das Thema insgesamt haben möchte.

Ich habe jetzt eine Frage: Sie haben ein bisschen die Frage nach der Höhe Ihres Honorars umschiffert. Das ist ein Bruchteil von den 858 000. Das klingt auch viel für jeden. Da muss man dann dazusagen, zehn Jahre, also von 2008. Wenn man es umgekehrt rechnen würde, würde man sagen, 7 000 EUR im Monat werden ausgegeben für externe Beratung für den gesamten Krankenanstaltenverbund. Dann hört es sich weniger dramatisch an. Aber wenn man es zusammenrechnet und multipliziert, macht es immer mehr aus. Wenn man es noch zehn Jahre in die Zukunft rechnet, sind es übrigens über 1,7 Millionen EUR. Das wäre dann die nächste Rechnung. Aber Sie haben umgekehrt umschiffert, wie viel Sie genau bekommen. Ich hätte als Zwischenton gehabt, irgendwo 5 000 im Monat, vier Jahre. Dann komme ich ungefähr, bis jetzt, auf ein Volumen von irgendetwas bei 200 bis 250, wenn ich es jetzt schnell richtig überschlagen habe.

Die Frage zusätzlich: Wie lange läuft denn Ihr aktueller Vertrag? Ist dieser jetzt einfach unbefristet? Oder läuft er bis zur Eröffnung des Krankenhauses Nord? Oder sind Sie schon draußen aus der Beratung? Wenn ich es richtig verstanden habe, sind Sie jetzt immer noch mit zuständig für die Kommunikation. Ich habe aber keine Klarheit darüber, wie lange der Vertrag läuft.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ich bin jetzt noch zuständig. Der Vertrag läuft.

Wie gesagt, diese monatliche Summe ist 5 160. Dahinter stehen ein Team von mindestens drei Personen und logischerweise auch eine genaue Anzahl von Stunden, die diese Personen ergreifen müssen.

Der Vertrag ist aufrecht und kann von beiden Seiten jeweils mit einer Frist von zwei Monaten gekündigt werden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sonst ist es allen klar, auch den Parteivertretern und -vertreterinnen, dass man sich zwischendurch zusätzliches Personal von

außen zukauf, wir zum Beispiel alle, wenn Wahlkämpfe sind. Dann werden die einzelnen Kommunikationsteams der Parteien alle erhöht und nach den Wahlkämpfen, je nach Wahlergebnis, wieder reduziert, oder sie bleiben gleich groß. Wenn jemand längerfristig, so wie Sie oder wie ein paar andere Firmen, das begleitet, wäre es dann nicht irgendwann einmal schlau, zu sagen, die Leistung brauche ich eh immer, dann kaufe ich sie irgendwann ein? Als Partei würde man, wenn man einen Fünfjahreszyklus hat, sagen, jetzt stocken wir halt auf. Wir haben drei Prozent gewonnen. Das haben wir jetzt schon länger nicht, aber andere im Haus. Dann nimmt man längerfristig das Personal, sucht es für den nächsten Wahlkampf wieder. Das wäre jetzt umgelegt aufs Krankenhaus, diese Aufgaben von Ihnen laufen über mehrere Jahre.

Wäre es dann schlau, irgendwann zu sagen, ich siedle die Stelle intern an? Oder warum, glauben Sie, ist es klug - ich nehme an, Sie werden sagen, es ist klug, extern -, warum ist es trotzdem schlau, mit Externen in dieser Phase zusammenzuarbeiten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Für diese Frage bin ich deswegen dankbar, weil - ich werde mich ganz kurzfassen - sie mir eben erlaubt, die Vorteile der externen Kommunikation von sozusagen einem, der wie ich in einem Unternehmen lebt, auszuarbeiten. Wenn Sie jetzt kurz nachdenken, eben, wie gesagt, wenn ich diese Summe von rund 5 000 EUR im Monat hernehme, wie viel Sie da an Kommunikatoren im Unternehmen inklusive Lohnnebenkosten bekommen würden, liegt das dann natürlich immer an Ihnen, was Sie sozusagen den Leuten zahlen. Aber sehr viele Leute sind es nicht, die Sie um diese Kosten pro Monat einstellen können. Und das ist der Hauptgrund, warum Kunden aus der Wirtschaft solche Verträge mit uns machen, weil natürlich die Auslastungen sehr unterschiedlich sind, weil diese Pauschalen eben die Möglichkeit geben, sozusagen diese Spitzen abzudecken. Da gibt es Monate, wo das weniger ist, aber dann gibt es Monate, wo das wahnsinnig viel mehr, wirklich viel mehr, ist. Das ist dann aber meine Kalkulation, mein unternehmerisches Risiko sozusagen, das es dazu gibt.

Aber in der Wirtschaft kann ich Ihnen nur sagen, einige meiner Kunden, auch von vergleichbaren Agenturen, gehen sogar so weit, dass sie effektive Unternehmensfunktionen an uns auslagern, wie zum Beispiel Sprecherfunktionen. Wir sprechen auch in manchen Fällen für die Unternehmen. Wir sind als Krisenkommunikatoren bei mehreren Firmen eingebucht, wo mein Kollege Kochwaller, der zweiter Geschäftsführer ist, und ich eine 24/7-Erreichbarkeit haben, natürlich einen Krisenkommunikationsplan, logisch, weil sonst könnten wir das nicht machen, aber die ersten Ansprechstellen sind. Warum? Weil die Unternehmen natürlich daran interessiert sind, sozusagen diese Personalkosten auszulagern.

Aber natürlich ist es so, wie Sie sagen, Herr Abgeordneter, das ist ein Punkt, den jedes Unternehmen, wie soll man sagen, abwägen muss und auch tut, weil du natürlich gewisse Kernfunktionen im Unternehmen brauchst. Das ist ganz klar. Aus meiner Sicht hat es der KAV relativ gut,

weil er ein Kommunikationsteam hat und in den Häusern wiederum Leute hat, die sozusagen vor Ort kommunizieren, und dann eben für Konzepte, Spitzen und so weiter einen bestimmten Teil auslagert.

Aber, wie gesagt, die Entscheidung darüber, wie man das steuert, was ich intern brauche, was ich extern mache, muss ein Unternehmen selber beurteilen und sagen: Wenn ich jetzt sozusagen diese Kosten sparen würde, was könnte ich mir da um das Geld als Angestellte ins Haus setzen? Das ist halt eine Entscheidung, die für jedes Unternehmen anders zu treffen ist.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Ich möchte auf ein konkretes Beispiel eingehen, ähnlich dem Energetiker. Es gibt ein Warnschreiben von mehreren Auftragnehmern, Bacon Gebäudetechnik, Caliqua Anlagentechnik, Cofely Gebäudetechnik, Elin, Herbsthofer, LSG Building Solutions, Ortner, Stolz, Wieselthaler, allen zusammen, vom 19. März 2015 direkt an den Eigentümergebiet, in dem Fall an die StRin Wehsely und den Bgm Häupl. In dem Schreiben war die Rede von laufenden Mehrkosten für das Bauvorhaben, Systemfehlern und - Zitat - "unrealistischem Terminplan". So schreibt das "profil" im April 2015. Genau solch ein Warnschreiben, würde ich jetzt glauben, würde ich dann nehmen und sagen, dafür brauche ich schon eine Kommunikation. Weil ich muss annehmen, wenn das von mehr als einem halben Dutzend Firmen kommt, dass es sowieso irgendwann die Öffentlichkeit erreicht, weil offensichtlich viele Leute davon wissen.

Kennen Sie dieses Schreiben? Kriegen Sie dann so etwas auf den Tisch? Und sagt man dann, daran müssen wir arbeiten? Was machen wir damit? Können Sie sich an das Schreiben erinnern? Und falls ja, hat es eine Besprechung mit der Stadträtin oder dem KAV dazu gegeben?

Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Also wenn Sie dieses Schreiben aus dem "profil" ansprechen, dann kenne ich das selbstverständlich. Es hat auch gehörig Staub aufgewirbelt. Natürlich landet das dann auch bei den Kommunikationsexperten.

Meine Wahrnehmung aus dieser Zeit ist allerdings die, dass dieses Schreiben quasi ein eingefrorener Posthorton war, der eigentlich dann, jetzt muss ich sagen, gar nicht mehr beabsichtigt, an die Öffentlichkeit kam, weil zu dieser Zeit, nachdem was ich, wie gesagt, gehört habe, ich war natürlich nicht selber dabei, aber sozusagen aus dem Unternehmen längst wusste, dass das sogenannte Claimsmanagement gelaufen ist. Also das heißt, man hat von Seiten des KAV mit den genannten Firmen unter Zuhilfenahme eines externen, ich weiß jetzt nicht, wie man es genau nennt, Mediators - ich habe jetzt den Namen vergessen -, es gab zwei große Baubüros oder auch Anwaltsbüros, die das sozusagen abgesteckt haben, die Frage der Forderungen der Firmen einerseits und die Gegenforderung des KAVs aus nicht oder mangelhaft erbrachten Leistungen abgestimmt. Na klar haben sich die Firmen, als sie gemerkt haben, das läuft in Richtung Skylink, auch zusammengetan und haben versucht, ihre Interessen zu wahren.

Aber die Geschichte war insofern relativ bald erledigt, weil eben der Prozess schon lief. Es war in dem Fall auf der Seite der von Ihnen genannten Firmen ein Kollege von mir tätig, der so etwas Ähnliches wie ich macht, der Alfred Autischer. Er hat gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit eben dieses Konsortium vertreten. Wie Ihnen allen sicher aufgefallen ist, ist nach diesem Schreiben, das im "profil" kam, zu dieser Frage eigentlich aus meiner Wahrnehmung dann öffentlich nichts mehr nachgekommen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, der Herr Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Danke. - Es ist jetzt so, ich möchte noch einmal auf 2014 zurückkommen, und zwar auf die Kostenüberschreitung und die Bauzeitverzögerung. Sie haben bereits bestätigt, dass Sie von dieser Kostenüberschreitung als auch von der Bauzeitüberschreitung wussten. Sie haben auch ausgesagt, dass Sie als Kommunikationsexperte diese Kommunikation präventiv für etwaige Krisen vorbereiten. Wenn eine Bauzeitüberschreitung und eine Kostenüberschreitung in dieser Höhe keine Krise darstellen, dann weiß ich nicht.

Jetzt muss ich mir schon die Frage über den Wahrheitsgehalt Ihrer Aussage stellen, weil Sie behaupten, Sie haben da für den KAV auf Grund dieser beiden Punkte nichts kommunikativ vorbereitet?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Da muss ich ein bisschen formal werden und die Unterstellungen, die da in der Vorbemerkung Ihrer Frage drinnen sind, zurückweisen. Ich habe Ihnen das schon gesagt, auch auf die Frage der Kollegin Hungerländer, das Thema Fertigstellung und Kosten beschäftigt die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem KH Nord viel länger als in dem von Ihnen angesprochenen Zeitraum. Daher hat das ständig eine Rolle gespielt.

Wenn Sie nachvollziehen, ich nehme an, Sie werden die Unterlagen haben, so ist in den Q&As dazu eben immer eine Frage, nämlich: „Was kostet es und wann wird es fertig?“, und eine Antwort immer drinnen. Die Antwort hat sich natürlich über die Jahre verändert. Das haben Sie ja auch wahrgenommen. Aber das ist nicht eine Frage der Kommunikation, sondern das ist eine Frage der Unternehmensentscheidungen. Also darauf möchte ich hinaus.

Also, wie gesagt, diese Unterstellungen, dass da irgendetwas verschleiert wird oder so, möchte ich wirklich zurückweisen, weil das sind die substanziellen Entscheidungen, die das dortige Management trifft. Nicht zuletzt haben diese, das haben Sie auch wahrgenommen, dann sogar dazu geführt, dass das gesamte Management auch ausgetauscht wurde, weil man eben ganz offensichtlich - wie gesagt, das hat mit meinem Wirkungsbereich gar nichts zu tun - nicht mehr überzeugt war, dass sie das wie besprochen über die Bühne bringen. Das heißt, diese Wahrnehmung ist kein Geheimwissen, sondern das war ständig öffentlich diskutiert. Dazu gab es ständig Aussagen der verschiedenen Führungsfiguren des Krankenanstaltenverbundes und auch der Politik.

Ich habe Ihnen das Ganze in der Einleitung auch in der Beschreibung meiner Tätigkeit geschildert. Natürlich

haben wir das sozusagen als Kommunikationsexperten dokumentiert, wer wann, zu welcher Zeit, mit welchem Medium öffentliche Aussagen zu dem Projekt getroffen hat. Das ist die Geschichte. Wenn das dann sozusagen zu revidieren war, sind dem logischerweise wieder Entscheidungen im Management vorangegangen. Aber so viele waren es nicht. Das haben Sie alles, wie gesagt, wahrgenommen. Das ist auch ein Teil der Grundfragestellung hier: Hätte man das besser machen können?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Nichtsdestotrotz ist auch Fakt, dass die Information über die Kostenüberschreitung und Bauzeitüberschreitung bis nach der Wahl, Gemeinderats- und Landtagswahl 2015, zurückgehalten wurde. Das ist einmal Fakt.

Jetzt ist meine Frage: Sie behaupten, Sie hätten dazu nicht geraten. Stimmt das?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ich kann nur sagen, was Sie als Fakt bezeichnen, nehme ich nicht als Fakt wahr. Also die Frage, ob da etwas zurückgehalten wurde, kann ich nur mit Nein beantworten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Nichtsdestotrotz wissen die Experten als auch die eingebundenen Verantwortlichen, und somit auch Sie, seit vor 2014, dass es zu Baukostenüberschreitungen und zu Bauzeitverlängerungen kommen wird. Das ist auch einmal Fakt. Die Informationen wurden öffentlich erst nach der Gemeinderats- und Landtagswahl 2015 veröffentlicht. Das ist auch Fakt.

Jetzt stellt sich halt schon die Frage, warum das nicht kommuniziert wurde.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ich könnte es mir jetzt leichttun und sagen, mit alledem habe ich nichts zu tun. Aber das, was Sie als Fakt bezeichnen, ist natürlich kein Fakt, sondern ist ein im Unternehmen stattfindender Prozess. Ich glaube nicht, dass sich das dort jemand leicht gemacht hat. Es sind jeweils Szenarien, wo dann die Verantwortlichen, also das Projektteam und letztendlich der Vorstand, nach Abwägung aller Dinge, die nur er kennt, im Verhältnis mit den Baufirmen und mit dem Drumherum sozusagen eine Entscheidung trifft, wie wir mit dem Ding weitergehen.

Da gibt es logischerweise, das kennen Sie ja, immer auch verschiedenste Szenarien. Das habe ich auch ganz am Anfang gesagt. Sie machen jetzt das, was klar ist, Sie gehen immer von den Worst-Case-Szenarien aus. Diese gab es auch. Aber dazwischen gab es die Mittel-Szenarien und es gab die Best-Case-Szenarien. Für uns als Kommunikatoren stehen nicht verschiedene Szenarien in den verschiedenen Seiten zur Diskussion, sondern Entscheidungen von Entscheidungsträgern, nämlich, wir haben jetzt folgende Vorgangsweise beschlossen, so gehen wir um. Wie kommunizieren wir das? Also das müssen Sie ganz klar trennen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Durchaus interessant, nur nichtsdestotrotz, wenn Sie der PR-Experte sind, der

Kommunikations-Experte sind, wissen Sie ganz genau, dass man mit der Wahrheit meistens den größten Erfolg hat, und hätten auch dazu raten müssen. Entweder ist es Ihnen entgangen. Dann sind Sie halt ein schlechter PR-Berater, was ich aber gar nicht glaube. Oder es wurde irgendwie kommuniziert, dass es nicht günstig wäre. Das steht einfach im Raum und ist einfach ganz klar. Dem werden wir auch weiter nachgehen. - Danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Keine Frage?

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Nein.

Josef **Kalina**: Herr GR Niegl, darf ich nur trotzdem etwas dazu sagen? Wenn ich damals die Wahrheit, wie Sie so schön sagen, gewusst hätte, dann hätte ich vielleicht eine andere Situation gehabt, dann wäre ich vielleicht im Baumanagement tätig. Aber Sie können doch nicht von mir verlangen, also das kann ich mir nicht sozusagen unterstellen lassen, ich weiß die Wahrheit und rate dann quasi, sagt es nicht. Das ist völlig unrealistisch. Jemand, der Kommunikationsmaßnahmen plant, weiß doch nicht die Wahrheit, was immer sie ist. Glauben Sie mir, ich glaube auch, dass es diese Wahrheit so nicht gibt, weil sie natürlich von Maßnahmen abhängig ist, was sie dort machen. Das ist doch ganz klar. Also seien Sie mir nicht böse. Die Wahrheit, die Pravda, ich glaube nicht, dass es sie gibt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Ich freue mich - vielen Dank für Ihre Ausführungen -, dass ich Ihnen jetzt mit Fakten antworten kann. Es gab Ende 2014 einen Ausführungsterminplan, der genau im Gegensatz zu dem gewünschten Terminplan der Gemeinde Wien für das Jahr 2016 stand. Man hat hier für September 2017 den Beginn des medizinischen Betriebs und die bauliche Beendigung mit Mai 2017 beschrieben. Das wurde an sich von dem letzten Quartalsbericht der Begleitenden Kontrolle ganz detailliert und ganz deutlich gesagt. Also wenn wir schon von Faktum reden, die beteiligten Firmen an der Errichtung haben im Rahmen des Ausführungsterminplanes eindeutig gesagt, es wird 2017, und haben den Wunsch der Gemeinde Wien, das 2016 umzusetzen, abgelehnt. Das ist ein Faktum. Sie können es gerne durchlesen, vierter Quartalsbericht 2014. Das war die Einleitung.

Jetzt habe ich eine Frage. Es freut mich, dass Sie sich sehr für Fact-checking einsetzen. Das freut mich sehr. Da hätte ich gerne gewusst, ob Sie der Meinung sind, dass das Krankenhaus Nord ein Schwerpunktspital ist. Das würde nämlich im direkten Gegensatz zum Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz von 2019 stehen, in dem die Definition eines Schwerpunktspitals doch um einiges größer als das Krankenhaus Nord ist. Dem Krankenhaus Nord fehlen gemäß Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz drei Abteilungen.

Im Rahmen des Fact-checking, ist Ihnen das bewusst, dass das Krankenhaus Nord nicht einmal ein Schwerpunktspital ist?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Nein, ehrlich gesagt habe ich mich mit der Definition, was ein Schwerpunktspital ist, juristisch nie beschäftigt. Keine Ahnung.

Was Sie zunächst ausgeführt haben, Ende 2017, ich glaube, da wären alle froh, wenn es dort gelandet gewesen wäre. Ich kann zu dem, was Sie da jetzt zitiert haben, natürlich nichts sagen, weil ich es nicht kenne. Es ist wahrscheinlich eines der Szenarien, die sicherlich zu dieser Zeit erörtert wurden. Aber ich meine, selbst das ist dann nicht eingetreten, glaube ich, sonst würden Sie heute nicht hier sitzen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das waren an und für sich drei Fragen. - SPÖ, der GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Kurz noch einmal zur Wahrheit. Irgendwie war ich der Meinung, wir sitzen hier, um die faktische Wahrheit herauszufinden, sonst hätten wir eigentlich nur den Herrn Kalina gebraucht, der sie uns geschrieben oder geschickt hätte, oder wie auch immer.

Tatsache zum Faktencheck, weil zuerst auch eine Frage an ihn war, und ich habe mittlerweile nachrecherchiert, wann denn kommuniziert wurde, und wurde nicht etwa vor der Wahl, der Gemeinderatswahl, zurückgehalten, dass es teurer wird oder zu Verspätungen kommt. Ich habe jetzt Folgendes recherchiert und würde den Herrn Kalina ersuchen, dass er mir das eventuell auch bestätigt: Aus Zeitungsartikeln ist belegt, dass es offenbar davor eine Presseaussendung der Frau StRin Wehsely gegeben haben muss. Denn bereits im März 2015 schreiben die ersten Zeitungen, dass es zu Verteuerungen und auch zu Verzögerungen im Bau kommen wird. Die Wahl war im Herbst 2015. Also, sage ich jetzt einmal, vor der Wahl etwas zu vertuschen, wenn man sechs Monate vor der Wahl Presseaussendungen gibt.

Haben Sie zu diesen Terminen irgendwelche Wahrnehmungen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Aus eigener Wahrnehmung nicht. Ich habe nicht eine Liste aller Presseaussendungen mit, die da passiert sind. Aber ich weiß jedenfalls, dass es - das habe ich schon gesagt - diese Berichte gab, so auch aus dieser Zeit - deswegen haben wir 2015 wieder solche Pläne gehabt -, ständig Meldungen gab, es wird später und es wird teurer. Also, wie gesagt, eine Vertuschung kann ich da sowieso ausschließen, weil das würde einen Vorsatz erfordern. Ich glaube, dazu war, ehrlich gestanden, das Ganze viel zu öffentlich. So, wie es der GR Eilensohn vorher angesprochen hat, waren viel zu viele Player involviert, die ausführenden Firmen, zig Leute im KAV, Konsulenten, Architekten, Bauaufsicht und so weiter. Oder so, wie es der Kollege von der FPÖ vorher zitiert hat, gab es auch immer wieder diese, wie soll man es jetzt sagen, Terminpläne in Abstimmung mit den Firmen. Da hätte kein Mensch sozusagen irgendetwas, wie soll man sagen, vertuschen oder anders darstellen können, weil jeder, der das gekriegt hat, dann sozusagen gewusst hat, was die Folgen sind, wenn a) in der Durchführung passiert, was dann b) ist. Also die Leute sind alle Experten. Sie wissen, was da folgt. Also, ehrlich gestanden, diese Diskussion habe ich immer ein bisschen, ... Ich

meine, das taucht dann in der Politik logischerweise auf. Aber ich glaube nicht, dass irgendjemand im KAV in der Lage gewesen wäre, sozusagen auf der Basis dieses Projektplanes dann die Öffentlichkeit falsch zu informieren, weil da wären dann genauso Leute aufgetreten, wie es der GR Ellensohn vorher gesagt hat, Freunde das kann nicht stimmen. Weil dann sagt nämlich logischerweise, ich weiß jetzt nicht, der Klimaanlageanbieter: "Moment, Moment! Da kann ich sicher nicht fertig sein, weil wenn das und das nicht fertig ist, dann kann ich nicht die Klimaanlage liefern." Der würde das sozusagen gar nicht auf sich sitzen lassen. Wie gesagt, es ist Teil der politischen Kommunikation. Aber das ist, glaube ich, eben nicht Teil der Realität.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Spitzer.

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Inwiefern war Ihr Kommunikationsauftrag nicht nur nach außen gerichtet, sondern auch nach innen? Meine Frage speziell: Beinhaltet sie auch den Auftrag der Kommunikation mit Gemeinderatsmitgliedern, mit Ausschüssen, oder ausschließlich Medien und Öffentlichkeit?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Nein, interne Kommunikation ist bei uns nur Bestandteil, wenn es darum geht, die Kommunikation in Richtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu richten.

Die politische Kommunikation war nie Bestandteil unserer Tätigkeit. Die Information des Ausschusses des Gemeinderats obliegt logischerweise dem Management. Ich glaube aber eher, dass das über das Stadtratsbüro und dann an Sie geht, soweit ich das mitgekriegt habe.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Spitzer.

GR Mag. Gerhard **Spitzer** (SPÖ): Nicht nur, weil Sie heute hier sitzen dürfen, sondern für mich grundsätzlich von Interesse, Sie vertreten mehrere Firmen mit Ihrem Unternehmen, im Nachhinein gesehen, ist dieses Projekt oder der Geschäftspartner KAV inklusive Krankenhaus Nord ein schwierigerer oder ein schwieriger zu vermarktender Partner als andere vergleichbare Projekte? Oder erleben Sie das in dieser Heftigkeit, nicht, dass man vielleicht vor einer Untersuchungskommission sitzt, aber mit allen anderen Problematiken, öfters?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Kann man kurz beantworten. Natürlich ist das schwieriger, weil alles, was an der Öffentlichkeit dran ist, und damit meine ich, an der Politik dran ist, immer den Zusatzfaktor hat, dass sie dort eben auch mit Gegenkräften arbeiten müssen. Das haben Sie in der Kommunikation für einen Lebensmittelproduzenten oder einen Fahrzeugproduzenten logischerweise nicht. Das macht das Leben schwieriger, nämlich, was die sogenannte, jetzt viel in Diskussion stehende Message Control betrifft. Das können Sie natürlich als Unternehmer weit besser kontrollieren, wenn Sie auf der anderen Seite niemand sitzen haben, der dann sofort kommt und sagt, das Gegenteil ist wahr, es ist alles eine Unwahrheit. Das ist ein Spezifikum aller Kommunikationsaufträge, die eben nahe an der öffentlichen Hand dran sind.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: NEOS; Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): In Ihrem Eingangsstatement haben Sie indirekt den Bürgermeister gelobt, dass er die Untersuchungskommission eingerichtet hat. Mich interessiert, ob Sie in die Kommunikation der Untersuchungskommission und die Kommunikation der Einrichtung der Untersuchungskommission, die meines Erachtens nach sehr spitz kommuniziert war und sehr verfälscht kommuniziert war, involviert waren?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ist leicht beantwortet. Nein. Das war ausschließlich - ich hoffe, Sie haben das auch so verstanden - eine Zustimmung meinerseits als Bürger, dass es notwendig ist, dass man sich dann, wenn doch viele Dinge bei einem so großen Projekt schiefgegangen sind, einfach als Politik hinsetzt und sagt: Was können wir beim nächsten Mal besser machen? So gesehen hat der Herr Bürgermeister seinen Teil gehabt, dass er das gemacht hat. Und so gesehen haben Sie Ihren Teil, dass Sie das machen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Als besondere Krise ist mir die Causa Rainer in Erinnerung, des Arztes, der im Krankenanstaltenverbund nicht verlängert worden ist.

Waren Sie in diese involviert?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Auch diese Causa hat sicherlich, so wie die Konflikte mit der Ärztekammer und dem Ärztearbeitszeitgesetz - also Sie sehen, es war ein bunter Strauß an Themen, der da immer wieder zu diskutieren war - im Laufe der Tätigkeit eine Rolle gespielt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Können Sie da genauer ausführen, inwiefern eine Rolle gespielt? Wurden Sie hier auch um Rat gefragt, wie man kommunikativ damit umgeht? Und was haben Sie in Erinnerung, was Sie empfohlen haben, mit dieser doch sehr sensiblen Causa kommunikativ umzugehen, wo ein Arzt nicht verlängert worden ist, weil er anscheinend nicht in die Werte des Krankenanstaltenverbundes passt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gehört das zu der Krisenberatung dazu?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ja, das ist ein Auftrag.

Josef **Kalina**: Ich kann gerne etwas dazu sagen. Mir scheint, dass wir da relativ weit weg vom Untersuchungsgegenstand sind, aber ich habe kein Problem, das zu beantworten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die Krisenberatung ist Thema.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Es gibt einen Zusammenhang. Ich kann ihn noch kurz darstellen. Der Herr Rainer hat sich öfters kritisch zum Krankenhaus Nord geäußert, zur Personalplanung. Dahingehend ist ein direkter Draht auch zum Krankenhaus Nord gegeben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Meine Wahrnehmung ist anders. Der Herr Rainer hat sich in vielen Fragen sehr kritisch geäußert, ganz grundsätzlich zu Ärztarbeitszeit, Ärztebeschäftigung, hat, glaube ich, soweit ich es in Erinnerung habe, eine eigene Standesvertretung gegründet. Das ist auch schon wieder eine Zeit lang her. Ich glaube, der KAV war da eben eine Zeit lang mit Aussagen eben eines bestimmten Arztes oder auch einer Gruppe konfrontiert, die mein Auftraggeber KAV eben anders gesehen hat, als dieser Kollege. Daher war es unsere Aufgabe, wie gesagt, ohne dass ich es jetzt im Detail weiß, zu checken, wie das mein Auftraggeber sieht und welche Argumente wir aus diesem Konflikt an die Öffentlichkeit bringen. Ich glaube, das ist dann auch in Arbeitsrechtsprozessen geendet, wo ich nicht mehr weiß, wie sie ausgegangen sind. Aber das ist eben ein Teil, ein kleiner Teil, der ständigen Kommunikationsarbeit im Rahmen des KAV. Aber mit dem KH Nord hat das aus meiner Wahrnehmung überhaupt nichts zu tun gehabt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Gibt es weitere Aufträge der Stadt oder stadtnaher Unternehmen an Sie, die aktuell laufen? Und wenn ja, welche?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Das ist schwer zu beantworten. Also die Frage: Was ist stadtnah? Wie gesagt, ich arbeite für Auftraggeber aus allen Bereichen, überwiegend aus der Privatwirtschaft. Aber da kann das eine oder andere Mal ein Unternehmen dabei sein, wo es einen Bezug zur öffentlichen Hand in Bund oder Land gibt, aber jedenfalls ohne jeden Zusammenhang mit dem KAV und dem KH Nord.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Waren es schon drei Fragen?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Aber darf ich nur nachfragen: Keine weiteren Aufträge direkt von der öffentlichen Hand der Stadt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Ehrlich gesagt, glaube ich, dass das jetzt sozusagen meine Geschäftsgeheimnisse berührt und mit Ihrem Untersuchungsgegenstand nichts zu tun hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ÖVP, Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Noch einmal zurückkommend auf die Wien-Wahl. Sie haben gesagt, da wurden keine Informationen zurückgehalten.

Ich würde trotzdem gern wissen, war die Wien-Wahl Thema bei Ihren regelmäßigen Jours fixes?

Josef **Kalina**: Nein, weil wir haben uns mit Spitalskonzept 2030 und KH Nord beschäftigt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Jetzt haben wir Aussagen vom Herrn König, der Ihnen eine Schlüsselrolle zugesprochen hat, wie man sich Richtung Wien-Wahl kommunikativ aufstellt.

Wie können Sie sich diesen Widerspruch erklären?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Wo hätten Sie diese Aussage hergenommen? Das kann ich mir nicht erklären.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Langsam, langsam, langsam.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Die Aussagen sind in dem Protokoll nachzulesen. Die können wir gerne nachreichen.

Josef **Kalina**: Naja, aber ich habe es. Es liefert heute Gott sei Dank das Internet alles.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gut. Sie können ja noch nachschauen.

Josef **Kalina**: Also ich entnehme das keiner ... Jedenfalls den Aussagen des Herrn König, wo Sie ihn zu mir gefragt haben, kann ich das nicht entnehmen. Aber bitte, vielleicht können Sie das dann noch einmal klären.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Das werden wir sicher tun.

Gab es zwischen Ihnen und dem Bürgermeister, der durchaus Interesse an diesem KH-Nord-Projekt hatte, irgendwann Gespräche bezüglich des KH Nord?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Sie meinen jetzt den Bgm Häupl?

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ja, natürlich.

Josef **Kalina**: Nein, kein einziges.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Sie haben gesagt, dass Sie Kommunikation Richtung Mitarbeiter geführt haben.

Umfasste das auch beispielsweise Protokolle von Sitzungen? Oder was kann man sich sonst darunter vorstellen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Nein, natürlich nicht.

Aber Sie müssen sich vorstellen, zum Beispiel ist das Spitalskonzept 2030 doch auch mit einer sehr starken kulturellen Änderung verbunden und natürlich damit verbunden, dass Leute, die heute im Otto-Wagner-Spital arbeiten, in absehbarer Zeit im KH Nord arbeiten werden.

Diese Veränderungen, wenn die Ambulanzen, so wie es dort geplant ist, so eingerichtet werden, dass es keine Wartezeiten mehr geben soll und so weiter, bringen ja eine Verbesserung für die Leute, was allerdings mit Veränderungen in dienstlichen Abläufen verbunden ist. Wenn es eine neue Struktur dort im Spital geben wird, dann ist das verbunden mit Änderungen in der Abteilungseinteilung, was zum Beispiel wiederum die Ärzte oder auch das Pflegepersonal betrifft.

Dabei geht es eben darum, zunächst zu checken, welche Veränderungen wen betreffen werden, und dann die Betroffenen mit Schreiben, etwa mit Mails, zu informieren. Es gibt da auch eine interne Kommunikationsplattform im Intranet des KAV, um die Leute schon auf diese Veränderungen vorzubereiten. Wie Sie sicherlich auch aus Ihrer Tätigkeit wissen, bedeutet jede Veränderung für jeden Menschen a priori einmal eine Unsicherheit und manches Mal auch eine Bedrohung. Und um das hintanzuhalten, sind einerseits Informationen zu liefern und andererseits Ansprechstellen zu schaffen, dass es, wenn jemand wissen will, was dort wirklich sein wird und

so weiter, jemanden gibt, an den man sich wenden kann. Es geht um solche Informationen in diesem Prozess, um die Unsicherheiten und Ängste, die Menschen haben, deren Dienstort oder Dienstzuteilung sich ändert, hintanzuhalten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Von den GRÜNEN ist nun Frau Meinhard-Schiebel an der Reihe. – Bitte.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Sie haben schon gesagt, dass es kein direktes Gespräch mit dem ehemaligen Herrn Bürgermeister Dr. Häupl gegeben hat. Im Rahmen einer Beratungstätigkeit ist es aber durchaus möglich, dass man eine Argumentation für den Fall vorbereitet, dass der Bürgermeister dazu befragt werden sollte oder sich in irgendeiner Form in der Öffentlichkeit dazu äußert. Sie wissen ja, dass das Wort des Bürgermeisters in der Öffentlichkeit ganz besonders zählt. Gab es jemals eine Vorbereitung für irgendeine Stellungnahme, falls der Bürgermeister dazu befragt werden sollte, die Sie in Ihrem Beratungsrahmen vorbereitet haben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Vielleicht vorweg: Einer meiner beruflichen Veränderungsmeilensteine war – jetzt muss ich nachdenken, wann das war, wann Dr. Häupl angefangen hat – im Jahr 1994, da bin ich mit Dr. Michael Häupl, als er Bürgermeister wurde, sozusagen als Teil seines Teams angetreten, und zwar logischerweise schon damals in der Kommunikation.

Ich kannte Dr. Michael Häupl natürlich auch schon aus der Zeit vorher, aus den Jugendorganisationen. Es gibt also eine sehr enge Bekanntschaft und ein gutes Verhältnis zwischen mir und Michael Häupl. Das heißt, es gab über die Jahre und Jahrzehnte immer wieder Treffen und so weiter und so fort. Ich kann also nicht ausschließen, dass es damals Treffen gab: Diese gab es natürlich! Man ist befreundet, hat viele Jahrzehnte lang sehr viel gemeinsam gemacht und trifft sich. Was ich aber jedenfalls mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausschließen kann, ist, dass es eine Besprechung gab. Eine Besprechung gab es nie. Jedenfalls wurde von uns bewusst kein Papier für den damaligen oder den jetzigen Bürgermeister produziert.

Man weiß aber natürlich nicht, ob ein Papier, das man für den KAV produziert hat, dort weitergegeben wird. Das weiß ich, ehrlich gestanden, nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel von den GRÜNEN – Bitte.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Auch wenn meine jetzige Frage ein bisschen zu weit gehen könnte: Wenn man mit Politikerinnen und Politikern befreundet ist, dann sagt man doch hin und wieder auch ganz privat: Du, wenn das oder jenes geschieht, dann sag das! – Darf ich Sie das fragen?

Josef **Kalina**: Sie sagen es, ganz privat.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Ja. Okay.

Josef **Kalina**: Ehrlich gestanden: Eine Meinung als Bürger und politischer Erfahrener habe ich. Diese werde ich Ihnen aber hier nicht ausbreiten, denn das ist, wie gesagt, eine Meinung und hier geht es ja um persönliche

Wahrnehmungen, und zu diesen rede ich hier, glaube ich, sehr ausführlich.

Was meine diesbezüglich Meinung ist, habe ich Ihnen eh schon gesagt: Ich halte solche Gremien für wichtig, es geht dabei allerdings nicht um Wahrheitsfindung, sondern es geht um die Frage, was wir besser machen können. Dass dort etwas nicht geklappt hat, das weiß ja eh jeder, und jetzt geht es um die Frage, welche Schlussfolgerungen ich daraus ziehe.

Ich habe gefunden, dass das sehr interessant ist, was die StRin Wehsely dazu gesagt hat. Ich habe ihre Bemerkungen geschätzt. – Ich finde, die Struktur ist nicht optimal: Das hängt sozusagen direkt am Magistrat dran. Die müssen wegen jedem Schmarren den Magistratsdirektor beziehungsweise den Finanzdirektor fragen. Ehrlich gestanden: Es ist vorgestrig, bei einem Unternehmen dieser Größe mit so viel Personal und so vielen Entscheidungen so vorzugehen! – Das ist jetzt, wie gesagt, meine Meinung und Einschätzung als Bürger. Das sollten Sie gemeinsam in der Stadt ändern. Aber das hat jetzt sozusagen mit meinem Auftritt hier nichts zu tun.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Meine letzte Frage dazu, und ich gehe noch einmal da hinein: Eine Meinung ist etwas anderes als ein Ratschlag, den man jemandem nicht als Bürgerin und als Bürger, sondern als Kommunikationsberater gibt. Dieser kann aber doch einmal auch auf der sogenannten informellen Ebene sagen: Es wäre gescheiter, wenn du das so machst. – Natürlich kann ich mir Ihre Antwort denken, aber ich frage Sie das jetzt trotzdem.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Im Rahmen meines Auftrags für den KAV gab es niemals Gespräche mit dem Bürgermeister, mit dem amtierenden nicht und mit dem damaligen nicht.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Als Nächster gelangt Herr Koderhold von der FPÖ zu Wort. – Bitte.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Ich möchte noch ein bisschen mit dem Fact-Checking fortsetzen: Ich erinnere daran, dass das Krankenhaus Nord gemäß Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz kein Schwerpunktspital ist und dass die Baufirmen Ende 2014 den Ausführungsterminplan der Gemeinde Wien abgelehnt haben.

Meine Frage an sich betrifft aber das Spitalskonzept 2030, mit dem Sie sich ja sehr eingehend beschäftigt haben. Das gilt sicherlich auch für den Masterplan, der auf dem Spitalskonzept 2030 sozusagen draufliegt und massive Änderungen nach sich gezogen hat, unter anderem auch betreffend die unfallchirurgische Versorgung.

Wenn man sich die Chronologie des Spitalskonzepts 2030 ansieht, dann sieht man, dass zunächst beide Unfallkrankenhäuser darin enthalten sind, dann aber nur mehr Meidling und dann gar kein Unfallkrankenhaus. – Das ist insofern interessant, als mehr als die Hälfte aller unfallchirurgischen Versorgung von den Unfallkranken-

häusern plus der Unfallchirurgie des Hanusch-Krankenhauses umgesetzt wird.

Jetzt hätte ich gerne gewusst: Wer ist aus Ihrer Sicht dafür verantwortlich, dass aus dem Spitalskonzept 2030 die unfallchirurgische Versorgung der Unfallkrankenhäuser entnommen wurde?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Es tut mir wahnsinnig leid, aber dazu habe ich keinerlei Wahrnehmung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Sie müssen doch die Chronologie kennen! Das Spitalskonzept 2030 hat sich ja dauernd geändert. Es ist gewachsen wie ein Baum in alle Richtungen. Sie müssen doch wissen, dass die UKHs erst drinnen waren und dann nicht mehr drinnen waren. – Ich nehme das mit Humor zur Kenntnis.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Ich möchte noch einmal zurückkommen zu der Art und Weise, wie Sie Ihren Auftrag in Abstimmung mit dem KAV und den Stadträten durchgeführt haben, nämlich in der Weise – wir haben das ja hinsichtlich der Frau Wehsely schon erörtert –, dass Sie gelegentlich durchaus auch direkt Kontakt hatten.

Wie hat sich Ihre Arbeit im Zusammenhang mit den Stadtratswechseln jeweils weiterentwickelt? Ist das gleich geblieben? Oder haben Sie da irgendwelche Änderungen wahrgenommen, zumal es ja personelle Änderungen nicht nur auf Stadtratsebene, sondern auch auf Mitarbeiterebene gegeben hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Aus meiner Sicht hat es in der Form der Zusammenarbeit und der Struktur dieser Zusammenarbeit, bedingt durch politische Wechsel, keinerlei Veränderung gegeben. Unser Auftraggeber im eigentlich Sinn war und ist immer das Kommunikationsteam des KAV geblieben, und es hat, wie gesagt, durch den Wechsel überhaupt keine Veränderung dieser Struktur gegeben, weder der Jours fixes noch der Abläufe oder sonst irgendeiner Sache.

Der einzige Anlass, zu dem wir sicherlich einmal eine Besprechung mit der neuen Stadträtin hatten, war, dass diese natürlich relativ bald – aber da müsste ich jetzt in der Datenbank nachsehen – eine Pressekonferenz mit den neuen Leuten gemacht hat und die neuen Leute vorgestellt hat und so weiter. Das wird man abgestimmt haben, denn dort waren dann ja StRin Frauenberger und das neue Team des KAV. Damals wird es sicherlich auch zwischen den Team-Members eine Abstimmung mit dem Stadtratsbüro gegeben haben. Aber in der Struktur der Zusammenarbeit hat sich überhaupt nichts geändert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Dann knüpfe ich da gleich an: Der jetzt amtierende Herr Stadtrat hat sich zu Beginn seiner Tätigkeit einen Statusbericht vom KAV geben lassen, über den wir hier schon einige Male diskutiert haben. Waren Sie bei der Erstellung dieser Sache beziehungsweise in diesem Zusammenhang in irgendei-

ner Form eingebunden? Was haben Sie dem Stadtrat geraten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Nein. Ich war nicht eingebunden in die Frage dieses Strukturberichts.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ? – Keine Fragen.

Dann gelangt Herr Wiederkehr von den NEOS zu Wort. – Bitte.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Eine abschließende Frage: Wo sehen Sie die größten kommunikativen Herausforderungen, die beim Krankenhaus Nord noch auf Sie zukommen werden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Kalina.

Josef **Kalina**: Nun ja, ich sehe nun folgende Herausforderungen: Jetzt geht es ja in die Zielgerade, und es wird jetzt auch die ganze Frage der Besiedelung vorbereitet. Das heißt, wir kommunizieren jetzt schon sozusagen sehr umfangreich mit den Teams der ärztlichen Leitung, der pflegerischen Leitung, der medizinisch-technischen Berufe, die aus bestehenden Einrichtungen – das hat jemand angesprochen, ich glaube, das betrifft über sechs Häuser – dorthin wechseln werden. Das heißt, man kommuniziert die Erwartungen dieser Teams, was anders wird und wie die Versorgung eben optimal gewährleistet wird, was vor allem für die Bewohner der betreffenden Bezirke wichtig ist. Und dann wird es eine Eröffnungsveranstaltung geben.

Ich denke, wenn Sie mich betreffend die Herausforderungen fragen, dass es so sein wird wie bei jedem so großen Projekt, bei dem es Probleme gab: Wann wird sich die Waage zugunsten der positiven Themen senken? Aus meiner Sicht sind zweifellos enorme Vorteile bei diesem dann modernsten Spitals Österreichs gegeben. Wann wird es uns gelingen, das zu vermitteln?

Sie werden einen Endbericht dieser Kommission machen. Als Staatsbürger erwarte ich mir nicht, dass das ein einstimmiger Bericht sein wird! Die Herausforderung an uns wird darin bestehen, dass es uns im Hinblick auf die logischerweise stattfindende Kommunikation über die Probleme, dass etwas faktisch und möglicherweise – wenn überhaupt – auf der politischen Ebene schief gelaufen ist, und angesichts der Aufarbeitung von Dingen aus der Vergangenheit trotzdem gelingt, dass das in den Hintergrund tritt und dass die Wienerinnen und Wiener das annehmen können, was, glaube ich, auch ein wichtiger Punkt für die Politik ist. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sozusagen erleben, wie die Gesundheitsversorgung für sie durch eine hochmoderne Einrichtung verbessert wird, damit sie wiederum ein noch stärkeres Vertrauen in diese Versorgung gewinnen.

Das ist aus meiner Sicht die Herausforderung für 2019 und die Folgejahre, dass man aus der Baudiskussion oder Skandaldiskussion zu einer Dienstleistungsdiskussion kommt und dass die Leute merken, dass das planvoll und gescheit erfolgt und zu einer Verbesserung und nicht zu einer Verschlechterung führen wird.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Danke. Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ÖVP? – Keine weiteren Fragen.

GRÜNE? – Keine Fragen.

FPÖ? – Bitte, Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Nur eine einzige Frage: Haben Sie vor, sich die ersten Seiten im Rahmen der Begriffsdefinition des Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetzes durchzulesen, in der exakt steht, dass das Krankenhaus Nord, ein Eineinhalb-Milliarden-Spital, kein Schwerpunktspital ist? Haben Sie vor, sich diese Begriffsbestimmung durchzulesen?

Josef **Kalina**: Ich bin nach Ihren Ausführungen heute interessiert und willig, das zu tun. (*Heiterkeit.*)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ich darf Ihnen noch ein paar Fragen stellen.

Sie sind 2015 engagiert worden: Wieso holt man sich 2015 den Krisenkommunikator?

Josef **Kalina**: Frau Vorsitzende! Bei allem Respekt: Das ist eine Frage, die Sie wahrscheinlich dem Auftraggeber stellen müssten! Ich denke, 2014, als das ausgeschrieben wurde, war eine Zeit der großen Veränderungen beim KAV. – Das ist jetzt nur meine Interpretation: Es hat im Management große Veränderungen gegeben. Die damalige Leiterin des Kommunikationsteams, Frau Danmayr, war schon weg, die neue Leiterin des Kommunikationsteams kam erst mit September 2014 dorthin. Es gab dort also unglaublich viele Veränderungen, und ich denke mir, das wird wohl ein Motiv gewesen sein, zu schauen, wie man die Öffentlichkeitsarbeit in dem Sinn verstärken kann, dass man abwendet, dass immer nur über die negativen Facetten gesprochen wird.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wissen Sie, warum es im KAV gerade in diesem Team, in diesem Bereich, zu diesen Veränderungen gekommen ist?

Josef **Kalina**: Ich habe darüber keine Wahrnehmung. Ich kann nur das schildern, was ich in den Protokollen gelesen habe. Der damalige Generaldirektor Marhold ist zurückgetreten, und es musste jemand Neuer bestellt werden. Der damalige Projektleiter – all das war aber, wie gesagt, vor meiner Zeit – wurde dann auch ausgewechselt und 2014 kam Balász in diese Hauptverantwortung. Es gab dort also sehr viele Veränderungen an der Spitze und auch in der Struktur, und dann hat man eben einen Externen dazu geholt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Sind Sie, als Sie dann Ihren Vertrag hatten und mit Ihrer Arbeit begonnen haben, mit einer Krise konfrontiert worden?

Josef **Kalina**: Jetzt ist die Frage, was man als Krise betrachtet. Ich denke ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Oder hat Ihr Auftraggeber eine Krise gesehen, die Sie vielleicht gar nicht als solche bezeichnet hätten?

Josef **Kalina**: Ich glaube, es ist klug, das jetzt so zu beantworten, wie ich es Ihnen eingangs geschildert und auch definiert habe: Die Krisenkommunikation war ja nur ein integrierender Bestandteil dieses großen Gesamtkommunikationsauftrages. Ich möchte nicht, dass der

Eindruck entsteht, weil das Wort Krise das ja sozusagen impliziert, dass eine Notsituation bestand. Das sehe ich überhaupt nicht. Ein Teil des Auftrages war, dass man dort die Kommunikation verstärkt. Ich finde jetzt den Zettel nicht mehr, von dem ich das vorgelesen habe. Aber ein kleiner Teil war eben die Krisenkommunikation.

Ich sehe das so, wie ich es vorher ein bisschen humorvoll geschildert habe: Wenn man gerade anfängt und der Generaldirektor mit einer sehr persönlichen, sehr unangenehmen Geschichte in der Zeitung steht, dann ist das zwar eine kleine, aber doch eine Krise. Ich bezeichne es jetzt so, damit wir von dem Wort „Krise“ wegkommen: Man ist mit einer negativen Geschichte konfrontiert und möchte seine Sichtweise kommunizieren. Man muss sich in diesem Fall sozusagen vorstellen, dass man in eine Krisenlage hineinkommt, denn ein großer Unfall war ja nicht gegeben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wer war denn zu Ihrer Zeit in diesem Kommunikationsteam?

Josef **Kalina**: Ich habe jetzt nicht alle Namen parat. Es hat auch dort Veränderungen gegeben. Die bisherige Leiterin war, wie gesagt, nicht mehr dabei. Frau Kauer, die ab September 2014 mit der Leitung beauftragt war, hat dann gleich die Kommunikation mit uns aufgenommen. Frau Wachet war als interne Kraft mit dem KH Nord beschäftigt. In Wahrheit trat stets das gesamte Team in Erscheinung. Es gab Meetings unter der Leitung der Frau Kauer, und wer halt immer von den Leuten dort zuständig ist, sitzt dann mit meinem Team zusammen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wie viele Personen waren es auf Seiten des KAV?

Josef **Kalina**: Darüber muss ich ein bisschen nachdenken. – Ehrlich gestanden, auf den Kopf genau kann ich es Ihnen nicht sagen. Zirka fünf Personen sind dort für alles zusammen zuständig, für die Kommunikation und auch für die Lenkung der Kommunikation in den Häusern. Es ist ja dann, wenn in einem Haus etwas passiert, stets jemand zuständig. Ich würde schätzen, dass wir selbst mit fünf Personen in Kontakt waren.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Sie haben zuerst gesagt, dass die Kommunikation am besten ist, wenn sie offen und transparent ist. Dann haben Sie aber gesagt, dass es sich, wenn es um das Thema der höheren Kosten und Terminverschiebungen geht, um eine Unternehmensentscheidung handelt. Wer entscheidet, was kommuniziert wird?

Josef **Kalina**: Was uns betrifft, kamen die Anweisungen klar aus dem KAV-Kommunikationsteam. Ich nehme aber natürlich an, dass sich das Kommunikationsteam mit dem Generaldirektor oder dem Generaldirektor-Stellvertreter beziehungsweise den -Stellvertretern abgestimmt hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wenn Sie eine andere Meinung vertreten haben, was zu kommunizieren ist, als Ihr Auftraggeber: Wer hat dann bestimmt?

Josef **Kalina**: Das kommt ja immer wieder vor. Aber der Auftraggeber bestimmt logischerweise immer.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Haben Sie jetzt selbst über die Jahre an diesem Auftrag gearbeitet? Wa-

ren Sie da selber mit dabei, oder haben Sie das nur Ihren Mitarbeitern übertragen?

Josef **Kalina**: Ich war in den meisten Fällen selber mit dabei. Ich habe aber auch noch Senior-Berater an meiner Seite, die für den Fall meiner Verhinderung die Jours fixes lenken konnten. Außerdem hatten wir natürlich auch immer wieder jüngere Teammitglieder, die mitgeschrieben haben und die Mediendokumentationen, Q&A-Veränderungen und so weiter und so fort ausgeführt haben.

Aber an sich besteht das Team KAV aus einem Mitglied unserer Geschäftsleitung, also aus mir oder Kollegen Kochwalter, aus einem Senior und jeweils aus noch einigen Personen, hinsichtlich welcher es Fluktuationen in jeder Agentur gibt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay.

Gibt es noch Fragen? – Es gibt keine Fragen mehr.

Dann danke ich herzlich fürs Kommen und für die ausführlichen Antworten. Vielen Dank.

Ich unterbreche die Sitzung um 11.22 Uhr.

(Unterbrechung um 11.22 Uhr)

(Wiederaufnahme um 11.40 Uhr)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ich setzte die Sitzung um 11.40 Uhr fort.

Ich möchte, bevor wir zu unserem nächsten Tagesordnungspunkt kommen, noch gerne etwas zu den Beweisanträgen sagen.

Wir haben heute am Anfang der Sitzung den Fragenkatalog ausgeteilt, den wir zusammengestellt haben. Wir haben diesen auch den jeweiligen Fraktionsführern übergeben, damit man sich das anschauen kann. Ich habe darauf Wert gelegt, dass die Betroffene, die dieses Schreiben bekommt und die Fragen beantworten soll, auch weiß, von welcher Fraktion die Fragen gestellt werden, denn das hätte sie auch hier gewusst, wenn sie hier erschienen wäre. Wir haben daher die Fragen der einzelnen Fraktionen jeweils zum Fragenkatalog dazugegeben.

Wenn es dazu Ihre Zustimmung gäbe, würden wir das in dieser Form abschicken.

Gibt es dazu irgendwelche Wortmeldungen oder Einwendungen? Sind alle damit einverstanden? – Wie ich sehe, gibt es keine Gegenstimme dazu. Das heißt, ich habe Ihr Einverständnis. Wunderbar.

Die zweite Frage stellt sich deshalb, weil wir in diesem Zusammenhang mit der Zeit schon relativ knapp sind: Es gibt einen Beweisantrag der ÖVP zur weißen Wanne, zu welchem wir noch keinen konkreten Namen haben. Wie ich jetzt von der ÖVP gehört habe, gibt es vier verschiedene Personen, die diesfalls in Frage kämen. Der Vorschlag war, dass die ÖVP den Namen einer Person nennt, die wir zur übernächsten Sitzung laden können.

Die Frage ist, ob die Fraktionen mit dieser Vorgangsweise einverstanden sind, denn der Beweisantrag betreffend weißen Wanne wurde bereits positiv abgestimmt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte, Herr Florianschütz.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Ich habe prinzipiell nichts dagegen, vorbehaltlich dessen, dass die anderen Mitglieder der Kommission das auch so sehen und dass

man jetzt seitens der ÖVP einmal einen Namen nennt. Das finde ich auch in Ordnung, aber das ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ...heißt nicht, dass nicht andere Fraktionen auch andere Namen nennen können.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Genau. Wir haben nämlich brav Hausübung gemacht und für die nächste Sitzung ordentliche Beweisanträge zur weißen Wanne vorbereitet, und das sind natürlich mehr als einer.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Kein Problem!

Damit es sich aber für die übernächste Sitzung ausgeht, soll die ÖVP möglichst zeitnah den Namen nennen, dass wir diese Person für die übernächste Sitzung laden können.

Dann kommen wir jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt: Vernehmung des Zeugen Gröblinger, Technischer Direktor KH Nord, stellvertretender Programmleiter KH Nord a. D., in Begleitung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Anton Ehm.

Haben wir von Ihnen eine Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht? – Gut.

Dann darf ich Sie belehren: Sie werden hier als Zeuge vernommen. Als Zeuge müssen Sie die Wahrheit sagen. Eine falsche Zeugenaussage wäre strafbar.

Bitte schildern Sie uns kurz ein bisschen etwas zu Ihrer Person und was Sie mit dem Gegenstand dieser Untersuchung hier zu tun haben. Dann dürfen die einzelnen Fraktionen Fragen stellen. – Bitte schön.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ja, sehr gerne.

Schönen guten Tag, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Name ist Wilfried Gröblinger. Ich habe im Jahr 1998 nach absolvierter HTL und abgeschlossenem Präsenzdienst im Herbst 1998 beim Wiener Krankenanstaltenverbund begonnen, damals in der Technischen Direktion des Otto Wagner-Spitals in der Funktion des Assistenten des Technischen Direktors. Im Laufe der Jahre habe ich unterschiedliche Dienststellen im Wiener Krankenanstaltenverbund durchlaufen.

Etwa im Zeitraum 2005/2006 habe ich die Ausbildung als akademischer Krankenhausmanager absolviert. Schlussendlich habe ich mich im Jahr 2014 für die Stelle im KH Nord beworben. Ich bin dort als Projektauftraggeber für den Aufbau der Betriebsorganisation im nichtklinischen Bereich beauftragt worden und hatte zusätzlich die Funktion des zweiten Stellvertreters der Programmleiterin.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay, danke.

Als Erste gelangt Frau Akcay von der SPÖ zu Wort. – Bitte.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Ich begrüße Sie, Herr Gröblinger.

Sie haben jetzt gerade auch gesagt, dass Sie als Stellvertreter ab 2014 tätig waren. Welche waren Ihre genauen Aufgabengebiete? Können Sie uns dazu ein bisschen etwas Näheres erzählen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Das genaue Aufgabengebiet war eben die Funktion des Projektauftraggebers zum Aufbau des nichtklinischen Betriebs, die Betriebsorgani-

sation. Das umfasste einerseits den technischen Bereich, also das gesamte Facility Management, andererseits aber auch die IKT, also die Informations- und Kommunikationstechnologie.

Als zweiter Stellvertreter habe ich bei Abwesenheit der Programmleiterin und des ersten Stellvertreters eben die Stellvertretung wahrgenommen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Frau Akcay.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Wir haben vom Zeugen Strenn auch gehört, dass in der Programmleitung nur Sie quasi Erfahrungen im Krankenhausbau hätten. Welche Expertise und welche Kenntnisse haben Sie eigentlich?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ich darf die Tatsache meiner Erfahrungen im Krankenhausbau etwas konkretisieren: Ich habe vor allem Erfahrung in der Betriebsführung und in der Instandhaltung von Krankenanstalten. Gerade in Richtung Betriebsführung wurde ich für die Aufgabe des Aufbaus der Betriebsorganisation des neuen Hauses bestellt, und ich bin mir sicher, dass ich mich in dem Programm gut eingebracht habe.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Frau Akcay.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Wie war eigentlich Ihre Zusammenarbeit mit Herrn Strenn? Gab es öfters Kontakte, oder hat jeder sozusagen seinen eigenen Bereich übergehabt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Gröblinger – Ich muss das immer für das Protokoll sagen, damit jeder weiß, wer gerade spricht.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Es gab natürlich regen Kontakt. Es hat auch über das Programm-Handbuch immer Informationsaustausch gegeben, und wie man sich vorstellen kann, war es für den Aufbau der Betriebsorganisation extrem wichtig, Informationen aus dem Bauprojekt zu bekommen.

Sie haben jetzt auch angesprochen, ob jeder seinen eigenen Bereich hatte. – Ja. Dipl.-Ing. Strenn war konkret für das Bauprojekt und ich war für den Teil der Betriebsorganisation zuständig.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr von den NEOS. – Bitte.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ich möchte mit der technischen Inbetriebnahme und den Schwierigkeiten damit beginnen, konkret mit dem Aufbau der Technischen Direktion. Diesbezüglich war ja einmal geplant – zumindest entnehme ich das einem Artikel im „Standard“ vom 6. März –, dass 87 Personen im Endausbau im technischen Bereich angestellt sein sollen hätten, dass es sehr schwierig war, die nötigen Dienstposten zu bekommen, und dass da im März 2018 erst 26 Mitarbeiter gefunden werden konnten.

Wo sehen Sie die Ursachen für diese Schwierigkeiten, entsprechendes Personal zu finden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ja, es ist richtig: Der Personalstand für den Aufbau der Technischen Direktion umfasst 87 Dienstposten. Das wird tatsächlich notwendig

sein, um den Betrieb des Hauses im Eigenpersonalbereich führen zu können. Es war aber immer angedacht, dass die Betriebsführung des Krankenhauses Nord immer in Zusammenarbeit mit externer Unterstützung stattfinden wird. Die Instandhaltung und Betriebsführung erfolgt nämlich nie komplett mit Eigenpersonal.

Zu den Schwierigkeiten beim Aufbau des Personals, dass die Dienstposten entsprechend zur Verfügung stehen: Sie haben jetzt März 2018 angesprochen. Ich bin Anfang April aus dem Programm ausgeschieden, und zu diesem Zeitpunkt hatten wir bereits 35 Dienstposten besetzt. Sämtliche Führungskräfte sind vor Ort im Krankenhaus Nord zur Verfügung gestanden. Somit war für mich der weitere Dienstpostenaufbau sichergestellt.

Ich hatte einen Zeitplan, wann welche Funktion, immer in Abstimmung mit dem Bauprojekt, besetzt sein muss, und es war für mich klar, dass wir vor allem im Facharbeiterbereich Unterstützungsleistung benötigen. Darum haben wir im Frühjahr 2018 oder eigentlich mit Jahreswechsel 2017/2018 mit dem Vorstand entschieden, dass eine Unterstützungsleistung ausgeschrieben werden muss.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Es war ja doch überraschend, wie intensiv diese Unterstützungsleistung notwendig war. Die Summe von externen Dienstleistern ist doch sehr beachtlich. Sind Ihnen die Mehrkosten, die dadurch entstanden sind, bekannt? Wurde damals ausgerechnet, was es an Mehrkosten im Vergleich zu dem schnelleren Aufbau vom Eigenpersonal verursacht, diesfalls auf externe Dienstleister zuzugreifen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Zum jetzigen Zeitpunkt kann man gar nicht sagen, ob es sich dabei um Mehrkosten handelt, denn es war, wie gesagt, immer eine Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern geplant. Es handelt sich dabei um eine Rahmenvereinbarung, und zum jetzigen Zeitpunkt kann man noch gar nicht festlegen, in welcher Höhe oder in welcher Form der Abruf erforderlich sein wird.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ein anderes Thema, das schon häufig hier thematisiert wurde, betrifft den Energie-Ring beziehungsweise den Energetiker-Auftrag. Daher jetzt die direkte Frage, was Ihre Wahrnehmung als Mitunterzeichner von der damaligen Situation war: Warum haben Sie auch diesen Auftrag mit unterzeichnet?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Eine Frage. Wissen Sie, ob gegen Sie ein Ermittlungsverfahren läuft?

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ja, auch gegen mich läuft ein Ermittlungsverfahren.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Dann belehre ich Sie, dass Sie, wenn Sie durch Fragen oder durch die Antwort auf Fragen sich selber oder Ihnen nahestehende Personen belasten könnten, das Recht haben, die Beantwortung dieser Fragen zu verweigern.

Daher frage ich Sie jetzt: Die Frage des Herrn Wiederkehr zu diesem Thema, liegt vor. Wollen Sie diese Frage beantworten?

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ich würde die Antwort gerne verweigern.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Dann erteile ich Frau Hungerländer von der ÖVP das Wort. – Bitte.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Grüß Gott, Herr Gröblinger.

Wir haben beim vorigen Zeugen sehr viel über Kommunikation gesprochen. Ich mache jetzt einen Übergang zu Ihnen: Wir haben bereits öfters gehört, dass sich der ehemalige Bürgermeister Häupl für das KH Nord auch interessiert hat. Herr Marhold hat ausgesagt, dass seine Nachfragen von der Programmleitung beantwortet wurden.

Gab es Gespräche zwischen Ihnen und dem ehemaligen Bürgermeister betreffend das KH Nord?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ich hatte keinen direkten Kontakt mit dem Bürgermeister.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Gab es Möglichkeiten des indirekten Kontakts? Haben Sie vielleicht Schriftstücke verfasst, die dann auch in das Büro des Bürgermeisters gekommen sein könnten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Es gab im Sinne des Programm-Handbuches die Möglichkeit, über unseren Vorstand über den Status zu informieren. Wie dann die weitere Information erfolgte, kann ich nicht sagen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Trifft das selbe auf die damalige Stadträtin zu? Gab es Kontakt zwischen Ihnen und der Frau Stadträtin betreffend das KH Nord?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Auch hier gab es keinen direkten Kontakt, das ist dieselbe Thematik.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Von den GRÜNEN gelangt nun Frau Meinhard-Schiebel zu Wort. – Bitte.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Guten Tag, Herr Gröblinger.

Nach Aussage vom Herrn Direktor Wetzlinger sind Sie ja Technischer Direktor des Krankenhauses Nord und gleichzeitig auch Projektleiter für die projekttechnische Betriebsführung. Herr Dr. Wetzlinger sprach von 55 Einzelarbeitspaketen, die noch umzusetzen seien. Können Sie uns etwas über den aktuellen Stand dieser Umsetzung sagen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ich darf das kurz konkretisieren: Ich **war** Technischer Direktor des Krankenhauses Nord, und ich **war** zweiter Stellvertreter der Programmleiterin. Ich bin seit 10. April 2018 nicht mehr im Programm Krankenhaus Nord tätig.

Bei den 55 Maßnahmen führen Sie meines Erachtens jetzt die Verbesserungsvorschläge des Rechnungshofberichtes an, und dazu kann ich keinen aktuellen Status nennen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): In einem „Standard“-Bericht – wir sind schon darauf eingegangen – vom 8.3.2018 ist zu lesen, dass insgesamt 87 Mitarbeiter gebraucht werden. Nach Aussage von Frau Lettner ergibt sich dieser Mitarbeiterstand vor allem deshalb, weil das Krankenhaus Nord eine Betriebsfeuerwehr haben wird.

Wissen Sie, ob das richtig ist? Wie viele Mitarbeiter benötigt eine Betriebsfeuerwehr? Und vor allem: Wissen Sie, wer entschieden hat, dass das Krankenhaus Nord eine eigene Betriebsfeuerwehr haben soll?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Vorweg: Es ist richtig, dass das Krankenhaus Nord eine eigene Betriebsfeuerwehr haben wird. Das ist eine Vorschreibung aus der Errichtungsbewilligung.

Zum Personalstand: Die 87 Dienstposten für die Technische Direktion ergeben sich natürlich in Summe, weil es eben diese Forderung gibt, wobei es sich nach meiner Erinnerung um 15 Dienstposten, die deshalb zusätzlich notwendig sind, handelt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Wissen Sie, ob es auch in den anderen Spitälern der Stadt Wien eine Betriebsfeuerwehr gibt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Eine interne Betriebsfeuerwehr gibt es meines Wissens sonst nur im AKH, also im Allgemeinen Krankenhaus. Dort ist es aber so, dass diese direkt von der MA 68, also von der Wiener Berufsfeuerwehr, gestellt wird und nicht durch den Krankenanstaltenverbund.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Danke.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ. Bitte, Herr Koderhold von der FPÖ.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Grüß Gott, Herr Ingenieur.

Meine Frage betrifft die Quartalsberichte der Begleitenden Kontrolle. Sie sind ja im Verteiler der Quartalsberichte. Im letzten Quartalsbericht des Jahres 2014 wurden auch für den Best Case sowohl eine Erhöhung der Kosten als auch eine deutliche Verlängerung des Terminplanes beschrieben. Auch haben die ausführenden Firmen den von der Gemeinde Wien gewünschten Ausführungsterminplan abgelehnt. Das heißt, es war an sich deutlich zu erwarten, dass der im Wahljahr 2015 postulierte Fertigstellungstermin 2016 nicht halten wird.

Mich interessiert jetzt: An wen gingen außer den Personen im Verteiler die Quartalsberichte der Begleitenden Kontrolle? Oder war es so, dass ausschließlich die Personen, die im Verteiler aufschienen, diese Berichte gelesen haben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Hauptverantwortlich sind diese Quartalsberichte natürlich über das Bauprojekt gelaufen. Zum Verteiler muss ich sagen: Die Berichte der Begleitenden Kontrolle sind natürlich im Auftrag des Bauherrn erfolgt, und das ist der Vorstand des Krankenanstaltenverbundes. Eine sonstige Verteilung ist mir nicht bekannt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Es wurde ja doch mit einer erheblichen Aufwandsvermehrung gerechnet. – Zur Magistratsdirektion gehört auch die interne Revision. 2015 wurde ja ein Finanztransfer von 120 Millionen zum Krankenhaus Nord durchgeführt, und da kann man ja durchaus erwarten, dass ein Teil der Magistratsdirektion auch davon informiert wurde.

Wissen Sie, ob an die Magistratsdirektion beziehungsweise an die interne Revision eine Information bezüglich dieser Kostenzunahme und Zeitverzögerung weitergegeben wurde?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Dazu kann ich Ihnen leider nichts sagen. Das weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Meine letzte Frage beschäftigt sich mit der Meldepflicht bei Direktvergaben. Dabei geht es mir jetzt nicht nur um die Esoterikvergabe, sondern ums Grundsätzliche: Für Direktvergaben wurde von Direktor Wetzlinger eine Meldepflicht angeführt.

Ich hätte jetzt gerne gewusst, ob Ihnen, wenn diese Meldepflicht nicht umgesetzt wurde, diesbezüglich eine Auszahlungskontrolle bekannt war? Eine Meldepflicht hat nämlich nur dann Sinn, dass, wenn die Wahrnehmung der Meldepflicht nicht protokolliert wurde, eine Auszahlungskontrolle daran anschließt.

Auf welche Art und Weise wurde die Meldepflicht bei Direktvergaben entweder von der Generaldirektion oder von der Buchhaltung beziehungsweise der MA 5 kontrolliert?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: *(nach einer kurzen Pause)* Also zur Thematik Direktvergaben oder allgemeinem Vergabewesen kann ich nur auf das Programmhandbuch verweisen, wo genau festgelegt war, zu welchen Wertgrenzen Vergabeverfahren durchgeführt werden müssen und in welcher Form die Vergabeverfahren durchgeführt werden.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Aber Kontrollvorgänge sind Ihnen nicht bekannt, ob eine Auszahlungskontrolle durchgeführt wurde?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ist mir nicht bekannt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, Herr Stürzenbecher.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Guten Tag, Herr Zeuge! Ich habe ein Zitat vom Zeugen Wimmer, nach dem dieser gesagt hat, dass das Pouvoir bei der Programmleitung zu niedrig gewesen sei: "Aber dazu brau-

chen Sie gewissermaßen eine Programmleitung, die ein Pouvoir hat. Wenn die kein Pouvoir hat, was soll sie machen, und vieles mehr. Also gewissermaßen, ich habe auf der Baustelle nie eine Hektik gesehen, und das ist mein eigentlicher Vorwurf."

Stimmt also die Behauptung, dass die Bauleitung zu wenig Pouvoir gehabt hätte?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also, wie ich zuerst erwähnt habe, bin ich im Jahr 2014 in das Programm Krankenhaus Nord gekommen. Ich sage einmal, die Programmorganisation hat in dieser Form bestanden und ich habe meine Aufgabe darin gesehen, friktionsfrei das Programm weiterzuführen, und das ist auch ein Thema des Bauprojektes, ich habe diese Thematik nicht gesehen, diese Problematik.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Stürzenbecher.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Sie haben auch regelmäßige Risikobesprechungen mit Generaldirektor Janßen gehabt. Wie haben die ausgesehen, beziehungsweise wie hat überhaupt die Zusammenarbeit mit dem Herrn Generaldirektor funktioniert?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also zu den Risikobesprechungen war es so, dass ich im Jahr 2015 ein programmweites Risikomanagement eingeführt habe. Es war nämlich so, in den Projekten hat es ein Risikomanagement gegeben, also vor allem beim Bauprojekt. Ich habe das dann ausgeweitet auf die weiteren Projekte und wir haben dann die Spange über das Programm im Risikomanagement eben geschlossen, und dazu hat es dann Besprechungen in der Generaldirektion mit dem Programmauftraggeber gegeben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Stürzenbecher.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Okay. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Zusammenarbeit mit Strenn, der ja auch stellvertretender Programmleiter war. Soweit ich Ihren bisherigen Ausführungen entnommen habe, war er erster und Sie zweiter Stellvertreter. Aber Sie haben sehr wohl getrennte Aufgabengebiete gehabt, in Ihrem Aufgabengebiet waren Sie nicht sein Stellvertreter, sondern quasi der gleichberechtigte Ausführende?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Genau so war das, richtig.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr, NEOS.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Als stellvertretender Programmleiter haben Sie auch einen sehr guten Einblick in die Terminentwicklung gehabt, und auch in die Kostenentwicklung. 2014 ist der Öffentlichkeit noch der Eindruck vermittelt worden, es ist eh alles in Ordnung, es wird alles gut gehen. Es hat sich ja dann sehr schnell gedreht hin zu massiven Kostenüberschreitungen und auch einem Nichteinhalten des Zeitplans. Wie haben Sie in dieser Phase 2014 bis 2016 diese Themen wahrgenommen oder woran liegt es Ihres Erachtens nach, dass sowohl Zeitplan als auch Kostenplan so weit überschritten werden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also das sind beides Themen, die jedenfalls aus dem Bauprojekt gekommen sind. Zum Thema Zeitplan habe ich natürlich das immer berücksichtigt, auch im Zusammenhang mit dem Aufbau des Personals. Zu den Kosten, warum das entstanden ist oder wie sich das ergeben hat, kann ich sonst nicht mehr dazu sagen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Nachfrage?

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Sie haben gar keine Wahrnehmungen hinsichtlich der Explosion der Kosten im Bauprojekt? Da haben Sie doch sicher als stellvertretender Programmleiter öfters Diskussionen dahingehend mitbekommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also die Wahrnehmung ist im Prinzip diese, die auch vom Kollegen Strenn schon informiert worden ist. Ich habe da die Wahrnehmung eben aus dem Bauprojekt durch den Bauprojektleiter.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Und auf technischer Seite, welche großen Probleme sind in dieser Phase aufgetreten oder was waren die größten technischen Herausforderungen und Komplikationen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Zu dem Zeitpunkt, an dem ich in das Programm gekommen bin, war es so, dass die Themen eben der Statik und das Thema der Fassade ... über diese Themen wurde ich informiert. Und wie gesagt, ansonsten waren in meinem Bereich die größten Herausforderungen sicher die, dass ich das Personal ebenso aufbauen kann, dass wir die verbauten technischen Anlagen – sage ich einmal – so gut einschulen können, dass eben die Inbetriebnahme-Phase und die Inbetriebnahme des Hauses gewährleistet werden kann.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die ÖVP, Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Sie haben vorhin gesagt, dass es keinen direkten Kontakt zwischen Ihnen und sowohl dem ehemaligen Bürgermeister als auch der ehemaligen Stadträtin gab. Jetzt hat Herr Marhold ausgesagt, dass zwischen der Programmleitung und dem Stadtratbüro Gespräche stattgefunden haben. Sie waren als stellvertretender Programmleiter offensichtlich nicht dabei, gab es dafür einen Grund?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Der Grund kann nur der gewesen sein, dass das die Programmleiterin selbst wahrgenommen hat, zu dem Zeitpunkt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Hatten Sie zu irgendeinem Zeitpunkt den Eindruck, dass das Stadtratbüro aktiv Einfluss auf das Projekt Krankenhaus Nord genommen hat, im Sinne von politischer Einflussnahme?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Diesbezüglich habe ich keine Wahrnehmung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Nachdem diese Gespräche zwischen Stadtratbüro und der Pro-

grammleitung offensichtlich stattgefunden haben, was ist Ihre Einschätzung, ab wann hätte die Stadträtin wissen können, wie sich das Programm in einer negativen Hinsicht entwickelt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Dadurch, dass ich bei diesen Besprechungen nicht dabei war, kann ich nur sagen, dass eben über die Risikoberichte, die zuerst angeführt worden sind, das wir von der Programmleitung an unseren Auftraggeber, unseren Vorstand berichtet haben, und dort dann die Information weiter an das Stadtratbüro gegangen ist. Sonst, ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Guten Tag, Herr Gröblinger. Ich habe ein paar Fragen zur Technik selbst. Im Jahr 2013 hat sich der KAV entschieden, dass die Technik im Krankenhaus Nord selbst betrieben wird. Es sollten jene Techniker und Technikerinnen zum Einsatz kommen, die aus dem im Rahmen des Spitalskonzepts zu schließenden Spitälern stammen – also man übernimmt sie einfach von anderswo –, allerdings müssen diese natürlich alle auf das neue System eingeschult werden. Wie lange dauert denn so eine Einschulung und wieso ist jetzt, fünf Jahre nach diesem Befund die Zunahme von externem Personal notwendig? Braucht man noch mehr oder sind so viele auf dem Weg ausgeschieden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also grundsätzlich ist es schon so, dass in den bestehenden Einrichtungen nicht der gesamte Personalstand für den Aufbau der technischen Direktion im Krankenhaus Nord vorhanden ist. Des Weiteren muss man sagen – da Sie die Frage gestellt haben, wie lange es dauert, dass das Personal die technischen Anlagen im Haus kennenlernt –, vieles ist von der Technik zwar jetzt am neuesten Stand im Krankenhaus Nord, aber ein Lüftungstechniker oder ein Elektriker wird sich auch im Krankenhaus Nord – sage ich einmal – mit den technischen Anlagen auskennen, innerhalb kürzester Zeit, wichtig ist nur, dass man weiß, wo was verbaut ist und was löse ich damit aus, wenn ich in dem Schaltschrank zum Beispiel etwas tätige.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): In einem Presseartikel vom 11.8.2016 steht, dass so ein technischer Probebetrieb wegen der PatientInnensicherheit lange vor dem Hauptbetrieb erfolgen muss. Da wäre es wäre fahrlässig, wenn man das nicht umfangreich testet, vor allem, wenn alles neu ist und ein erstmals verwendetes System. Wie lange vor dem Hauptbetrieb, also bevor die Patientinnen und Patienten alle kommen, hat nach Ihrer Ansicht so ein Probebetrieb zu erfolgen und wann hat der technische Probebetrieb nach Ihrem Wissensstand im Krankenhaus Nord begonnen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also es gibt ja mehrere Phasen, die sich auch dann schon überschneiden. Es ist so, dass ich damals mit dem Bauprojekt gemeinsam schon vereinbart habe, dass die technischen Anlagen und das

Haus mit Dezember 2018 an den KAV in der Verantwortung übergehen. Nach meiner Information hat das auch stattgefunden. Daher glaube ich, dass anscheinend man die Vorbereitungsarbeiten schon so gut, dass das dann erfolgt ist, und dadurch, dass im Dezember eben der Verantwortungsgang stattgefunden hat und mit Juni dann die Inbetriebnahme stattfinden soll, entspricht das auch dem Plan, dass man dann ein halbes Jahr den Probebetrieb, den technischen Betrieb zur Gänze durchführt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Herr Prof. Janßen hat ausgesagt, dass er mindestens sechsmal jährlich eine Risikobewertung gegeben und entsprechende Entscheidungen zur Risikoabwehr getroffen hat. Anwesend waren laut Frau Dipl.-Ing. Lettner neben ihr selbst auch Herr Dr. Strenn, die kollegiale Führung und Sie. An welche konkreten Entscheidungen zur Risikoabwehr können Sie sich erinnern und wer hat die Umsetzung dieser Entscheidungen kontrolliert?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also es ist richtig, dass über einen gewissen Zeitraum die Risikobesprechungen mit dem Herrn Direktor Janßen alle zwei Monate stattgefunden haben. Es war vor allem ... Ich kann das jetzt für meinen Bereich sagen, eben für den Aufbau der Betriebsorganisation, da habe ich des Öfteren auf Verzögerungen im Bereich des Personalaufbaus hingewiesen, im Risikobericht. Der Herr Wiederkehr hat das zuvor richtig angeführt, das war ein Hauptgrund, dass manchmal die Dienstposten auch nicht zur Verfügung gestanden sind, und nach meiner Erinnerung hat sich gerade diesbezüglich dann auch etwas getan, nach den Risikobesprechungen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser.

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Sie haben vorhin gesagt, es gab keinen direkten Kontakt mit Häupl und den Stadträten. Gab es einen indirekten Kontakt? Können Sie mir das irgendwie noch weiter aufschlüsseln, ob Sie da sonst weitere Informationen gegeben haben? Ich weiß, die Quartalsberichte sind an Sie gegangen, aber wissen Sie, inwiefern da noch weitere Kommunikation stattgefunden hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also ich kann Ihnen versichern, dass ich keinen indirekten Kontakt hatte, was sonst war, kann ich nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser.

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Ich möchte es trotzdem noch einmal probieren. Haben Sie den Herrn Fashing jemals persönlich kennengelernt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Da berufe ich mich auf mein Verschwiegenheitsrecht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Dann werde ich die zweite Frage stellen. Mich interessieren die Stehzeiten der Firmen, die bei den Bauten zuständig sind. Es hat ja doch eine erhebliche mehrjährige Verzögerung gegeben, das bedeutet natürlich, dass die Firmen, die mit der Er-

richtung dieses Großbaues zu tun haben, Stehzeiten haben. Diese Stehzeiten werden ja verrechnet, wissen Sie, in welchem Ausmaß diese Stehzeiten verrechnet werden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Das ist reines Thema des Bauprojekts gewesen und war nicht mein Zuständigkeitsbereich.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Gut. Mit dem Projekt Krankenhaus Nord wurden ja zumindest zwei Personen der Führungsebene konfrontiert, der Generaldirektor Janßen, dem Ende 2013 die Verantwortung nachweislich auch über den Vorstand gegeben wurde, aber auch der Generaldirektor-Stellvertreter Balázs. Wie war die Präsenz, wie war die Auseinandersetzung mit dem Projekt, wie war die Tätigkeit, wie war der Eingriff beim Krankenhaus Nord bei Generaldirektor Janßen und bei Stellvertreter Balázs? Wer war mehr dort? Wer hat mehr mitgearbeitet? Wer hat mehr Einsicht genommen von den beiden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also das ist relativ einfach zu beantworten, das ist genau so, wie es im Programmhandbuch und in der Programmorganisation auch beschrieben war. Die Hauptinformationsschiene zum Generaldirektor waren die zuerst angesprochenen Risikoberichte, und bei Direktor Balázs war es so, dass er der operative Programmauftraggeber gewesen ist und da gab es regen Informationsaustausch.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Ich habe auch nach dem Zeitpunkt gefragt, denn Balázs war ja ab 2013 dort. War er schon ab 2013 operativ für das Krankenhaus Nord zuständig?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Das kann ich Ihnen deswegen nicht sagen, weil ich erst seit 2014 im Programm Krankenhaus Nord war.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, Frau Akcay.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Wie war denn eigentlich die Kommunikation zwischen Programmleitung, Programmsteuerung und örtliche Bauaufsicht, denn der Zeuge Balázs hat in seinen Aussagen der Projektsteuerung und der örtlichen Bauaufsicht viel Verschulden zugesprochen? Sehen Sie das auch so? Dazu möchte ich Ihnen noch seine Aussage vorlegen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das ist jetzt welche Aussage, die da vorgehalten wird?

(*Zwischenrufe*)

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Nein, aber sinngemäß hat er das so ausgesagt. Sehen Sie das eigentlich auch so?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Entschuldigung, welche Zeugenaussage wird da jetzt vorgehalten?

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Vom Zeugen Balázs.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ja, also meines Erachtens ist das jedenfalls auch Thema des Bauprojektes gewesen, denn örtliche Bauaufsicht und Projektsteuerung waren beide für den Bereich des Bauprojektes beauftragt. Meine Wahrnehmung dazu ist die, dass ich bereits kurz

nach meinem Wechsel 2014 ... gab es Information zur Projektsteuerung, dass es hier einen Verstärkungsbedarf gibt, und mehr Informationen habe ich dazu nicht gehabt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Stürzenbecher.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Ja, Herr Zeuge, es waren sicher keine leichte Aufgaben, die Sie da zu bewältigen hatten, und deshalb ist, wie ich den Unterlagen entnommen haben, als Verstärkung dann Moser Architects dazugekommen. Gab es hier eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Programmleitung und Moser und hat sich das ausgewirkt als Verstärkung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also hier war die Wahrnehmung die, es hat sich jedenfalls ausgewirkt als Verstärkung. Hauptsächlich war das auch im Bereich des Bauprojektes zur Verstärkung angedacht, und das war genau der Punkt, den ich zuerst gemeint habe, zur Verstärkung auch der Projektsteuerung.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Welche realen Veränderungen haben Sie dadurch dann wahrgenommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Die Veränderungen waren auf jeden Fall in der Bauaufsicht, im Bauprojekt, hier gab es immer regen Informationsaustausch mit der Programmleitung, wobei ich dazusagen muss, es war ein sehr kurzer Zeitraum, den ich ohne diese Bauherrenunterstützung kennengelernt habe.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Sie haben auch die Fassade als Mitgrund der Verzögerung genannt. Ich möchte noch ein bisschen ins Detail gehen, denn über den Konkurs ist schon oft gesprochen worden. Es gibt allerdings auch ein Gutachten von Professor Lechner, der die Detailplanung von Architekt Wimmer hier auch hinsichtlich der Anfüllstücke der Fassade und den Komplikationen, die damit einhergegangen sind, kritisiert. Wie beurteilen Sie dieses Thema der Planung von Architekt Wimmer bezüglich der Fassade?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also das Thema Fassade habe ich deswegen vorhin genannt, weil – und das habe ich zuvor auch angeführt – ich die Information aus dem Bauprojekt erhalten habe, und sonst habe ich dazu keine Wahrnehmung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Und zum zweiten Thema, das Sie kurz angerissen haben, Statik, haben Sie da eine vertiefte Wahrnehmung, was die Ursachen für die Planungsfehler und die massiven Mehrkosten bei der Statik waren?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Diesbezüglich habe ich nur die Informationen gehabt, dass es bei der Berechnung der Statik Probleme gegeben hat. Mehr Information habe ich diesbezüglich auch nicht aus dem Bauprojekt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Themenfeld Brandschutz, Brandklappen, da gab es ja auch massive

Probleme aus technischer Hinsicht. Was ist da Ihre Wahrnehmung oder inwieweit waren Sie da involviert?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Sie sprechen das Thema Brandschutzklappen an, diesbezüglich kann ich nur die Information geben, das betrifft auch das Thema eben der internen Betriebsfeuerwehr, dass die aufgebaut werden soll. Wie gesagt, ist der Aufbau der internen Betriebsfeuerwehr schon in der Errichtungsbewilligung eben festgelegt worden, dadurch hat es im Bau bereits Erleichterungen gegeben. Dies betrifft vor allem eben die Brandabschnittsbildung. Und ein Problem zu den Brandschutzklappen ist mir jetzt nicht bekannt und ist auch ein Thema, das aus dem Bauprojekt eben gestellt werden muss.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): In seiner Befragung hat Herr Wetzlinger angedeutet, dass Sie einen umfassenden Projektplan niedergeschrieben haben, in dem alle Programm- und Projektaufträge und auch alle Einzelarbeitspakete beinhaltet waren. Kann es sein, dass es davor einen solchen Plan nicht gegeben hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Es hat zu den einzelnen Projekten im Programm Ablaufbeschreibungen gegeben und es wurde dann in Zusammenarbeit mit dem Herrn Direktor Wetzlinger das zu einem Programm noch zusammengefasst, erweitert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ist es üblich, dass bei einem Projekt dieses Ausmaßes nur einzelnen Projekte zusammengefasst werden und keine Gesamtübersicht besteht?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ob es üblich ist, kann ich nicht sagen, weil ich so ein Projekt dieses Ausmaßes oder ein Programm dieses Ausmaßes zuvor auch noch nicht gehabt habe.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Wäre es Ihrer Einschätzung nach erforderlich gewesen, dass es eine solche Gesamtübersicht, so einen umfassenden Projektplan, wie er sagt, schon früher gegeben hätte?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ob es erforderlich gewesen wäre? Also zum Zeitpunkt, als der Herr Direktor Wetzlinger eben im Herbst 2017 die Programmauftraggeberrolle übernommen hat, sind meines Erachtens die Planungen soweit fortgeschritten gewesen, dass die Inbetriebnahme des Krankenhauses zum jetzigen bekanntgegebenen Zeitpunkt fixiert war. Ob das zuvor notwendig gewesen wäre? – Wäre sicher dienlich gewesen, ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, hatten Sie Erfahrungen im Krankenhausbau. Ist das richtig? Oder gar nicht?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: In Kleinprojekten, ja.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): In Kleinprojekten.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ansonsten sicher verstärkt in der Betriebsführung von Krankenhäusern, in der technischen Betriebsführung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Wenn Sie Ihre Erfahrung jetzt vergleichen könnten mit den Krankenhaus Nord, das ist ja nicht nur eine Frage der Dimension, was hätten Sie anders machen können in Ihrem Betätigungsfeld oder was konnten Sie aus Ihren Erfahrungen dazu einbringen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also, ich hatte sicher die Schwierigkeit dadurch, dass ich erst im Zeitraum Mitte 2014 zu dem Programm dazu gestoßen bin, dass ich mich einmal einarbeite in die gesamte Thematik in ein Programm diesen Ausmaßes. Und natürlich, wenn Sie mich jetzt fragen, was ideal gewesen wäre, wäre ich gerne von Beginn an dabei gewesen und hätte es auch gerne bis zum Ende geführt, ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Eine letzte Frage: Wer hat Ihnen bei der Einarbeitung in diesen komplexen Prozess Hilfestellung gegeben beziehungsweise hat Ihnen das vermittelt, was Sie tun können, damit Sie diese Betriebsführung gut weiterleiten können?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also diesbezüglich hat mich sicher der Bauprojektleiter sehr unterstützt, und auch der operative Programmauftraggeber, der Herr Direktor Balázs. Die Programmleiterin selbst war ja auch noch nicht sehr lange vor mir im Programm tätig.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Vielen Dank, Herr Ingenieur, für Ihre Ausführungen. Ich möchte bei den Stehzeiten nachfragen, die ja bei Firmen, die bei der Errichtung des Großbaues zuständig war, doch mehrjährig waren. Ich nehme an, dass Sie doch sehr häufig die Baustelle besucht haben, deshalb meine Frage: Wenn die Firmen langjährige Stehzeiten hatten, hatten Sie den Eindruck, dass Sie die Angestellten an anderen Baustellen einsetzen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Diesbezüglich habe ich keine Wahrnehmung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): 2016 gab es ja für den Krankenanstaltenverbund erhebliche Belastungen, die über das Krankenhaus Nord aus meiner persönlichen Sicht – ich war damals Funktionär der Ärztekammer – hinausgingen. Es war eine große Problematik mit den Ärztarbeitszeiten, es gab einen Ärztestreik. Ich habe selbst erlebt, wie der Generaldirektor Janßen damit sehr stark beschäftigt war, und ich nehme auch an, dass sich seine Anwesenheit und seine Präsenz beim Krankenhaus

Nord entsprechend eingeschränkt hat. Deshalb zur Vergewisserung: War 2016, wie meiner Einschätzung nach, nur mehr Generaldirektor-Stellvertreter Balázs mit der Baustelle konfrontiert, oder ist Generaldirektor Janßen auch noch vorbei gekommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also direkt, sage ich einmal, auf der Baustelle, im Programm vor Ort beim Krankenhaus Nord hatten wir grundsätzlich immer den Kontakt mit Direktor Balázs.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser.

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Vielleicht habe ich es eingangs überhört, wo sind Sie jetzt beschäftigt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Ich habe mich innerhalb des Magistrats verändert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ – keine Fragen, NEOS – Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Habe ich Ihren Nebensatz vorhin richtig verstanden, dass Sie das Projekt Krankenhaus Nord gerne noch länger betreut hätten? Wenn Sie sich jetzt verändert haben im Magistrat, hätten Sie gerne an dem Projekt weitergearbeitet? Und wenn ja, warum ist es nicht dazu gekommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Das haben Sie richtig verstanden, ja, leider aus gesundheitlichen Gründen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Wie beurteilen Sie insgesamt die Arbeit der Programmleitung in der Zeit, in der Sie im Projekt waren, die Arbeitsabläufe, die Abstimmungen, können Sie uns da ein Bild zeichnen, vor allem in der Zeit 2014 bis 2017?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Als überaus motiviert und bemüht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Wie kam es dann zu Ihrer Besetzung als Technischer Direktor, wie kam es zu dieser Beförderung? War es ausgeschrieben, Bewerbungsverfahren? Erzählen Sie uns bitte ein bisschen davon.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also diesbezüglich ist es so, dass ich eben 2014 im Programm Krankenhaus Nord begonnen habe. 2016 – ich glaube, Sie haben es zuerst eh angesprochen – ist dann die Entscheidung gefällt worden vom Vorstand, dass die kollegiale Führung aus vier Mitgliedern bestehen soll. Dies entspricht eben, dass auch eine Technische Direktion eingeführt wird, somit bin ich mit September 2016 als interimistischer Technischer Direktor bestellt worden. Und im Herbst 2017 war es dann so, dass die gesamte kollegiale Führung ausgeschrieben worden ist, da habe ich mich beworben und im Auswahlverfahren bin ich als Gewinner hervorgegangen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Würden Sie die Arbeit an dem Projekt als sehr schwierig und belastend im operativen Tagesgeschäft beschreiben oder kam

Belastung auch auf Grund von schwierigen organisatorischen Strukturen im Projekt, und dadurch auch weniger Entscheidungsspielräumen in Ihrem Bereich?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Vielleicht mit einem Wort: Es war sehr fordernd.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ÖVP, Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Sie haben uns vorhin gesagt, dass es hilfreich gewesen wäre, hätte es einen umfassenden Projektplan gegeben. Wer wäre denn dafür verantwortlich dafür gewesen, diesen zu erstellen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Vielleicht darf ich das ein bisschen relativieren, weil ... ich hatte ausreichend Unterlagen, um den Programmfortschritt weiterzuführen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ich fürchte, das ist nicht die Beantwortung meiner Frage. Wenn Sie sie vielleicht beantworten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Also, das ist sicher eine Unterlage, die zu Programmstart erstellt werden muss, und eben die Programmbeauftragten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer, wiederholen Sie vielleicht die Frage noch einmal.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Also, rein strukturell in der Organisation, wer wäre dafür verantwortlich gewesen? Ohne Personen zu benennen, einfach nur welche Organisationseinheit, liegt das beim Generaldirektor, liegt das bei der Programmleitung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Dazu sage ich, das Programm wäre dazu sicher verantwortlich, ja.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Und diesbezüglich gab es keine Bestrebungen, so ein Programm zu erstellen, bevor Herr Generaldirektor Wetzlinger das eingefordert hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Zeuge.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Doch, die gab es sehr wohl, auch mit dem Hinweis, dass ich zum Beispiel 2015 über die Schiene der Risikoberichte das Programm zusammenfassend erstellt habe. Und auch in diesem Sinne wurde quasi ein gesamtes Konvolut erstellt über sämtliche Bereiche des Programmes.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Gröblinger. (*Allgemeine Heiterkeit*) – Jetzt gehe ich dann! – Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Es gab ja beim KAV doch immer wieder Führungswechsel. Hatten Sie den Eindruck, dass das die Organisation des Projektes Krankenhaus Nord in irgendeiner Art und Weise negativ beeinflusst hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Gröblinger.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Den Eindruck hatte ich nicht.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die GRÜNEN, Herr Ellensohn – keine Fragen mehr. FPÖ – keine Fragen

mehr. SPÖ? – Nein. Das heißt, niemand mehr hat Fragen.

Gut, dann danke ich für Ihr Kommen und für die Beantwortung unserer Fragen. Danke schön, Herr Kollege.

Ing. Wilfried **Gröblinger**: Danke schön.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Der nächste Zeuge ist für 13.30 Uhr geladen. Das heißt, wir hätten grundsätzlich eine Stunde Zeit.

(*Unterbrechung um 12.33 Uhr*)

(*Wiederaufnahme um 13.22 Uhr*)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die Sitzung wird wiedereröffnet um 13.22 Uhr.

Wir haben verschiedene Beweisanträge bekommen. Ich beginne mit dem Beweisantrag Nummer 479 (*Anm. 249336-2018/479*), von den NEOS: Berichte der Programmleitung an Direktor Balázs zur Vorlage an das Aufsichtsgremium. Beschaffung der Unterlagen. Ich nehme an, das heißt dann immer vom KAV. Genau. Gibt es zu diesem Beweisantrag 479 Wortmeldungen? - Wenn dem nicht so ist, bringe ich ihn zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Daher ist der Antrag einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Antrag 480 (*Anm. 249336-2018/480*), NEOS: Ladung von Richard Klinger, Architekt, ehemaliger Mitarbeiter im Health Team Albert Wimmer zu verschiedenen Themenschwerpunkten. Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Dann bringe ich den Beweisantrag zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? - Es ist niemand gegen diesen Antrag, daher ist der Antrag einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Antrag 481 (*Anm. 249336-2018/481*), von Wolfgang Seidl und anderen: Vorlage aller Verträge und Vereinbarungen zwischen KAV und den beiden beauftragten Fassadenfirmen. Wortmeldungen? - Keine. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Der Antrag ist einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Beweisantrag 482 (*Anm. 249336-2018/482*), von Seidl und anderen: Sämtliche Unterlagen und Gutachten von Univ.-Prof. Dr. Arnold Tautschnig bezüglich Ausschreibung, Auftragsvergabe, Errichtung und Endbericht der Fassadenkonstruktion des Krankenhauses Nord, zum Thema Fassade während der Errichtung des Krankenhauses. Okay. Das ist ja eigentlich alles, das ist von Anfang bis zum Ende, grundsätzlich, ja? Verstehe ich das so richtig? Wieder vom KAV, das steht eh hier. Wortmeldungen? - Es gibt keine Wortmeldungen. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Der Antrag ist einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Beweisantrag 483 (*Anm. 249336-2018/483*), von Seidl und anderen. Es wird beantragt die Vorlage folgender Urkunden durch den KAV: sämtliche Unterlagen, die zur Entscheidung, keinen Baustopp beim KH Nord zu verhängen, geführt haben. Das ist schwierig, denn das ist natürlich eine Ermessenssache. In welchem Umfang soll das vorgelegt werden?

(*Zwischenruf: Das ist zu unbestimmt*)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja, so ist es. Bitte, Herr Stumpf!

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Wir gehen davon aus, dass es Entscheidungen gegeben haben muss, aufgrund derer dokumentiert nachweisbar Entscheidungen gefallen sind, warum es zu keinem Baustopp beim Krankenhaus Nord gekommen ist, und die sind bestimmt schriftlich festgehalten.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das heißt, das sind nicht sämtliche Unterlagen, sondern das sind dann sämtlich schriftlichen Entscheidungen zu dem Thema, denn sämtliche Unterlagen wäre ja auch, wenn man sagt, ich weiß nicht: Wir stellen jetzt fest, die Fassade funktioniert, es gibt Mängel oder Sonstiges. Das ist es ja eigentlich nicht.

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Nein, in unserem Be-weisantrag geht es um den Baustopp, und diese Frage wird bestimmt in verschiedensten Unterlagen nachvoll-ziehbar und verifizierbar sein. Daher wäre das unsere Intention, dass wir diese Unterlagen zu Gesicht bekom-men.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay, formulieren wir es jetzt einmal so. Herr Stürzenbecher!

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Ja, wir sollten uns, wenn möglich, irgendwie natürlich an die Regeln halten, die es ja mit guten Gründen für Beweismittel gibt. Eine der Regeln ist die Bestimmtheit. So gesehen kann da wirklich alles dabei sein, das kann auch irgendein, was weiß ich, Medienausschnitt von irgendwo sein, der sich mit dem Baustopp befasst, und da müssen wir alles durchsuchen. Also, das ist für den Beauftragten nahezu unmöglich, der das zusammensuchen muss, hier sich dann nicht dem Vorwurf auszusetzen, er hätte irgendetwas übersehen, weil das gar nicht geht. Infolgedessen würde ich im Sinne der Vorsitzenden, wie sie es schon vorgeschlagen hat, vorschlagen, dass man eben schreibt: sämtliche schriftlichen Unterlagen, die auf Beschlüsse auf einen Baustopp orientiert waren, oder irgend so etwas.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ist das Gebiet dann zu schmal?

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Die Frage ist: Was wollt ihr wirklich wissen?

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Was wollt ihr? Ihr wollt eh nur das Schriftliche und das, was dokumentmä-ßig ist und nicht jeden Schmarren, der irgendwo medien-mäßig vielleicht war.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Stumpf!

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Nein, natürlich nicht, aber das ist ja auch nicht die relevante ...

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Das ist auch eine Unterlage.

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Auf Basis welcher Unterlagen wurde kein Baustopp verhängt. Das ist die Frage.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Wo kein Baustopp verhängt wurde.

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): So ist es.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Da müsste man natürlich eigentlich das Gegenteil sagen: sämtliche schriftliche Unterlagen ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ... auf denen die Ent-scheidung fußt, keinen Baustopp zu verhängen.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Dass kein Bau-stopp verhängt wurde, genau.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Hat das irgendwer mitgeschrieben?

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Sämtliche schrift-liche Unterlagen, oder ... beziehungsweise Beschlüsse, die schon ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Sämtliche.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Nein, es ist wie-der nicht. Sämtliche Beschlüsse müsste man eigentlich sagen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Aber Beschlüsse ist wieder zu eng. Beschlüsse ist zu eng, Unterlagen ist zu weit. Protokolle vielleicht? Brauchen wir Protokolle?

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Alles, aufgrund des-sen kein Baustopp gefasst wurde.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay, also, sämtliche Unterlagen aufgrund ...

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Also, ich würde das präferieren, was die Frau Vorsitzende ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Sämtliche Unterla-gen, aufgrund deren die Entscheidung fußt, keinen Bau-stopp zu verhängen. Gut. Das ist jetzt der Text. Die zur Entscheidung geführt haben, ist es nicht, sondern auf Maßnahmen, aufgrund derer diese Entscheidung dann getroffen wurde. Herr Florianschütz!

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Ja, eh, ich verstehe die Fragestellung schon, aber das müssten dann eher bestimmte Unterlagen sein, denn sonst ...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Aber die wissen wir ja natürlich nicht.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): ... ist eine Unterlage ein Zeitungsartikel. Das ist dann so abgelaufen, dass man sagt: Jössas, in der Zeitung steht drinnen, so und so schaut es aus, da machen wir keinen Baustopp, und dann war das die Unterlage. Also, ich würde öffentliche Unter-lagen machen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Öffentliche Unterla-gen, ja. Herr Klackl!

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Ich nehme an, dass das doch so eine bedeutende Frage für die Entschei-dungsgremien im KAV gewesen sein muss, dass es das offenbar in einer Sitzung in einem eigenen Tagesord-nungspunkt gegeben hat, in dem behandelt wurde: Ma-chen wir jetzt einen Baustopp oder machen wir keinen? Die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt wären, glaube ich, zweckmäßig, herbeizufahren.

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Die Beschlussunter-lagen.

GR Dr. Kurt **Stürzenbecher** (SPÖ): Die Beschlüsse und offiziellen Protokolle.

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Die Unterlagen, auf-grund deren der Beschluss zustande gekommen ist.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Genau.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Also gut, Beschluss-unterlagen. Wunderbar, wir haben es. Gibt es noch Wortmeldungen dazu? - Wenn nicht, bringe ich den An-

trag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Damit ist der Antrag einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Beweisantrag Nummer 484 (*Anm. 249336-2018/484*), von Seidl und anderen: Vorlage der Urkunden durch den KAV. Sämtliche Beauftragungsunterlagen, wie zum Beispiel Ausschreibungsprofil, Jobdescription et cetera des KAV an Hill Woltron Management Partner GmbH, die die Suche nach einem KAV-Generaldirektor und KAV-Generaldirektor-Stellvertreter regeln. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Damit ist der Antrag einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Beweisantrag Nummer 485 (*Anm. 249336-2018/485*): Vorlage folgender Urkunden durch den Krankenanstaltenverbund: sämtliche Unterlagen des Clearingverfahrens 06 Haustechnikfirmen in Bezug auf die Errichtung und Abwicklung des KH Nord. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Florianschütz!

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Ja, eine Frage, weil ich es ja nicht weiß: Ist dieses Clearingverfahren 06 schon abgeschlossen? Der Hintergrund der Frage ist nämlich, wenn es noch nicht abgeschlossen worden ist, wird man schwerlich aus dem laufenden Verfahren heraus die Unterlagen kriegen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Wir wissen aber nicht, ob es abgeschlossen ist. Wissen wir es?

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Aber Sie verstehen meine Grundproblematik, oder?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ich verstehe schon.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Wenn das in einem Clearingverfahren ist, werden die Streitparteien nicht ihre internen Unterlagen zur Verfügung stellen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Aber dann werden sie uns zurückschreiben, es ist noch nicht abgeschlossen. Das werden sie uns dann zurückschreiben.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Das heißt, wir werden dann sehen, ob sie sie uns geben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Damit ist der Antrag einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Beweisantrag Nummer 486 (*Anm. 249336-2018/486*), von Florianschütz und GenossInnen sowie Ellensohn und FreundInnen: Ladung des Herrn Dipl.-Ing. Dr. Kurt Mörz, Bezirksvorsteher-Stellvertreter a.D. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Florianschütz.

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): Danke, Frau Vorsitzende! Das ist der angekündigte zweite Antrag in Absprache auch mit den anderen Fraktionen. Da sind wir dafür, dass wir ihn gleich behandeln, wie den des Herrn Bezirksvorsteher-Stellvertreters in Ruhe Spitzer, ihn also zurückstellen und einmal warten, was sich da rund um die Frage des Herrn Bezirksvorstehers in Ruhe klärt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay, wunderbar. Danke. Antrag 486 wird zurückgestellt.

Beweisantrag Nummer 487 (*Anm. 249336-2018/487*), Florianschütz, Ellensohn und andere. Dipl.-Ing. Helmut Zehetner, Projektleiter der Durchführung der Statik, wird

beantragt. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Damit ist der Antrag einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Beweisantrag Nummer 488 (*Anm. 249336-2018/488*), von Florianschütz, Ellensohn und anderen: Ladung des Herrn Dipl.-Ing. Walter Nemeth von der Begleitenden Kontrolle. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Der Antrag ist einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Beweisantrag Nummer 489 (*Anm. 249336-2018/489*), Florianschütz, Ellensohn und andere. Ladung des Thomas Kiefer, Projektleiter der Durchführung der Fassade. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Damit ist der Antrag einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

Der letzte Antrag ist der mit der Nummer 490 (*Anm. 249336-2018/490*), von Florianschütz und Ellensohn: Ladung des Herrn Dipl.-Ing. Fritz Kermer von der Begleitenden Kontrolle. Wortmeldungen? - Keine. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Damit ist der Antrag einstimmig von allen Fraktionen angenommen.

So, und wenn wir einen Zeugen oder eine Zeugin haben, dann können wir schon fortfahren.

Grüß Gott! Danke schön.

Als Zeugin erschienen ist Frau Dr. Mirijam Hall, Assistentin von KAV-Generaldirektor Dr. Udo Janßen. Die Entbindung von der Amtsverschwiegenheit haben wir bekommen. Herzlichen Dank. Sie werden hier als Zeugin vernommen. Als Zeugin müssen Sie die Wahrheit sagen, eine falsche Zeugenaussage wäre strafbar.

Wenn Sie uns bitte zunächst ein bisschen zu Ihrer Person erzählen und was Sie mit diesem Untersuchungsgegenstand zu tun gehabt haben. Dann werden die einzelnen Fraktionen Ihnen Fragen stellen. Bitte.

Dr. Mirijam **Hall**: Guten Tag!

Mein Name ist Dr. Mirijam Hall, und ich bin derzeit Assistenzärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe. Ich habe an der Medizinischen Universität Wien Medizin studiert und war nach meinem Studienabschluss von Mitte März 2014 bis Ende September 2017 im Büro des Vorstands des Wiener Krankenanstaltenverbundes tätig. Dort war ich Assistentin von Prof. Janßen, zunächst als er Generaldirektor-Stellvertreter war und dann auch später, als er Generaldirektor wurde. Ich war eine von mehreren Personen, die als Assistentinnen für den Vorstand gearbeitet haben und unterschiedliche Bereiche betreuten.

Nach seinem Abgang im März 2017 war ich weiterhin für fast ein halbes Jahr im Büro des Vorstands tätig. Ich wurde auf einem basisbewerteten Dienstposten angestellt, hatte keine Schlüssel- oder Führungspositionen, war zu keinem Zeitpunkt zeichnungsberechtigt oder selbstständig entscheidungsbefugt, sprich, alles was ich getan hatte, konnte ich ausschließlich im Auftrag des Generaldirektors beziehungsweise des Vorstandes tun.

Meine Aufgabenbereiche umfassten vor allem den medizinisch-klinischen Betrieb, darunter Themen wie den Zusammenarbeitsvertrag zwischen der Stadt Wien, KAV und der Medizinischen Universität Wien das AKH betreffend, die Implementierung der neuen klinischen Ausbildung im Medizinstudium, dem klinisch-praktischen Jahr im KAV, die Implementierung und Umsetzung der neuen Ärzteausbildungsordnung 2015 für die Turnusärzte und -ärztinnen, den medizinischen Masterplan 2030, den psychiatrisch-psychosomatischen Versorgungsplan und das Thema, das mich über die Jahre wohl am intensivsten beschäftigt hat, nämlich die Novelle des Krankenanstaltenarbeitszeitgesetzes mit den konsekutiven Arbeitszeit- und Gehaltsverhandlungen im Bereich der ÄrztInnen im KAV.

Zu keinem Zeitpunkt gehörten Agenden das KH Nord betreffend zu meinem Aufgabengebiet. Ich habe im Projekt weder inhaltlich mitgearbeitet noch dieses betreut.

Da in den vergangenen Monaten meine Qualifikation für den Job einer Assistentin öffentlich in Frage gestellt wurde, möchte ich noch einmal unterstreichen, dass ich mit meinem abgeschlossenen Medizinstudium in Bezug auf medizinische Fragestellungen als ehemaliges Mitglied im Senat der Medizinischen Universität Wien in Bezug auf Fragestellungen zur MUW und als ehemalige Studierendenvertreterin in Bezug auf Fragestellungen zur Ausbildung von JungmedizinerInnen qualifiziert für diese Tätigkeit war. Außerdem habe ich neben meinem Studium immer ehrenamtlich und hauptamtlich gearbeitet und konnte somit mehrjährige Berufserfahrung vorweisen. Es war nicht mein politisches Engagement im VSStÖ, das ja ohnehin bekannt ist, das mich qualifiziert hat, aber genauso wenig hat mich dieses Engagement disqualifiziert, zumindest entspreche das meinem Demokratieverständnis.

Ich werde heute gerne beitragen, was ich kann, da ich jedoch, wie bereits erwähnt, in das Projekt KH Nord nie involviert war, fürchte ich, dass ich inhaltlich zu den Fragestellungen dieser Kommission wenig beitragen werde können, weshalb mich meine Ladung etwas verwundert hat. Selbstverständlich stehe ich aber hier heute zur Verfügung und versuche, Ihnen mit meinen Wahrnehmungen hilfreich zu sein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Danke schön.

Es beginnen jetzt die NEOS. Herr Wiederkehr ist am Wort.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ich habe in der öffentlichen Debatte nicht wahrgenommen, dass Ihnen die Qualifikation abgesprochen wurde, sehe das auch nicht so, Sie haben eine gute Grundqualifizierung. Es ging eher um die Diskussion von parteipolitischen Besetzungen im öffentlichen Dienst und hier im Krankenanstaltenverbund und spezifisch vor allem bei Projekten des KH Nord. Da hat ja auch Herr Janßen, Ihr damaliger Vorgesetzter, hier auch in der Untersuchungskommission über Sie und über Ihre Rolle gesprochen. Darum ist es natürlich relevant für die Untersuchungskommission, hier zu sehen, welche Rolle Sie genau in diesem Gefüge

hatten, um Janßen auch das Wienerische ein bisschen näherzubringen.

Meine Eingangsfrage ist: Als Sie Assistentin von Herrn Janßen wurden, wie war da der Prozess und wie kam die Entscheidung dazu, dass Sie Assistentin wurden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall! Sie können das ruhig eingeschaltet lassen.

Dr. Mirijam **Hall**: Okay. Also, ich habe über Herrn Roland König erfahren, dass es eine freie Stelle gibt, das hat er ja, glaube ich, auch vor dieser Kommission schon ausgesagt. Ich habe daraufhin meine Bewerbungsunterlagen an den Krankenanstaltenverbund übermittelt, bin zu einem Vorstellungsgespräch bei Herrn Professor Janßen geladen worden und habe dann mitgeteilt bekommen, dass ich die Stelle bekommen habe.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Also, Bezirksrat König hat Sie einfach aktiv angerufen und gebeten, sich dafür zu bewerben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall. Ich muss es immer sagen, damit im Protokoll erkennbar ist, wer gerade spricht.

Dr. Mirijam **Hall**: Ich verstehe, entschuldigen Sie. Nein, ich habe Herrn König im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Studierendenvertreterin kennengelernt, das war Ende 2013, als wir als ÖH der Medizinischen Universität Wien alle Träger und auch politischen Verantwortlichen in Bezug auf das klinisch-praktische Jahr angesprochen haben, wo Studierende ein ganzes Jahr im Krankenhaus 35 Wochenstunden arbeiten sollen. Wir wollten damals erreichen, dass diese Studierenden für diese Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung bekommen. Da Stadträtin Wehsely ja über einen großen Bereich der Ausbildungsstätten sozusagen die Oberaufsicht hat, habe ich mich auch an das Büro der Stadträtin gewendet, woraufhin ich eine Einladung von Herrn König bekommen habe, über dieses Thema zu sprechen. So haben wir uns kennengelernt. Er hat mich dann nach meinen zukünftigen Plänen gefragt. Ich war damals gerade in einem Bewerbungsverfahren für eine Turnusausbildungsstelle in Vorarlberg. Er hat mich gefragt, ob mich das eventuell interessieren würde, weil dort eben Menschen gesucht werden. So habe ich davon erfahren.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Herr König hat ja auch über Ihre Rolle gesagt, das haben Sie sicher davor im Protokoll gelesen, Sie sollten insofern eine Schnittstelle zwischen dem politischen Büro und der Generaldirektion sein, als dass Sie Professor Janßen, der natürlich das Wiener Parkett nicht gekannt hat, hier Hilfestellungen bieten sollen, wie Wienerisch funktioniert. Welche Hilfestellungen haben Sie da genau Herrn Janßen gegeben, wie Wienerisch funktioniert?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Wie Sie wissen, ist Professor Janßen aus Deutschland nach Wien gekommen. Es war damals die Zeit, als zum Beispiel der Zusammenarbeitsvertrag zwischen der Stadt Wien und der Medizinischen Universität Wien ausverhandelt worden ist. Meine beratenden

Aufgaben gegenüber Herrn Professor Janßen waren zum Beispiel, ihm zu erklären, wer im österreichischen System wo entscheidungsbefugt ist, welche Personen dort, zum Beispiel in der Medizinischen Universität Wien, agieren, wie das in Bezug auf den Senat funktioniert et cetera, ihm also sozusagen auch ein bisschen zur Seite stehen in der Orientierung im österreichischen Gesundheitssystem.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die ÖVP bitte, Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Grüß Gott, Frau Dr. Hall!

Wir haben hier ein Zitat von Herrn Janßen. Ich erlaube mir, das kurz vorzulesen: Sie hat mir damals in manchen Diskursen nähergebracht, was das politische Selbstverständnis der SPÖ ist und sie hat auch dazu beigetragen, vielleicht manche von mir hasardeurhaft geplante Aktionen doch noch einmal zu überplanen und auch in den Rahmen dessen einzubetten, was machbar ist und was gestalterisch funktioniert.

Können Sie sich vorstellen, von welchen Aktionen Herr Direktor Janßen in diesem Zusammenhang gesprochen hat?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Darf ich Sie nur ersuchen, mir das Zitat vorzulesen oder vorzulegen, denn das war jetzt ein bisschen lang.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Bitte, Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: In Bezug darauf gehe ich davon aus, dass er gemeint hat, dass er mich öfters zu meiner Meinung in Bezug auf verschiedene Agenden gefragt hat und ich ihm dann natürlich meine Meinung auch unterbreitet habe, wenn er diese hören wollte.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Was ich dem Zitat jetzt nicht unbedingt entnehmen kann, da er tatsächlich von politischen Dimensionen gesprochen hat. Haben Sie seitens des Stadtratsbüros Kontakt gehalten, was diese politischen Vorgaben betrifft?

Dr. Mirijam **Hall**: Könnten Sie die Frage wiederholen?

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Ob Sie während Ihrer Tätigkeit beim KAV mit dem Stadtratsbüro Kontakt hatten, was politische Vorgaben an den KAV betrifft?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Ich habe mit dem Stadtratsbüro regelmäßig Kontakt gehalten. Diese Tätigkeit ist auch in meiner Stellenbeschreibung so festgehalten, dass ich koordinierend zwischen Vorstand und dem Stadtratsbüro tätig sein soll in Bezug auf politische Vorgaben. Diese sind im Gemeinderat zu beschließen, die sind also allen zugänglich, da habe ich keinen näheren Erklärungsbedarf gehabt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Also, mit dem Wort koordinierend implizieren Sie keinerlei politischen Aspekte, sondern rein organisatorische oder inhaltliche?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Was verstehen Sie unter politischen Aspekten?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Parteipolitische, wie Herr Janßen es gesagt hat, dem Selbstverständnis der SPÖ entsprechend.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Ich habe keine politische Koordination zwischen der Stadträtin und Herrn Professor Janßen durchgeführt, nein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ich glaube, das waren schon drei. - Herr Ellensohn von den GRÜNEN!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Guten Tag, Frau Dr. Hall!

Sie haben uns eingangs schon einige Informationen zur Verfügung gestellt. Ich habe eine Zusatzfrage rund um die Bewerbung selber: Wissen Sie, ob sich andere Personen auch beworben haben oder ob Sie die einzige Bewerberin waren bei diesem Auswahlverfahren? Hatte es, Ihres Wissens nach, eine unmittelbare Einflussnahme der Stadträtin bei der Personalentscheidung gegeben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Da ich zu dem Zeitpunkt im Krankenanstaltenverbund noch nicht tätig war, habe ich keine Kenntnis darüber, ob es andere Bewerbungen gegeben hat. Aus meiner Wahrnehmung war es ein ganz normales Bewerbungsverfahren mit, wie schon gesagt, Übermittlung meiner Bewerbungsunterlagen, anschließend einem Vorstellungsgespräch bei Herrn Professor Janßen und dann dem normalen Eintritt in die Stadt Wien.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sie sind ja tatsächlich ein paar Mal in Medien erwähnt worden. In einem "Kronen-Zeitungs"-Artikel vom 7. Februar 2017 steht, dass sich vor allem erfahrene Ärztinnen und Ärzte über Ihre Position nicht nur erfreut gezeigt haben. Die Kritik lautete, Sie haben keine klinische Erfahrung, keine Facharztausbildung, keine Fachärztinnenausbildung und entscheiden unter anderem über die Qualität der künftigen Ausbildung für Ärzte und Ärztinnen. Was würden Sie dieser Kritik entgegen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Dieser Bericht war, glaube ich, im Zuge der ganzen Verhandlungen rund um das Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz, in die ich sehr stark involviert war. Dem Zitat möchte ich gerne entgegen, dass die Vorgaben zur Qualität der Ärzteausbildungsordnung auf gesetzlicher Ebene im Rahmen der Ärzteausbildungsordnung 2015 geregelt wurden, und da die Ärztekammer die Zuständigkeit in Bezug auf die Überprüfung der Qualität der Ausbildung hat, lag es nicht in meinem Zuständigkeits- oder Wirkungsbereich.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Jetzt nehme ich noch einen Artikel aus dem "Kurier", damit es ein bisschen ausgewogen ist, vom September 2016. Da steht rund um die Arbeitszeiten drinnen, dass gegenüber den Ärzten und Ärztinnen vor allem Sie als Wortführerin aufgefallen sind und nicht Herr Janßen. Da würde man jetzt

einmal von außen betrachtet glauben, dass der Generaldirektor das federführend verfolgt. Da steht allerdings drinnen: Gespräche weitgehend stumm verfolgt. War das so? War das Ihre Rolle bei den Verhandlungen, und haben Sie bei Gesprächsrunden rund ums Krankenhaus Nord - ich glaube, das haben Sie vorher beantwortet - ebenfalls eine Führungsrolle gehabt oder waren Sie überhaupt dabei?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Also, zur ersten Frage: Das ist, glaube ich, eine ganz normale Verhandlungstaktik, die vielerorts eingesetzt wird, dass zunächst auf Büroebene sozusagen die Personen vorgeschickt werden und sich der Generaldirektor das Recht vorbehält, den Abschluss zu vollziehen. Das war in diesem Fall auch der Fall. Zur zweiten Frage: Ich habe zu keinen Runden und Terminserien das Krankenhaus Nord betreffend teilgenommen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, Herr Niegl!

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Auch von mir danke, dass Sie hier sind. War es Ihnen im Jahr 2014 bekannt, dass es zu massiven Kostenüberschreitungen und Bauzeitverlängerungen kommen wird? Das ist ja aus Prüfvermerken und ähnlichen Berichten erkennbar. Haben Sie vielleicht ein paar Aussagen von Herrn Josef Kalina zu diesem Thema gehört?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Da ich in das Projekt Krankenhaus Nord nicht involviert war, hatte ich auch 2014 keine detailreichen Erkenntnisse. Es war auch nicht meine Aufgabe, Prüfvermerke zu lesen oder diesbezüglich irgendwie Arbeit zu tun. Dementsprechend hatte ich 2014 keine Wahrnehmungen dazu, die nicht der Öffentlichkeit auch zugänglich waren. Auch mit Herrn Kalina habe ich in Bezug auf das Krankenhaus Nord nichts zu tun gehabt, weil, wie bereits erwähnt, ich in das Projekt nicht involviert war.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Niegl!

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Okay. Also, Sie haben keinerlei Berichte des Josef Kalina jemals eingesehen oder Empfehlungen mit Pressearbeit sind Ihnen nicht zugänglich gemacht worden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Nicht das Krankenhaus Nord betreffend, in anderen Themen hatte ich schon mit Herrn Kalina zu tun, ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Niegl!

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Sie wissen aber schon, dass Josef Kalina sozusagen der Medienguru mit seiner PR-Agentur für das Krankenhaus Nord war und dass er durchaus beratene Funktion hatte?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Ja, das ist mit mir bekannt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das waren drei Fragen. - SPÖ, Frau Mörk!

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Schönen Nachmittag, Frau Dr. Hall!

Sie haben bereits erwähnt, dass es regelmäßige Gespräche mit dem Stadtratsbüro gegeben hat. Da darf ich

Sie fragen: Was waren die Inhalte dieser Gespräche, und hat es auch darüber Protokolle gegeben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Es gab regelmäßige Rücksprachen zwischen dem Vorstand und der Stadträtin, wo auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den unterschiedlichen Büros anwesend waren, dort wurden die tagesaktuellen Themen besprochen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Mörk!

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Haben Sie Herrn Professor Janßen von diesen Gesprächen, von diesen Kontakten erzählt?

Dr. Mirijam **Hall**: Bei den regelmäßigen Besprechungen zwischen Vorstand und Stadträtin war Herr Professor Janßen selbst anwesend. Wenn es Besprechungen auf Büroebene gegeben hat, wo weder Stadträtin noch Vorstand anwesend war, ist das natürlich im Wissen von Generaldirektor Janßen passiert.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Mörk!

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Danke schön. Haben Sie Weisungen aus dem Stadtratsbüro bekommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Nein.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: NEOS, Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Wir haben von einigen Zeugen in der Untersuchungskommission schon über Unmut über Janßen und Unstimmigkeiten im Projektteam gehört, unter anderem von Frau Loidl-Kocher. Hatten Sie da in Ihrer Aufgabe selber Wahrnehmungen, dass es hier Unzufriedenheit mit Janßen in der Projektorganisation Krankenhaus Nord gibt, auch wenn Sie dafür nicht zuständig waren?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Nein, dazu hatte ich keine Wahrnehmungen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Haben Sie Beobachtungen angestellt, ab wann Schwierigkeiten im Umfeld von Janßen mit dem Projekt Krankenhaus Nord aufgetreten sind? Hat er sich da mit Ihnen beraten oder es besprochen, vor allem Komplikationen, die politisch auch zu klären sind.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Nein, in Bezug auf das Krankenhaus Nord hat sich Herr Generaldirektor Janßen nicht mit mir beraten, weil es ja auch nicht in meine Expertise oder Zuständigkeit gefallen ist.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Die Treffen mit dem Stadtratsbüro: War das ein Jour fixe? Gab es da fixe Termine, und wer hat da aller daran teilgenommen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Es gab das Jour fixe zwischen Vorstand und Stadträtin, das hat in regelmäßigen Abständen stattgefunden. Teilgenommen haben normalerweise die Stadträtin selbst, die Mitglieder des Vorstandes und dann Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Büro der Stadt-

rätin beziehungsweise aus dem Büro des Vorstandes. Protokolle gab es dazu keine.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: ÖVP.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Sie haben gesagt, dass Sie auch in die Kommunikation eingebunden waren. Heißt das, Sie haben zwischen der Kommunikationsabteilung des KAV und der Generaldirektion vermittelt, oder wie kann man sich das vorstellen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Das kann man sich so vorstellen, dass wenn bei uns die Pressestelle zum Beispiel eine Anfrage bekommen hat, diese mir Bescheid gegeben hat, da ich im sechsten Stock im Büro des Vorstandes körperlich anwesend war und dementsprechend leichter Zugang hatte, zum Vorstand in eine Sitzung hineinzugehen und zu sagen: Hallo, da ist gerade eine Anfrage von Zeitung XY gekommen. Also, koordinative Tätigkeiten in der Erledigung der Anfragen und Ansprechperson im Büro für die Kommunikationsabteilung, wenn es Anliegen gegeben hat wie zum Beispiel die Erstellung einer neuen Homepage, wo ich mitgearbeitet habe, für die Information von Turnusärztinnen und Turnusärzte, www.turnus-wien.at. Bei solchen Projekten habe ich dann auch inhaltlich mitgearbeitet.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer!

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Das bedeutet, Sie waren nicht bei diesen Jour fixes zwischen Herrn Kalina und der Kommunikationsabteilung dabei?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Nicht das Krankenhaus Nord betreffend.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Gab es da eigene Jour fixes das Krankenhaus Nord betreffend? Ich hatte den Eindruck, da sind generelle Kommunikations-Jour-fixes zwischen der Agentur und der Kommunikationsabteilung.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Pardon, da habe ich Sie falsch verstanden. Bei den regelmäßigen Jour fixes zwischen Herrn Kalina und der Kommunikationsabteilung war ich zu keinem Zeitpunkt anwesend.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gut, ich habe offensichtlich hier eine Zwischenbemerkung, eine Frage. - Ja, aber jetzt kommt zuerst Frau Meinhard-Schiebel von den GRÜNEN.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Guten Tag, Frau Dr. Hall!

Ich darf noch einmal auf den Prozess der Bewerbung zurückkommen. Können Sie noch etwas über das Anforderungsprofil für diese Position als Assistentin des Generaldirektors des KAV sagen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Ich habe das Anforderungsprofil auch mit, hier steht hinsichtlich der fachlichen Kompetenz als vorgesehene Ausbildung ein Medizinstudium, als fachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten umfassende Kenntnisse im Bereich des Spitals- und Gesundheitswesens, gesamtbetriebliche Abläufe im Gesundheitswesen, ausgezeichnete Dienstleistung und Bereitschaft zur Weiterbil-

dung. Als Anforderungen hinsichtlich der persönlichen Kompetenz wurde Flexibilität und Lernfähigkeit, Eigeninitiative, ausgeprägtes persönliches und berufliches Selbstbewusstsein, Belastbarkeit, Selbständigkeit, analytische, logische und systemische Sichtweise, überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit und Bereitschaft zu Mehrdienstleistungen, Konfliktlösungskompetenz, Argumentations- und Durchsetzungsfähigkeit, Kommunikations- und Kontaktfähigkeit sowie Teamfähigkeit aufgeführt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Vielen Dank. Es geht jetzt auch um Ihre Wahrnehmung, Sie waren ja doch immer wieder in vielen Situationen, wo Sie auch vielleicht bei Gesprächen dabei waren. Nach einer Aussage von Herrn Ing. Prem wurde spürbar von Mag. Wehsely als zuständige Stadträtin in den KAV sozusagen hineinregiert. Einem Bericht der Zeitung "Die Presse" vom 17. 9. 2014 ist zu entnehmen, dass in KAV-Kreisen immer die Rede von einem eisernen Griff der damals zuständigen Stadträtin war. Auch Professor Janßen sagte aus, dass es zeitweise den Anschein hatte, dass er und Mag. Balázs mehr Zeit im Stadtratsbüro als tatsächlich in der Generaldirektion verbrachten. Wie ist Ihre diesbezügliche Wahrnehmung?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Also, ich kann nur für mich sprechen. Meine Zeit habe ich hauptsächlich im Büro des Vorstands verbracht. Wir haben natürlich einige Termine im Stadtratsbüro absolviert, aber den Großteil der Zeit haben wir im Krankenanstaltenverbund verbracht. Meine Wahrnehmung war nicht, dass Frau Mag. Wehsely in den KAV mit eiserner Hand hineinregiert hätte.

Es hat natürlich bei diversen Projekten enge Abstimmungen gegeben. Die haben aber hauptsächlich zwischen der Stadträtin und dem Vorstand direkt stattgefunden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Meinhard-Schiebel!

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Nachdem Sie ja auch dem Vorstand so quasi nahegestanden sind eine Frage: Dr. Bock, der ehemalige Vorsitzende des Aufsichtsgremiums, hat ausdrücklich die Errichtung einer Projektgesellschaft empfohlen; vor allem aufgrund der gewählten Mischvariante mit 250 Vergabepaketen. Damit wollte man ja die Koordinationspflicht des Auftraggebers im notwendig starken Ausmaß sichern. Dieser Vorschlag kam schon unter Gen. Dir. Marhold und wurde auch gegenüber der neuen Generaldirektion, also Professor Janßen und Balázs, wiederholt. Wissen Sie etwas davon? Wissen Sie, warum diese Empfehlung nicht umgesetzt wurde und wer das entschieden haben könnte? Wurde dieser Vorschlag zumindest einer Expertise unterzogen? Wenn Sie etwas davon wissen, wissen Sie auch mit welchem Ergebnis?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Mir ist bekannt, dass der Herr Dr. Bock diese Meinung vertreten hat. Diese hat er auch mehrmals bei Aufsichtsgremiumssitzungen oder in per-

sönlichen Rücksprachen mit dem Herrn Professor Janßen geäußert. Soweit hat mir zumindest Professor Janßen berichtet, dass das sozusagen ein Anliegen vom Herrn Dr. Bock wäre. Wie es zu der Entscheidung kam, diesem Vorschlag nicht nachzukommen, dazu habe ich keine Wahrnehmungen, weil diese Dinge in den Auftraggeber-sitzungen rund ums Krankenhaus Nord besprochen wurden, wo ich kein Teil davon war.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Danke!

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: FPÖ, der Herr Fürnkranz!

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Ja grüß Gott! Ich habe eine Frage, weil Sie jetzt mehrmals erwähnt haben, dass Sie für verschiedene Dinge nicht zuständig gewesen sind, insbesondere für eigentlich das meiste von dem, was uns interessiert.

Deswegen: Wie war eigentlich das Vorstandsbüro personell und inhaltlich gegliedert? Wer hat da welche Aufgaben gehabt, ich sag' einmal Begleitung des jeweiligen Vorstandes für irgendwelche Sachen und halt inhaltlich welche Dinge abgewickelt. Sie haben gesagt, Sie haben sich primär mit dieser Ärztarbeitszeitproblematik, und so weiter, auseinandergesetzt. Wer war denn dann derjenige, der sich zum Beispiel um das KH Nord gekümmert hat, denn der Generaldirektor ist ja für alles zuständig, ergo natürlich auch dafür?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Im Büro des Vorstandes gibt es oder gab es zu dem Zeitpunkt, wo ich dort war, wie bereits in meinem Eingangsstatement erwähnt, zu jedem Zeitpunkt mehrere Personen, die als sogenannte Assistentinnen oder Assistenten tätig waren. Im Laufe der Jahre meiner Tätigkeit dort haben sich die Personen zum Teil auch geändert. Grundsätzlich gab es ein Sekretariat für die jeweiligen im Vorstand tätigen Personen, die sozusagen die Sekretariatstätigkeiten, Terminkoordination, und so weiter, übernommen haben, und dann Personen, die inhaltlich zugearbeitet haben, zu denen auch ich gehört habe. Beim Projekt Krankenhaus Nord aufgrund des großen Umfangs dieses Projekts hat es eine eigene, sehr klar aufgestellte Projektorganisation gegeben. In dieser Projektorganisation waren auch Personen zuständig, die dann die Aufgaben wie zum Beispiel Unterlagen-aufbereitung, und so weiter, vorgenommen haben.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz!

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Nachfrage jetzt nur: Und wer war das konkret?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Ich kann Ihnen nicht sagen, wer in der Projektorganisation die Unterlagen vorbereitet hat, nachdem diese Unterlagen auch nie...

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ, unterbrechend): Im Vorstandsbüro!

Dr. Mirijam **Hall** (fortsetzend): Im Vorstandsbüro gab es zu Beginn meiner Tätigkeit eine Assistentin vom Herrn Direktor Balázs. Das war die Frau Finkes, die hier koordinative Tätigkeiten übernommen hat. Die ist dann, ich weiß nicht mehr wann genau, aber nach einer bestimmten Zeit direkt in die Projektorganisation des KH Nord vom Büro

weg übergegangen. Und soweit ich informiert bin, ist das dann sozusagen direkt zwischen dem Herrn Direktor Balázs und der Projektorganisation gelaufen. Es hat keine Person gegeben, die jetzt genuin für mein Tätigkeitsprofil nur fürs Krankenhaus Nord zuständig gewesen wäre.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Fürnkranz!

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Okay. Ich möchte Sie jetzt noch, weil Sie über Ihren Tätigkeitsbereich eben gesprochen haben, mit einem Zitat vom Direktor Janßen insofern noch konfrontieren: "Wenn Sie aus Deutschland kommend eine historische Vergangenheit zumindest ganz früh antizipiert haben, da doch gerade im Osten Deutschlands die Partei ein sehr starkes Gewicht hatte, dann kommen Sie natürlich unweigerlich zu Vergleichen und sagen: Es hat in manchen Positionen die Rolle eines Politoffiziers gegeben, der bestimmte Wahrnehmungen vielleicht an bestimmten Stellen platzieren wollen hätte." Und jetzt schreibt er, nein, jetzt sagt er dann (*Zwischenruf*: ...den Satz...)...Ich les' schon den nächsten Satz, keine Sorge.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja er wird ja weiterzitiert.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ, fortsetzend): Der nächste Satz lautet dann: "Ich glaube nicht, dass Frau Müller für mich eine Politoffizin gewesen ist. Sie hat mir aber in manchen Diskussionen nähergebracht, was das politische Selbstverständnis der SPÖ ist und hat auch dazu beigetragen, vielleicht manche von mir hasardeurhaft..." und so weiter. Das hat vorhin die Kollegin Hungerländer schon vorgelesen. Jetzt ist der springende Punkt aus meiner Sicht der, Sie sind sozusagen nicht die volle Politoffizierin, sondern nur so halb, wenn ich das so zusammenfassen darf, aber wer hat dann diese Rolle des Politoffiziers gespielt, denn das... (*Zwischenruf*)? Entschuldigung, das steht nämlich klar drinnen. Es steht: "Es hat in manchen Positionen die Rolle eines Politoffiziers..." (*Zwischenruf*)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja aber in der DDR (*Zwischenruf*: In der DDR!). In der DDR. Das bezieht sich auf die DDR.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Das bezieht sich aber ganz offensichtlich auf das KH Nord, weil sonst hätte er es uns ja nicht erzählt (*Zwischenruf*). Deswegen...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gut, stellen wir eine Frage.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Deswegen die Frage: Wer hat diese Rolle gespielt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Aus meiner Sicht gab es keine Rolle eines Politoffiziers oder einer Politoffizierin.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay. SPÖ, die Frau Mörk (*Zwischenruf*). Entschuldigung, ich bin heute zu schnell (*Zwischenruf*). Die Frau Frühmesser noch von der FPÖ!

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, hat's bei jedem Jour fixe mit dem Stadtratsbüro und dem Vorstand einen Mitarbeiter gegeben, der aus dem Vorstand dabei war oder? Und dann haben Sie aber gesagt, dass eben die Frau Finkes vom

Balázs nur zuständig war fürs Krankenhaus Nord, die aber dann später in die Projektleitung gewechselt hat.

Jetzt meine Frage: Wer war dann fürs Krankenhaus Nord zuständig beziehungsweise wenn immer jemand dabei war, war ja nicht nur, das versteh' ich schon, beim Jour fixe an der Tagesordnung das Krankenhauses Nord, aber unter anderem. Das haben uns ja einige Zeugen schon bestätigt. Aber welche Mitarbeiter waren bei jedem Jour fixe mit vom Vorstand eben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Zuständig war der Herr Direktor Balázs, der dementsprechend auch bei diesen Jour fixes berichtet hat. Wer mitgenommen wurde aus dem Büro des Vorstandes war immer eine Entscheidung vom Herrn Generaldirektor beziehungsweise dem Stellvertreter und der Direktorin. Darauf hatten wir keinen Einfluss.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Mörk, SPÖ!

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Ja danke schön! Ich kann da gleich ein bisschen an den Herrn Fürnkranz anschließen. Erhielten Sie jemals vom Stadtratsbüro die Weisung, die Arbeit von Professor Janßen politisch zu beeinflussen?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Nein.

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Hat sich der Herr Professor Janßen darüber beschwert, zu stark von der Politik beeinflusst zu werden?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Nein. Mir gegenüber hat er so etwas nie gesagt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Mörk!

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Haben Sie überlegt, wie der Professor Janßen gegangen ist, weiter Assistentin im Vorstand zu bleiben?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Ich bin nach dem ja nicht geplanten Abgang vom Herrn Professor Janßen noch für fast sechs Monate im Vorstandsbüro tätig gewesen. Es war allerdings schon zu Beginn meiner Tätigkeit für den KAV, nachdem ich ja Medizin studiert habe, um Ärztin zu werden, immer mein Plan, irgendwann die klinische Ausbildung zu beginnen. Ich hab' das von langer Hand vorher geplant, das heißt, es ist bereits vor dem Abgang vom Herrn Professor für mich festgestanden, dass ich in die klinische Ausbildung eintreten werde.

GRin Gabriele **Mörk** (SPÖ): Danke schön!

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr, NEOS!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Ich möchte noch einmal auf die Bürostruktur von Janßen oder generell der Generaldirektion zurückkommen, nur damit ich es verstehe. Es gab keine Person im Team von Janßen oder Balázs, die unmittelbar das Krankenhaus Nord bearbeitet hat, obwohl es so ein relevantes Projekt war mit hohem Risiko? Mich wundert es einfach von der Aufstellung eines Büros, dass man das dann nicht im eigenen Büro ansiedelt.

Gab es hier im Büro Jour fixe-Termine, wo das Krankenhaus Nord besprochen wurde oder wurde es über-

haupt ausgelagert in Termine von der Generaldirektorin mit der Projektorganisation?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Nachdem der Herr Professor Janßen ja nicht operativ tagesgeschäftlich zuständig war für das Krankenhaus Nord, war in seinem Bereich keine von - also wir waren insgesamt zwei Assistentinnen für den Herrn Professor Janßen. Niemand von uns war explizit zuständig fürs Krankenhaus Nord. Wie der Herr Direktor Balázs sein Büro organisiert hat, ist in seinem Aufgabebereich gelegen und nicht in meinem unmittelbaren Arbeitsumfeld. Soweit meine Erinnerung ist, sind die Termine aufgrund der Wichtigkeit nicht in Sammelterminen mit anderen Terminen zusammengefasst worden, sondern es hat eigene Terminserien zum Krankenhaus Nord gegeben, und soweit mein Eindruck war, sehr engen Kontakt zwischen Projektleitung, Projektteam und dem Herrn Direktor Balázs.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Es ist klar, dass Janßen nicht operativ für das Krankenhaus Nord verantwortlich war. Aber das Projekt hat ihn schließlich dann auch den Job gekostet. Dementsprechend hat er natürlich die Letztverantwortung dafür.

Die Frage der Einschätzung von Ihnen zum Herrn Janßen: Hatten Sie den Eindruck, dass er überfordert war mit der Aufgabe und mit den vielen Aufgaben, die er hatte?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Nein, den Eindruck hatte ich nicht und ich glaube, dass ist Ihre persönliche Interpretation, dass das Projekt Krankenhaus Nord dem Herrn Professor Janßen den Job gekostet hat.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Was ist dann Ihre Wahrnehmung, warum der Herr Janßen gehen musste?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Diese Besprechungen, wo es dazu gekommen ist, dass der Herr Professor Janßen sozusagen entbunden wurde, hat zwischen der damaligen StRin Frauenberger und dem Herrn Professor Janßen stattgefunden. Dabei war ich nicht anwesend. Ich glaube, es war einfach eine Unzufriedenheit in der Zusammenarbeit. Aber genauere Auskunft kann ich nicht geben, weil ich bei diesem Gespräch nicht anwesend war.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Was hat Ihnen Herr Janßen von diesem Gespräch hier berichtet?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Der Herr Professor Janßen hat von diesem Gespräch nichts berichtet außer das Outcome, dass er als Generaldirektor entbunden wurde. Er ist nach diesem Termin zu uns ins Büro gekommen, hat alle Mitarbeiter in einem Büro des Vorstandes versammelt, diese Entscheidung bekanntgegeben und sich persönlich von uns verabschiedet. Wir haben kein Gespräch darüber geführt.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer, keine Fragen? Die GRÜNEN, Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Danke. Kurze Frage zu den Aufgaben vom Herrn Balázs, der war ja zuständig für Finanzen, Recht, Technik, temporäre Projektorganisation und beim Krankenhaus Nord noch als Generaldirektor-Stellvertreter. Klingt nach viel. Das haben auch mehrere Zeugen und Zeuginnen hier ausgesagt, vor allem der Herr Dr. Bock, der Aufsichtsgremiumsvorsitzende. Sein Vorschlag war, und er behauptet, das auch öfter an wichtigen Stellen so positioniert zu haben, nämlich es wäre schlau, dem Herrn Balázs nur das KH Nord zu geben, weil es genug an Arbeit ist.

War dieser Vorschlag jemals Thema in irgendeiner Besprechungsrunde, wo Sie dabei waren? Und falls ja, haben Sie eine Vorstellung, warum dieser Vorschlag nicht umgesetzt wurde, weil es klingt zumindest von hier relativ logisch, dass man ein Projekt, das über eine Milliarde kostet, vielleicht so aufsetzt, dass einer zuständig ist? Jetzt hören wir noch, es gibt keine Assistentin, die zuständig ist. Der Balázs hat das neben vielem anderen gemacht. Das ist einfach mitgerannt, ist der Eindruck. In der Größenordnung hat der KAV nicht viele Projekte.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Also ich möchte vielleicht noch einmal betonen, es hat keine Assistentin gegeben, also nicht eine Person, sondern es hat viele Personen gegeben, weil ja die Projektorganisation vom KH Nord direkt an die Generaldirektion angebunden war. Das war ja keine eigene Dienststelle zu diesem damaligen Zeitpunkt. Die Aussage vom Herrn Dr. Bock ist mir persönlich nicht bekannt und es hat auch keine Besprechungen gegeben, bei denen ich anwesend war, wo das Thema war.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Ellensohn!

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Dann gehe ich noch auf ein Warnschreiben ein, das 2015 von vielen Auftragnehmern gekommen ist, also Gebäudetechnikfirmen und ein paar andere, die an den Eigentümervertreter geschrieben haben und vor laufenden Mehrkosten, Terminverzögerungen, unrealistischem Terminplan und so weiter gewarnt haben. Weiters ein Artikel vom "Profil" vom April 2015.

Können Sie sich an dieses Schreiben erinnern? Hat es in Gesprächen mit dem Herrn Janßen Ideen gegeben, wie man damit umgeht und was man damit macht? Und war das mit der StRin Wehsely abgestimmt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Es liegt recht weit in der Vergangenheit zurück. Ich kann mich erinnern, dass es diesen "Profil"-Artikel gegeben hat. Ich gehe davon aus, dass das in den entsprechenden Sitzungen diskutiert wurde. Nachdem ich nicht Teil der Besprechungsrunde war, habe ich dazu keine persönlichen Wahrnehmungen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Die FPÖ, der Herr Stumpf!

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Danke, Frau Doktor! Sie haben gesagt, Sie hätten sich für die Assistenzstelle beworben in Eigenregie. Im KAV haben Sie Ihre Bewerbungsunterlagen abgegeben und es gab keine politische

Intervention im Hintergrund, damit Sie diese Stelle bekommen. Als der Herr Janßen hier vor der Untersuchungskommission ausgesagt hat, wurde er mit der konkreten Frage konfrontiert: Wer hat Ihnen Frau Müller - so hießen Sie nämlich früher - empfohlen? Und da ist im Protokoll nachzulesen, dass Herr Janßen gesagt hat: "Ich habe Frau Müller über das Stadtratsbüro kennengelernt", Zitat Ende. Also liegt auch die Vermutung nahe, dass, wenn er Sie über das Stadtratsbüro kennengelernt hat, auch entsprechend vom Stadtratsbüro die Empfehlung bekommen hat und ausgesprochen hat, Sie als Assistentin einzusetzen.

Die Frage ist jetzt: Wer sagt jetzt nachweislich die Unwahrheit? Er oder Sie?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Florianschütz!

GR Peter **Florianschütz** (SPÖ): In guter Kenntnis des Protokolls möchte ich schon darauf hinweisen, der Herr König hat in seiner Aussage gesagt, er hat die Frau Müller, damals Müller, heute Hall, empfohlen, und der Herr König war im Stadtratsbüro. Also da ist kein Widerspruch. Der Herr König, der im Stadtratsbüro war, hat dem Herrn Janßen die Frau Müller ans Herz gelegt. Das ist aktenkundig.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das ist die eine Aussage. Und welche Aussage meinen Sie von ihr, wenn Sie sagen, die divergieren?

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Also wenn der Herr Janßen behauptet oder unter Wahrheitspflicht aussagt, er habe Sie, Frau Müller, über das Stadtratsbüro kennengelernt und dann kategorisch auszuschließen, dass es keine politische Intervention vonseiten des Stadtratsbüros gab, das ist doch ein Widerspruch in sich. Seien Sie mir nicht böse, aber...

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gut, dann stellen wir die Frage so: Stimmt das, dass Sie dem Herrn Janßen über das Stadtratsbüro, über den Herrn König vorgestellt worden sind? Ist das so korrekt?

Dr. Mirijam **Hall**: Ja, wie ich bereits vorher ausgesagt habe, habe ich über den Herrn König von der Stelle erfahren.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Stumpf!

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Jetzt noch eine andere Frage. Sie haben gesagt, Ihnen fehlten im Wesentlichen die Detailkenntnisse zum KH Nord. Dann eine Viertelstunde später haben Sie gesagt, Sie waren aber bei den Besprechungen dabei. Und auf die Frage, worum ging es bei diesen Besprechungen, haben Sie immer gesagt, es ging um tagesaktuelle Geschehnisse. Nun, wenn Ihnen jetzt die Detailkenntnisse, die Hintergrundinformation zum KH Nord nicht vorliegen, weil Sie keine Kenntnis darüber haben, aber sagen, Sie waren bei den Besprechungen, wo es um tagesaktuelle Themen ging, dabei, ist die Frage naheliegend: Worüber wurde dann bei diesen Besprechungen gesprochen, wenn nicht über das KH Nord?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Natürlich waren auch Themen das AKH, das KH Nord, pardon, betreffend bei diesen Jour fixes, wenn es etwas zu besprechen gab auf der

Agenda. Aber grundsätzlich ist der Krankenanstaltenverbund ja kein kleines Unternehmen, sondern eine riesengroße Unternehmung mit vielen Themen. Wir hatten das Krankenanstaltenarbeitszeitgesetz. Wir hatten Ärztestreiks. Es wurde der medizinische Masterplan 2030 entwickelt, wo es viele Abstimmungsgespräche gegeben hat, wie das zukünftige Bild des Krankenanstaltenverbundes ausschauen kann. Es wurde innerhalb des Organigramms des Krankenanstaltenverbundes vieles umstrukturiert. Es wurde das Health-Care-Management geschaffen, der nichtklinische Betrieb umstrukturiert. Also es gab eine Vielzahl von Themen, die hier berichtet und besprochen wurde, unter anderem das Krankenhaus Nord.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Stumpf? Frau Frühmesser!

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Also habe ich das jetzt richtig verstanden: Sie waren schon bei einer Besprechung dabei, wo unter anderem das Krankenhaus Nord auf der Tagesordnung stand und generell besprochen wurde?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Wie gesagt, bei diesen Jour fixes zwischen dem Vorstand und der Stadträtin gab es eine Vielzahl von Themen, dort unter anderem auch das Krankenhaus Nord. Bei den eigenen Terminserien das KH Nord betreffend war ich nicht anwesend.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Frühmesser, Nachfrage.

GRin Lisa **Frühmesser** (FPÖ): Nachfrage zu den Terminserien: Zwischen wem fanden die statt?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Da kann ich keine kompetente Auskunft dazu geben, wer der Einladungskreis war. Wenn ich spekulieren müsste, würde ich sagen, der Vorstand und die Projektorganisation des Krankenhauses Nord.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: SPÖ, der Herr Schober!

GR Mag. Marcus **Schober** (SPÖ): Ja, Frau Doktor, ich komme zu einem anderen Punkt, weil das jetzt vom Anfang der Befragung so in der Luft hängt, was auch parteipolitische Besetzungen betrifft. Sie waren in der ÖH tätig. Kennen Sie Kollegen anderer Fraktionen, die auch mit Politiker und Politikerinnen in Kontakt sind?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Ja, kenne ich eine Vielzahl davon.

GR Mag. Marcus **Schober** (SPÖ): Finden Sie das verwerflich, oder?

Dr. Mirijam **Hall**: Nein. Wie in meinem Eingangsstatement schon gesagt, finde ich, dass politisches Engagement weder qualifiziert noch disqualifiziert (*Zwischenrufe*).

GR Mag. Marcus **Schober** (SPÖ): Wenn ich meine Fragen kurz stellen dürfte, weil es mir auch darum geht: Kennen Sie auch Kollegen und Kolleginnen der unterschiedlichen Fraktionen, die Sie in der ÖH kennengelernt haben, die in Bund oder Land irgendwo tätig sind? Oder gibt es da nur Sie?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Wenn Sie zum Beispiel nach links schauen, der Herr Wiederkehr ist ein alter Kollege aus ÖH-Zeiten von mir.

GR Mag. Marcus **Schober** (SPÖ): Vielen Dank, danke. (*Zwischenrufe*)

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ja, das stimmt, ...Politiker. Waren das jetzt alle Fragen? Keine Fragen mehr von der F... Jetzt waren drei, okay, gut. Herr Wiederkehr von den NEOS!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): ...Versuch, das ganze ins Lächerliche zu ziehen. Hier geht es nicht darum, dass Menschen in der Studienzeit politisch aktiv sind und ein Mandat bekommen, sondern ob es mögliche politische Interventionen und parteipolitische Besetzungen im Krankenanstaltenverbund gibt. Das ist Teil der Untersuchung dieser Untersuchungskommission hier, weil es schon ein gewisses Muster ist. Und hier anhand von diesem Fall versuche ich ganz nüchtern festzustellen, wie denn Sie auch zu diesem Job gekommen sind.

Hier die letzte Nachfrage genau in diese Richtung: Wer war denn beim Bewerbungsgespräch von Ihnen dabei?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Der Herr Professor Janßen.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Nur der Professor Janßen?

Dr. Mirijam **Hall**: Ja.

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Okay.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Und beim Herrn Balázs als Assistenz war auch eine Kollegin aus dem VVStÖ, die Frau Rasha Abd El Mawgoud. Hatte die mit dem Krankenhaus Nord zu tun? Oder hatten Sie regelmäßige Austauschrunden mit ihr?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: Ich hatte keine regelmäßigen Austauschrunden, weil wie Sie schon gesagt haben, war sie für die Agenden des Herrn Thomas Balázs zuständig und ich für die Agenden des Generaldirektors.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Wiederkehr!

GR Christoph **Wiederkehr**, MA (NEOS): Eine letzte Frage von mir: Gab es vor diesem Termin eine Besprechung mit Mandataren der Sozialdemokratie? Ich merke nämlich eine sehr große Aufregung auch im Vorfeld dieses Termins, dass wir überhaupt wagen, Sie zu laden. Ich halte das für eine ganz normale Sache, Sie als Zeugin hier auch geladen zu haben, merke aber seit Wochen, dass Mandatare der Sozialdemokratie hier irgendwie auf diesen Termin darauf hinarbeiten.

Also die Frage: Gab es eine individuelle Besprechung mit einzelnen Mandataren aus dieser Fraktion der SPÖ?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirijam **Hall**: In der Vorbereitung zu dieser Sitzung habe ich mich mit einem Rechtsanwalt beraten und habe ein Zeuginformationsgespräch beim Krankenanstaltenverbund, wo mir auch die Entbindung der Vertraulichkeit überreicht wurde, in Anspruch genommen. Ich habe auch den Herrn Florianschütz, den ich über meine Parteitätigkeiten natürlich schon recht lange kenne, gefragt, wie das

hier abläuft. Eine inhaltliche Abstimmung hat nicht stattgefunden.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hungerländer, keine Fragen? GRÜNE, keine Fragen? FPÖ, der Herr Koderhold!

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Ja, ich habe eine... Liebe Frau Kollegin, ich habe eine ganze Menge Fragen, weil wie Sie tätig waren, war ich im Streikkomitee der Ärztekammer und habe die ganze Problematik der Ärztearbeitszeiten sehr genau und hautnah mitbekommen. Es ging da um die Zwölf-Stunden-Permanent-Nachtdienste ohne definierte Ruhezeiten, ohne definierte Ruheräume, die an sich natürlich eine gesundheitliche und auch von der Performance eine entsprechende Bedrohung... beinhalteten. Jetzt kenne ich natürlich auch vom Professor Janßen, der geschäftsführender Vorstand des Deutschen Krankenhausinstitutes war, seine wichtigsten Arbeiten und die passen überhaupt nicht zu diesen Zwölf-Stunden-Nachtdiensten.

Es würde mich sehr interessieren: Wer zeichnet für diese Zwölf-Stunden-Nachtdienste verantwortlich, die im Unterschied zur AUVA, da gibt es ja Zwölf-Stunden-Nachtdienste, da gibt es aber definierte Ruhezeiten, definierte Ruheräume. Das hat es beim Krankenanstaltenverbund nicht gegeben und das war einer der Hauptgründe für den Streik. Und das hat natürlich erhebliche Konsequenzen auch für den KAV gehabt, weil ich nehme an, ein erheblicher Teil der Logistik war nicht im Krankenhaus Nord beschäftigt, sondern mit diesen Arbeitszeiten.

Jetzt meine Frage: Waren Sie mitverantwortlich? Zeichnen Sie mitverantwortlich für diese Zwölf-Stunden-Nachtdienste (*Zwischenruf*)? Das habe ich gerade versucht, zu erklären. Ich verstehe, dass Sie ein bisschen beschwichtigen. Ich merke es ja. Der Professor Janßen war natürlich als Generaldirektor für den gesamten Krankenanstaltenverbund verantwortlich. Er ist 2013/2014 mit der Oberaufsicht über das Krankenhaus Nord betraut worden. 2016 gab es vor allem durch die neue Ärztearbeitszeit, über die Überlegungen der Ärztearbeitszeitregelungen einen, naja, man kann sagen, Fast-Aufstand der Ärzteschaft, der deshalb in einen Streik gemündet hat und natürlich auch im Bereich der Generaldirektion erhebliche Kräfte gebunden hat, weil es ja immer noch wichtiger ist, das Tagesgeschäft zu bewältigen, ob es einen Ärztestreik gibt oder nicht, oder sich zu überlegen, wie man das Krankenhaus Nord ein halbes Jahr früher oder ein halbes Jahr später errichtet. Das heißt, über diese Arbeitszeit zu überlegen und mit dieser Arbeitszeit einen Streik, eine Auseinandersetzung mit der Ärzteschaft herauszufordern, hat sehr wohl, weil es ja logistische Kräfte bindet, einen Einfluss auf das Krankenhaus Nord gehabt. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass 2016 der Professor Janßen auch nur irgendeine Zeit für das Krankenhaus Nord hatte.

Deshalb meine Frage: Waren Sie mitverantwortlich für diese Besprechung dieser Arbeitszeitregelung mit diesen Zwölf-Stunden-Nachtdiensten, wo weder Ruhezeit, noch Ruheräume definiert waren?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Ich glaube, diese Frage müssen wir stellen, inwieweit der Herr Professor Janßen da tätig war und daher keine Zeit hatte, sich um das KH Nord zu kümmern.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Gut, dann frage ich: Inwieweit wussten Sie, dass der Professor Janßen, oder wissen Sie, hat der Professor Janßen dafür verantwortlich gezeichnet für diese Zwölf-Stunden-Nachtdienste?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Frau Hall!

Dr. Mirjam **Hall**: Ja.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Okay.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Aha.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Herr Koderhold!

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Das überrascht mich etwas, weil in seinen Arbeiten genau das Gegenteil drinnen steht. Da müsste er sozusagen in Deutschland im...das eine geschrieben haben und in Wien etwas völlig anderes. Gut, nehme ich zur Kenntnis, ja. Also Professor Janßen war für diese Zwölf-Stunden-Nachtdienste verantwortlich, wo es keine Definition von Ruheräumen und Ruhezeiten gab.

Meine nächste Frage: Sie haben gesagt, dass Sie für, auch das hat einen Einfluss auf den Versorgungsauftrag der Gemeinde Wien, die Novelle der Ärzteausbildungsordnung 2015 mit zuständig waren. Da hat es ja auch erhebliche Probleme bei der allgemeinmedizinischen Ausbildung gegeben. Es war die Vergütung des Pflichtpraktikums nicht gesichert, was dazu geführt hat, dass unter anderem in Wien statt einem Bedarf von 300 nur 17 junge Ärzte die Ausbildung für Allgemeinmedizin gemacht haben mit allen Folgekonsequenzen auch für den KAV, der die Arbeit, die Allgemeinmediziner nicht machen können, im Erstbegutachtungsbereich übernehmen muss.

Jetzt meine Frage: Inwieweit waren Sie oder zum Teil, Sie haben ja möglicherweise auch den Herrn Generaldirektor Janßen nachgefragt, in die Formulierung der Ärzteausbildung 2015 eingebunden? Haben Sie Vorschläge gemacht oder haben Sie nur zugehört? Waren Sie tätig oder waren Sie passiv tätig?

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Dazu muss ich sagen, dass die Frau Dr. Hall zu diesem Thema nicht eingebunden ist. Ich habe mir jetzt die Erklärung durchgelesen. Sie sind nur zum Thema KH Nord entbunden.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Gut, dann gebe ich die Frage weiter.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Gibt's da noch eine Frage? Herr Seidl? SPÖ? Sonst irgendjemand? Gut. Wenn dem nicht so ist, dann danke ich fürs Kommen.

Dr. Mirjam **Hall**: Ich danke Ihnen.

Vorsitzende Dr. Elisabeth **Rech**: Das heißt, den nächsten Zeugen haben wir erst um 15.30 Uhr und er ist auch noch nicht da. Gut, dann unterbreche ich die Sitzung bis 15.15 Uhr.

(Unterbrechung um 14.29 Uhr)

(Wiederaufnahme um 15.33 Uhr)

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Ich darf jetzt. Danke, Frau Vorsitzende.

Frau Dr. Rech wird sich dann während der Zeugen- einvernahme verabschieden müssen, weil sie einen ande-

ren Termin hat. Daher darf ich jetzt den Vorsitz übernehmen.

Es ist jetzt 15.30 Uhr und ich eröffne die Sitzung zur Befragung des letzten Zeugen.

Ich begrüße Herrn DDr. Karl Pistotnik, Vorsitzender des Aufsichtsrates der PORR AG.

Die Entbindung der Verschwiegenheit haben Sie mitgebracht?

DDr. Karl **Pistotnik**: Ja, habe ich mitgebracht.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Dürfen wir das bitte haben? - Danke vielmals.

Herr DDr. Pistotnik, Sie werden jetzt als Zeuge vernommen, unterliegen hier der absoluten ... (*Vorsitzende Dr. Elisabeth Rech: Wahrheitspflicht.*) ... Wahrheitspflicht. - Danke vielmals. Dass es mir gerade noch einfällt. - Allfällige Falschaussagen könnten strafrechtliche Folgen haben.

Ganz kurz zum Prozedere: Ich muss fürs Protokoll immer zuerst Ihren Namen sagen und Sie werden dann von den einzelnen Fraktionen oder Vertretern der Fraktionen einzeln befragt werden. Auch ich muss dann jedem wieder das Wort erteilen, damit wir nicht durcheinander kommen.

Herr Doktor, wenn Sie uns kurz Ihren Bezug zum Krankenhaus Nord sagen. Dann werden wir uns in die Befragung begeben.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Mein Bezug ist eigentlich ein sehr geringer. Ich bin Vorsitzender des Aufsichtsrates der PORR AG, wie Sie richtig dargelegt haben.

Im Rahmen der diversen Aufsichtsratssitzungen und Prüfungsausschusssitzungen ist diese Baustelle mehrmals erwähnt worden, sind die Probleme angerissen worden und offene Forderungen, die, soweit ich weiß, noch immer bestehen, erwähnt worden.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Danke vielmals. - Dann ist jetzt als Erste an der Reihe die ÖVP. Frau Hungerländer, bitte.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Grüß Gott, Herr Doktor!

Es hat für Aufsehen gesorgt, für ein gewisses Aufsehen gesorgt, dass Sie Frau Weinberger-Fritz als Rechtsbeistand bei ihrer Anhörung vor der Untersuchungskommission begleitet haben.

Wie sind Sie denn zu dieser Beauftragung gekommen?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Ich wurde darum gesucht.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Von Frau Weinberger-Fritz?

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Ja. (*Zwischenruf: Nicht Sie, der Herr Vorsitzende.*)

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Hungerländer, bitte. (*Zwischenruf.*)

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Sahen Sie da keinen Interessenkonflikt zwischen Ihrer Rolle bei der PORR AG, die ja ein Mitbieter war, und der rechtlichen Vertretung von Frau Weinberger-Fritz, die ebenfalls in

dem Bieterverfahren beteiligt war über die KASERNEN AG?

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Ich sehe keinen Interessenkonflikt. Ich habe auch Frau Weinberger nicht vertreten, sondern war nur beigezogen zu ihrer Aussage.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Waren Sie auch während das Bieterverfahrens schon in irgendeiner Art und Weise für die KASERNEN AG als Rechtsvertreter oder sonst rechtlicher Beirat tätig?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Entschuldigung, ich habe den Namen nicht verstanden? Für wen soll ich tätig gewesen sein?

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Waren Sie bereits während des Bieterverfahrens für die KASERNEN AG in irgendeiner Weise beratend tätig?

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. ...

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Am Wort sind die GRÜNEN. Herr Ellensohn, bitte.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Danke. - Herr DDr. Pistotnik, Sie haben ein außerordentlich umfangreiches Arbeitsfeld, wie ich einer Erklärung zum Aktiengesetz entnehme. Ich bin immer ganz begeistert, wenn ich so lange Listen lese.

Sie sind nicht nur rund um die PORR tätig, Sie sind Geschäftsführer der "NERVA" Beteiligungs GmbH, der "NIVA" Beteiligungs GmbH, der BSSA Immobilienentwicklungs GmbH, der CAMPAGNA Liegenschafts- und Beteiligungsverwaltungs GmbH, CERVUS, CONTINUO, FROS, IBC, das sind alles Liegenschaftsverwaltungen, Ing. Adolf Malinek Gesellschaft m.b.H., KAMINCO & KO, KONTRAKTO, KRX, PATRIMONIO, einer PHIL in Luxemburg, einer PISTOTNIK & KRILYSZYN, einer PISTOTNIK GmbH - die leuchtet mir am leichtesten ein -, der PROBAU Projekt- und Bauausführungs-Gesellschaft m.b.H., der PROINVEST, der Palais Fanto Verwaltungs Gesellschaft m.b.H., der REALIUM, der REALPOSSESSIO, der REALSUBSTANZ, der Siv-Holding in Luxemburg, die meisten vorher sind örtlich zugeordnet im ersten Bezirk, der REALSUBSTANZ im ersten, der TERRESTRIS im ersten, der Tis-Holding in Luxemburg, der Tit-Holding in Luxemburg, der VERMREAL Liegenschaftserwerbs- und -betriebs GmbH im zweiten, der Zell & Co im ersten. Dann sind Sie noch Vorstand in der EVOR AG, in der PALINO Aktiengesellschaft, in der SALOR AG, in der SATURN KOMMERZ AG, alle in Liechtenstein in Vaduz, Aufsichtsrat in der Stumpf AG, in der Treuhand- und Kontroll-Aktiengesellschaft und Stiftungsvorstand in der AMBROSIOUS Privatstiftung, in der ARS BOHEMIAE, in der Agavi, in der BOHEMIA, in der CHILDREN OF ELISABETH, in der CHT - Privatstiftung, in der Cosmos, in der EUSTACHIUS, in der FERENC-PRIVATSTIFTUNG, in der FIDUZIA Privatstiftung, in der HOUSKA Privatstiftung, in der JE Familien Privatstiftung, in der JLE Privatstiftung, in der KTCJ Privatstiftung, LANGLOIS Privatstiftung, LIUBISA, LK, Landesmann, Lugner Familien, Lugner-Söhne, MILLENNIUM, PANKRATIUS, PRO FILIIS, fast alles in Wien, ein paar Mal im Burgenland, dann

kommen wir bei Paula Frauneder ausnahmsweise in die Steiermark, in der PROSPERO, in der Raetia, in der Skolnik - Familien-Privatstiftung, in der TULIPA, in der VICTUS, in der WOJNAR.

Ich weiß nicht, ob da alles dabei ist, weil das eine Erklärung ist, die schon ein paar Jahre alt ist. Vielleicht sind auch schon ein paar weggefallen.

In irgendeiner dieser vielen Funktionen über Ihre Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender PORR in Geschäfte mit der Stadt Wien tätig geworden?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Meines Wissens nein.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sie sind seit Dezember 2012 Aufsichtsratsvorsitzender der PORR AG.

Sind zwischen 2006 und 2010 geschäftliche Beziehungen bestanden Ihrerseits zur damaligen KASERNEN Projektentwicklungs- und Beteiligungs AG beziehungsweise zu den beteiligten Firmen Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien, Niederösterreich HYPO Bank und STRABAG? Falls ja, weil bis jetzt war alles nein, aber falls ja, konkret in welchem Zeitraum?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Zu der erstgenannten Gesellschaft, dieser KASERNEN Gesellschaft, keine Geschäftsbeziehung.

Meine anwaltliche Tätigkeit für andere Unternehmen kann ich hier nicht nennen. Das unterliegt der Verschwiegenheitspflicht.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Okay, dann nur solche, die mit dem Krankenhaus Nord zu tun haben, zwischen 2006 und 2010 geschäftliche Beziehungen zu den Firmen Siemens, VAMED, PORR? Wenn ja, welche und konkret in welchem Zeitpunkt?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Keine.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Am Wort ist die FPÖ, der Herr Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Nachdem wir jetzt so viel über Sie erfahren haben, durchaus interessant, in welcher Beziehung stehen Sie eigentlich zur Zeugin Weinberger-Fritz?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. In keiner.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Kannten Sie die Zeugin Weinberger-Fritz bereits, als diese als Teil des Bieterkonsortiums STRABAG/Raiffeisen tätig war?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Vermutlich ja.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Nachfrage: Vermutlich ja? Oder mehr ja ja?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Ich versuche einzuordnen, wann ich zu tun hatte. Aber es dürfte vorher gewesen sein. Ja.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Also ja.

Jetzt eine andere Frage: Finden Sie es selbst nicht beachtlich, dass das Bieterkonsortium um die STRABAG plötzlich den Teilnehmerantrag am Vergabeverfahren zur Errichtung des KH Nord durch ein PPP-Projekt zurückgezogen hat?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Das ist keine Frage, die man an mich als Zeugen hier zu richten hat. Ob ich etwas befremdlich finde, ist nicht Thema, glaube ich, einer Zeugenaussage. Ich habe über eigene Wahrnehmungen auszusagen, und ich habe keine dazu.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Nur kurz eine Nachfrage.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Eine Nachfrage, Herr Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Also es war nicht um befremdlich, ob Ihnen bekannt war, also ob Sie das nicht beachtlich finden, also nicht befremdlich, beachtlich? Sie müssen ja als Fachmann eine Meinung dazu haben.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Auch das wäre eine Wertung und keine Zeugenaussage über Fakten.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: An der Reihe ist die SPÖ, die Frau ... (Zwischenruf: Rubik.) ... Rubik. - Entschuldigung.

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Kein Problem. - Herr Doktor, eine Frage. Und zwar geht es mir um die Mengendifferenzen, die immer wieder auch schon Thema waren. Und zwar gab es in manchen Bereichen Mengendifferenzen vom 20- bis zum 60-Fachen und natürlich dementsprechend auch die Mehrkosten.

Wie würden Sie uns diese gravierenden Unterschiede erklären?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Das kann ich nicht erklären. Der Aufsichtsrat ist gesetzlich verpflichtet, sich nicht in die operative Tätigkeit des Vorstandes einzumengen. Ich habe daher über die operative Tätigkeit keine Kenntnis aus eigenen Wahrnehmungen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Rubik.

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Die örtliche Bauaufsicht hat die Arbeit an diesem teuren Bauzaun, den es gegeben hat, freigegeben, obwohl es ein deutlich billigeres Angebot gab und die örtliche Bauaufsicht gar nicht befugt war, dies zu tun.

Meine Frage: Woher kam dieser teure Preis? Und hätte man nicht nachfragen sollen bei anderen Personen im KAV? Oder hat der Stempel der örtlichen Bauaufsicht ausgereicht?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Ich kann dazu keine Angaben machen. Das ist ein Teil der operativen Tätigkeit des ausführenden Unternehmens.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Rubik.

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Meine letzte Frage noch in die Richtung, der Herr Strauss hat in seiner Aussage erwähnt, dass die in den Medien behaupteten 830 000 nicht stimmen, aber auch nur, weil PORR und dem KAV

eine Lösung angeboten wurde, die deutlich darunter liegt. Summen konnte er keine sagen.

Wissen Sie vielleicht eine Summe? Wieso war der anfängliche Preis überhaupt so hoch?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Meines Wissens waren diese Aktivitäten vor der Aufnahme meiner Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrates der PORR AG. Ich kann daher keine Angaben dazu machen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Gara von den NEOS, bitte.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Grüß Gott, Herr DDr. Pistotnik!

War das Projekt des Krankenhauses Nord je ein Thema im Rahmen Ihrer Aufsichtsratsstätigkeit?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Wie ich bereits erwähnte, wurde nicht das Projekt selbst, also vor Inangriffnahme, da war ich noch nicht Mitglied des Aufsichtsrates, sondern während der Nachwehen der Auftragsdurchführung Thema im Aufsichtsrat. Ja.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Welche Themen wurden da diskutiert im Aufsichtsrat, jetzt in den Nachwehen des Projektes?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Im Wesentlichen die Verzögerungen, die in der Abwicklung eingetreten sind, und daraus folgend auch ausstehende Zahlungen, die Versuche oder die Überlegungen, die Eintreibung dieser Forderungen zu beschleunigen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Das heißt, und das wissen Sie dann als Aufsichtsratsmitglied, es gibt Regressforderungen der PORR AG gegenüber dem Wiener Krankenanstaltenverbund oder der Stadt Wien?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Ob es sich um Regressforderungen handelt, würde ich so nicht glauben. Aber es bestehen meines Wissens offene Forderungen aus diesem Bauvorhaben.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Hungerländer von der ÖVP, bitte.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Hatten Sie, nachdem das Krankenhaus Nord bei Ihnen im Aufsichtsrat Thema wurde, persönlichen Kontakt mit Politikern der Stadtregierung?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Nein.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Hatten Sie während des Bieterverfahrens Kontakt mit themenbezogenen Mitgliedern der Stadtregierung?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Nein. Damals war ich nicht Mitglied des Aufsichtsrates.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Hungerländer.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Haben Sie eine Übersicht, welche Aufträge die PORR AG oder Toch-

tergesellschaften beim Krankenhaus Nord erhielten, um welches Auftragsvolumen es sich dabei handelte?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Meines Wissens lautete der Auftrag auf Ausführung des Rohbaus und Estricharbeiten.

Die Größenordnung würde ich mit etwas über 50 Millionen EUR, jetzt aus meinem Gedächtnis, einschätzen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Die GRÜNEN, Frau Meinhard-Schiebel, bitte.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Guten Tag, Herr Pistotnik!

Ich darf noch zurückkommen zum Auftrag des Rohbaus an die PORR. Nach einem offenen Verfahren nach dem Billigstbieterprinzip lagen zur Angebotsöffnung sechs Angebote für das Gewerk "5200 Rohbau-Baumeister" vor. Billigster Anbieter war die PORR und erhielt auch den Zuschlag. Allerdings war der Zweitgereichte nur um 240 000 EUR teurer. Diese sehr geringe Differenz werten Kritiker als Indiz für Preisabsprachen.

Entspricht das Ihrer Ansicht? Oder sind Sie da anderer Ansicht?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Das Bieterverfahren und die Auftragserteilung an die PORR erfolgten vor meiner Mitgliedschaft im Aufsichtsrat. Ich kann daher im Konkreten nichts dazu sagen. Ich kann nur aus meiner Erfahrung sagen, dass es nicht selten vorkommt, dass bei Ausschreibungen die Angebote sehr nahe beieinander liegen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Dem Rechnungshofbericht ist zu entnehmen, dass am 31. März 2016 Zusatzaufträge im Wert von 30,61 Millionen EUR vorlagen.

Da ist die Frage: War der Aufsichtsrat mit diesen Zusatzaufträgen befasst? Und wenn ja, welche waren das und wodurch wurden diese jeweils begründet?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Zusatzaufträge in diesem Volumen sind nicht aufsichtsratspflichtig.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Meine dritte Frage: Die Firma PORR erlebte auch den Wechsel von Marhold/Kobl Müller zu Janßen und Balázs mit.

Wie waren Ihre Wahrnehmungen als Aufsichtsratsvorsitzender bezüglich der jeweiligen Führungsstile? Mehrere ZeugInnen haben berichtet von einer sehr mühevollen Entscheidungsfindung ab der Ära Janßen und Balázs. Können Sie das bestätigen?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Darüber habe ich keine Wahrnehmungen. Der Aufsichtsrat war mit einem Personalwechsel eines Auftraggebers nicht befasst.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: An der Reihe ist die FPÖ. Herr Koderhold, bitte.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Grüß Gott, Herr Doktor! Vielen Dank für Ihre Ausführungen!

Meine Fragen beschäftigen sich mit der Sorgfalt der Baufeldfreimachung durch die PORR Umwelttechnik GmbH. In dem Bericht der PORR Umwelttechnik GmbH wird eine Erschwerung durch eine umfangreiche Asbestsanierung beschrieben. Die gesamte Baufeldfreimachung hat acht Monate gedauert, ein Zeitraum, wie wir gehört haben, der über dem Üblichen liegt. Ich will auch gar nicht bezweifeln, PORR ist einer der in Österreich führenden Spezialisten für Asbestsanierung. Ich will auch gar nicht bezweifeln, dass Sie das richtig gemacht haben. Was mich vor allem interessiert, sind allfällige Probebohrungen vor der Baufeldfreimachung. Denn wenn in einem asbestkontaminierten Areal Probebohrungen ohne der Einschätzung von Asbestkontamination durchgeführt werden, kann man mit einer Freisetzung von gesundheitsschädlichen Asbestfasern rechnen.

Jetzt meine Frage: Die ÖBB-Werkstätten sind schon um die Jahrtausendwende als möglicher Baugrund für ein zusätzliches Spital bekannt. Wir können annehmen, dass PORR sich als Spezialist für Asbestsanierung schon entsprechende Erfahrung bei der Sanierung alter Gebäude angeeignet hat.

Konnten Sie die Probebohrungen einschätzen? Konnten Sie auf die Probebohrungen, die eventuell gefährliche Schadstoffe freigesetzt haben, eine Einschätzung machen?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Der Aufsichtsrat und ich waren mit der operativen Tätigkeit nicht befasst. Ich habe zu Ihrer Frage keine Wahrnehmungen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Nur jetzt eine Nachfrage: Gesetzt den Fall, obwohl man damit rechnen konnte, dass in diesem Bereich der Baufeldfreimachung eine hohe Asbestkontamination besteht, was sich nachher auch erwiesen hat, wenn hier Probebohrungen durchgeführt wurden, die an sich einer entsprechenden möglichen Gefährdung nicht dazu gepasst haben, hätte das auch rechtliche Konsequenzen. Ein Beispiel: Wenn in 15 Jahren ein Bewohner des Kleingartens ein Mesotheliom bekommt, das durch eine Asbestfreisetzung besteht, könnte er oder sie natürlich durchaus fragen, oder die Vertretung der Angehörigen: Wurde damals bei den Probebohrungen eine entsprechende Sorgfalt umgesetzt?

Stimmen Sie mir da als Anwalt zu?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Meine Einschätzung als Anwalt zu allgemeinen rechtlichen Fragen oder Hypothesen kann nicht Gegenstand meiner Zeugenaussage sein. Das war eine Hypothese. Daher keine Stellungnahme dazu.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Hat PORR vor der Baufeldfreimachung Probebohrungen gemacht? Und wie wurden diese Probebohrungen durchgeführt?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Das weiß ich nicht.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: An der Reihe ist die SPÖ, Frau Rubik.

GRin Silvia **Rubik** (SPÖ): Danke. Derzeit keine Fragen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Keine Fragen. - Dann haben wir wieder die NEOS. Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sie haben gesagt, dass Sie im Aufsichtsrat die Malaisen, jetzt zum Schluss des KH Nord, also auch mögliche offene Forderungen, besprochen haben.

Sehen Sie es vor diesem Hintergrund nicht optisch, sage ich einmal, befremdlich oder verwunderlich, dass Sie dann als Rechtsbeistand für eine Zeugin in diesem Ausschuss agieren?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Ich habe nicht als Rechtsbeistand agiert, sondern als Vertrauensperson. Das ist etwas anderes.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Würden Sie sagen, dass, auch wenn Sie als Vertrauensperson agieren, das doch ein sehr überraschendes Bild zeichnet?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Nein.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Die offenen Forderungen, die von Seiten der PORR an die Stadt Wien, respektive an den Wiener Krankenanstaltenverband, getätigt werden, wie sehen Sie die Situation, ob diese Forderungen auch getilgt werden können?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Das kann ich im Einzelnen nicht beurteilen. Ich hoffe sehr, dass ein Großteil einbringlich gemacht wird.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Hungerländer, ÖVP.

GRin Mag. Caroline **Hungerländer** (ÖVP): Während des Verfahrens mussten die Bieter ein Grundstück zur Verfügung stellen. Das hat der Rechnungshof in seinem Bericht als sehr ungewöhnlich und wettbewerbseinschränkend bezeichnet.

Entspricht das auch Ihrer Wahrnehmung?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Zu diesem Zeitpunkt war ich nicht Mitglied des Aufsichtsrates. Daher keine Antwort.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Hungerländer. - Keine weiteren Fragen mehr.

Die GRÜNEN, Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Jetzt sind Sie nicht für alle Höhen und alle Beträge zuständig als Aufsichtsrat, aber ein Projekt wie das Krankenhaus Nord, wo doch mehrere Hundert Millionen insgesamt über die PORR abgewickelt werden, kann jetzt auch nicht ganz Portokassa sein, glaube ich, auch nicht bei einer großen AG wie der PORR. Dass das Gewerk Rohbau, ursprünglich mit 98,4 Millionen veranschlagt wurde, am Schluss mit 160 Millionen abgerechnet wurde, wird so etwas in einem Aufsichtsrat nicht einmal besprochen, kommt nicht vor? Es ist immerhin nicht ganz das Doppelte. Der Herr Dipl.-Ing. Dr. Koller hat hier ausgesagt, dass so eine gravie-

rende Änderung, eine solche Abweichung, ohne eine Planungsänderung nicht möglich ist. Das heißt, dass ursprünglich die Pläne nicht gestimmt haben, was heißen würde, man hat vielleicht etwas ausgeschrieben, was man gar nicht wollte, wissend, dass man etwas anderes braucht.

Haben Sie irgendeine eigene Erfahrung, irgendeinen Eindruck rund um diese Abrechnung Rohbau?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Pistotnik. Der Auftrag war ein großer Auftrag. Es ist nur kein exemplarisch großer, also aus der üblichen Tätigkeit der PORR AG herausfallender, Auftrag gewesen. Es ist nicht selten, dass bei einem Bauwerk, das so komplex ist, weil der Rohbau ist noch das relativ Einfachste bei so einem Bauwerk, aber der sehr viele technische und sonstige Aspekte mit zu umfassen hat, erhebliche Vermehrungen der Leistung und damit auch der Rechnungssumme eintreten.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Sie haben jetzt selber gesagt, das ist noch der einfachste Teil, der Rohbau. Der stimmt aber eben nicht. Das Angebot klappt von 98 eben auf die Abrechnung, 160, weit auseinander. Der Herr Dipl.-Ing. Dr. Koller hat hier gemeint, dass es ein falsches oder zumindest ein sehr mangelhaftes Leistungsverzeichnis braucht, damit am Ende so viel mehr abgerechnet wird, werden muss.

Würden Sie dem zustimmen in dem Fall? Oder haben Sie öfters Erfahrung, dass die Abweichung bei Rohbau, eben nicht die technisch komplizierteste Ausführung, so weit auseinanderliegt?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Das Leistungsverzeichnis wurde meines Wissens nicht von PORR erstellt, sondern wurde vom Auftraggeber vorgelegt und war von den Anbietern, darunter auch der PORR AG, auszupreisen, was geschehen ist. Dass sich im Zuge der Durchführung dieses Krankenhausbaues das Leistungsverzeichnis und das Leistungsspektrum, das gefordert wurde, erweitert haben, ist nicht ungewöhnlich. Es hat, soweit ich den Zeitungsmeldungen entnommen habe, erhebliche Veränderungen auch in Bezug auf die Planung und Ähnliches gegeben. Das erklärt diese Mehrung der Rechnungssumme.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Ellensohn, dritte Frage.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Ich habe noch eine Frage zum Bauzaun. Bei der Begleitenden Kontrolle auf Seiten der Stadt, des KAV, ist einmal rund um den Bauzaunbestand 2.0 festgehalten worden, dass auf Grund der geringen Gesamtpreisdifferenz bei den verschiedenen Angeboten ein Bietersturz wahrscheinlich ist, dann war die Empfehlung, man möge vom erstgereihten Bieter nicht abrufen. Haben Sie in Ihrer Funktion als Aufsichtsrat von dieser Empfehlung gewusst und ist diese irgendwann innerhalb des Baumfelds, in dem Sie arbeiten, thematisiert worden?

DDr. Karl **Pistotnik**: Im Aufsichtsrat ist das nicht thematisiert worden.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Die FPÖ, Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Ich habe noch einige Fragen bezüglich der Probebohrungen in einem asbestkontaminiertem Areal. Dass Sie natürlich keine Wahrnehmung haben, wie das vorher gemacht wurde, verstehe ich vollkommen. Für den Fall aber, dass die Umwelttechnik GmbH Probebohrungen gemacht hat, nehme ich an, dass diese Dokumentationen erstellt haben. Stimmt das, dass diese, wenn sie Probebohrungen machen, das dokumentieren?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Das ist eine hypothetische Frage, wie die Umwelttechnik arbeitet, kann ich nicht beurteilen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Koderhold.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Das ist eigentlich ganz konkret, wir hätten nämlich gerne gewusst, ob bei diesen Probebohrungen schon vorher Schadstoffe festgestellt wurden, und wir wollten wissen, ob Sie als Aufsichtsratsmitglied sagen können, ob Probebohrungen dokumentiert wurden. Das ist eine ganz konkrete Frage und keine Hypothese.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Da ich davon ausgehe, dass die Probebohrungen vor der Auftragsabteilung vorgenommen wurden, oder vor Legung des Angebotes, und ich zu diesem Zeitpunkte nicht Mitglied des Aufsichtsrates war, kann ich dazu nichts sagen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Koderhold, zweite Frage.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Ich habe keine zweite Frage, aber wir werden das einfordern.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Ich möchte noch einmal auf den Rohbau zurückkommen. Die Tatsache, dass ein Rohbau sich in den Kosten nahezu verdoppelt, würde ich interpretieren als mehr als nur eine geringfügige Änderung des Leistungsverzeichnisses. Wenn so etwas stattfindet, wo doch ein erheblicher Unterschied zur ursprünglichen Planung ist, wird so etwas zum Beispiel schon auch Teil einer Aufsichtsratssitzung, wird darüber diskutiert?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: In diesem Fall, nein.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Welche Fälle von Bauvorhaben würden diskutiert werden, was muss passieren, damit das im Aufsichtsrat ein Tagesordnungspunkt wäre?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Es gibt eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates und es gibt eine Satzung, in der jene Geschäftsfälle, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, aufgezählt sind. Dieses zählt nicht dazu. Im Zuge der Sitzungen des Prüfungsausschusses werden problematische Baustellen, die der Abschlussprüfer gemeinsam mit dem Vorstand als solche ortet, erörtert, dazu zählte im Hinblick auf die ausstehende Forderung auch das Krankenhaus Nord.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Also für Sie ist das Krankenhaus Nord eine dieser problematischen Baustellen gemäß Satzung?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Wegen der Dauer der Abwicklung, der Verzögerungen und der aushafteten Forderungen trotz Rechnungslegung.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Frau Hungerländer – keine weiteren Fragen. Die GRÜNEN, Frau Meinhard-Schiebel.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Es gab ja regelmäßig Gespräche zwischen der PORR AG und dem KAV über den Stand des Auftrages. Ich habe einfach die Vermutung, dass Aufsichtsräte und insbesondere Sie als Vorsitzender eines Aufsichtsrates natürlich auch in verschiedene Gespräche eingebunden werden. Und ich könnte mir vorstellen, dass Aufsichtsräte natürlich auch mit den Problemen und den Änderungen konfrontiert werden, abseits jetzt zum Beispiel der Geschäftsordnung. Meine Frage bezieht sich darauf: Hatten Sie in diesem Zusammenhang mit der zuständigen Stadträtin Sonja Wehsely Kontakt? Und wenn ja, wurde der Aufsichtsrat jeweils auch über Gesprächsthemen durch die Stadträtin informiert?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Nein, ich habe nicht das Vergnügen, Frau Stadträtin Wehsely zu kennen, habe auch kein Gespräch mit ihr geführt. Über die Problematik der Baustelle an sich ist, wie ich schon erwähnt habe, im Aufsichtsrat gesprochen worden, aber ich hatte keine Kontakte zu irgendwelchen städtischen Stellen.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Ellensohn.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Ich habe eine prinzipielle Frage zur Aufsichtsratsfunktion. Darf man wissen, wie oft der Aufsichtsrat im Jahr tagt und wie lange so eine Sitzung durchschnittlich dauert? Und könnte, wenn Sie

einen neugierigen Aufsichtsrat oder Aufsichtsrätin dort hätten, jemand dann lange herumfragen beim Krankenhaus Nord, oder würden Sie sagen, Entschuldigung, aber die PORR hat anderes zu tun und ich als Aufsichtsratsvorsitzender lasse mich nicht auf, egal, ob Bauzaunplänkel oder Dübelpreise – um irgendetwas zu sagen –, oder könnte eine neugierige Nase, die dort sitzt, sagen, ich möchte das jetzt durchbesprechen, denn ich habe das in der Zeitung gelesen und das interessiert mich jetzt?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Gemäß dem Gesetz haben jährlich vier Aufsichtsratssitzungen stattzufinden. Sie finden auch statt, manchmal auch mehr. Die durchschnittliche Dauer einer Aufsichtsratssitzung: einige Stunden. Fragen werden gestellt und werden beantwortet. Als Aufsichtsratsvorsitzender lasse ich Fragen grundsätzlich zu, es sei denn, was nicht vorkommt in diesem Aufsichtsrat, sie wären unsachlich oder unangebracht.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: FPÖ, Herr Seidl.

GR Wolfgang **Seidl** (FPÖ): Die Zeugin Weinberger hat in Ihrer Vernehmung hier behauptet, dass die Strabag unter anderem deswegen zurückgezogen hat, da das Grundstück nicht verfügbar war. Jetzt aus Ihrer professionellen Ansicht: Können Sie sich vorstellen, dass die Strabag damals eine Art Scheinangebot abgegeben hat?

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Pistotnik.

DDr. Karl **Pistotnik**: Nein.

Vors.-Stv. Dr. Johannes **Klackl**: Herr Seidl – keine weiteren Fragen. SPÖ – keine weiteren Fragen. Herr Gara – keine. GRÜNEN – auch nicht.

Ja, Herr Doktor, dann danke ich vielmals für das Kommen. Sie sind um 16.07 Uhr entlassen.

Ich danke allen Erschienenen, schliesse die Sitzung um 16.08 Uhr und wünsche allen noch alles Gute.

(Schluss um 16.08 Uhr)